

Diskussionen
in Attac Deutschland
zu einer

Alternativen Weltwirtschafts- ordnung (AWWO)



Inhaltsverzeichnis

Vorwort der AWWO-Redaktionsgruppe	4
EINLEITUNG	7
I. DIE HERRSCHENDE WELTWIRTSCHAFTSORDNUNG FÜHRT DIE MENSCHHEIT IN DIE SACKGASSE	9
1. Was bedeutet „Globalisierung“? – Begriffsklärung	9
2. Folgen der neoliberalen bzw. kapitalistischen Globalisierung	10
3. Triebkräfte der Globalisierung	11
3.1 Freihandelsdoktrin	11
3.2 Wachstumsdoktrin	12
3.3 Neue technologische Möglichkeiten und Bedingungen	12
3.4 Transnationale Konzerne (TNK)	12
3.5 Das Welthandelssystem	13
3.6 Die EU: Motor der Globalisierung	14
3.7 Globale Finanzströme und ihre Institutionen (IWF und Weltbank)	16
3.8 Globale Machtasymmetrien schaffen Gewaltpotentiale	18
II. EINE ALTERNATIVE WELTWIRTSCHAFTSORDNUNG IST MÖGLICH	19
1. Leitbilder und Leitideen	19
1.1 Leitbild: Nachhaltige Entwicklung	19
1.2 Leitideen für zukunftsfähige Gesellschaften	22
2. Strategien: Wie umgehen mit der Globalisierung?	25
<i>Position</i> Globalisierung gerechter gestalten	25
<i>Position</i> Entglobalisierung	26
<i>Position</i> Lokalisierung	26
3. Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung	28
<i>Position</i> Öko-soziale Marktwirtschaft	28
<i>Position</i> Ökologische Wirtschaftsdemokratie (...)	28
<i>Position</i> Demokratisches Wirtschaften (...)	30
III. WEGE ZU EINER ALTERNATIVEN WELTWIRTSCHAFTSORDNUNG	32
1. Weltwirtschaftsordnung im ökologischen Gleichgewicht	32
1.1 Der ökologische Umbau	32
2. Beschränkung bis Überwindung von Konzernmacht	33

Inhaltsverzeichnis

3. Neuordnung des Welthandels	36
3.1 Mechanismen der Welthandelsordnung	36
3.2 Neuordnung des Warenhandels	37
3.3 Neuordnung des internationalen Dienstleistungsverkehrs	38
3.4 Weltagrarmarkt	39
3.5 Geistiges Eigentum und Technologietransfer	40
4. Für eine andere EU und faire Handelsverträge	41
4.1 Regionale Handelsblöcke und bilaterale Verträge	41
4.2 Eine andere EU – sozial, ökologisch und antimilitaristisch	42
5. Neuordnung der Währungs- und Finanzbeziehungen	43
5.1 Finanzbeziehungen	43
5.2 Währungsbeziehungen	47
5.3 Internationale Organisationen und Institutionen	48
5.4 Steuerpolitik	49
6. Strategien und Bündnisse auf dem Wege zu einer Alternativen Weltwirtschaftsordnung	50
ANMERKUNGEN	52
GLOSSAR	57

Linker grauer Balken für Kontroversen:

In diesem Text stehen Konsens-Abschnitte und Kontroversen. Zur besseren Kenntlichkeit sind die Kontroversen im Text jeweils mit einem grauen Balken auf der linken Seite gekennzeichnet.

Impressum:

Herausgeber: Attac Bundesbüro, Münchener Straße 48, 60329 Frankfurt/M.

Tel. 0 69/90 02 81-10

Fax 0 69/90 02 81-99

E-Mail: info@attac.de

Internet: <http://www.attac.de>

Auflage: 1.500

Februar 2005

Vorwort

1

Liebe LeserInnen,
vor Euch liegt das Diskussionspapier „Diskussionen in Attac Deutschland zu einer alternativen Weltwirtschaftsordnung“, bekannt geworden als „AWWO-Papier“. Es wurde auf dem Ratschlag im Oktober 2004 in Hamburg ohne Gegenstimmen verabschiedet.¹ 5

Das AWWO-Papier ist das Ergebnis eines 21-monatigen Arbeits- und Diskussionsprozesses, der mit dem Beschluss des Attac-Ratschlags in Göttingen im Januar 2003 gestartet wurde, ein Attac-Positionspapier „Für eine ökologische und solidarische Weltwirtschaftsordnung“ zu erarbeiten. Das nun beschlossene AWWO-Papier enthält zum größten Teil Positionen, die von einer breiten Mehrheit bei Attac getragen werden, aber auch kontroverse Positionen (diese sind als solche gekennzeichnet). 10

An dem Diskussionsprozess haben sich seither mehrere Hundert Attac-AktivistInnen beteiligt: auf der Tagung des Wissenschaftlichen Beirats von Attac gemeinsam mit der AG AWWO zum ersten Entwurf des Papiers im Juni 2003, deren Fachbeiträge in einem Buch „Alternative Weltwirtschaftsordnung“ (Biesecker et al., VSA, Berlin 2004) der Öffentlichkeit vorgestellt wurden; als TeilnehmerInnen der AWWO-Workshops auf der Sommerakademie in Münster 2003, des McPlanet.com-Kongresses in Berlin 2003, der Attac-Ratschläge in Göttingen, Aachen und Essen, als TeilnehmerInnen der AWWO-Regionalkonferenzen in Tübingen, Hannover, Dresden (während der Sommerakademie 2004) oder Schwerte bei Dortmund (als Konferenz „Mythos Wirtschaftswachstum?“); als TeilnehmerInnen eines der sechs bundesweiten AWWO-Treffen oder von zahlreichen lokalen Arbeitsgruppen, die an dem Thema AWWO gearbeitet haben; oder einfach über die Website, die Email-Liste oder das open-theory-Webforum (alles über <http://www.attac.de/awwo/> erreichbar). – Damit ist das vorliegende AWWO-Papier neben der zweiseitigen Attac-Erklärung (Frankfurt 2002) der in Attac Deutschland mit Abstand am breitesten diskutierte Text. 15 20 25

Naomi Klein hat darauf hingewiesen, dass der Kapitalismus selbst wieder in Frage gestellt wird – endlich, nachdem zehn Jahre lang das „Ende der Geschichte“ verkündet worden war. Attac vereint reformorientierte Globalisierungskritiker, radikale Globalisierungsgegner und Antikapitalisten im Kampf für eine andere Welt. 30

Eine Welt, die 35

- dem Leitbild der ökologischen, wirtschaftlichen und sozialen Nachhaltigkeit folgt;
- Vielfalt und Kooperation fördert;
- den Menschenrechten und dem Prinzip Arbeit in Würde in Nord und Süd gleichermaßen verpflichtet ist;
- Chancengleichheit und Geschlechtergerechtigkeit verwirklicht;
- das Vorsorgeprinzip durchsetzt und
- in allen Entscheidungen Demokratie walten lässt. 40

Über die Ziele, die Wege dorthin und die einzusetzenden Instrumente wird bei Attac engagiert und kompetent diskutiert – Ausdruck gelebter Vielfalt und Wurzel der Stärke der Bewegung. Diese kontroversen Diskussionen sind im Papier herausgearbeitet: 45

Vorwort

- 1 • Treten wir für eine öko-soziale Marktwirtschaft oder – antikapitalistisch – für eine ökologische Wirtschaftsdemokratie oder für eine Überwindung des Marktes zugunsten von Demokratisierung der Ökonomie ein?
- 5 • Treten wir für eine Zukunft des Wachstums oder für den Abschied vom Wirtschaftswachstum ein?
- Ist unsere Strategie „Globalisierung gerechter gestalten“ oder „Entglobalisierung“ oder „Lokalisierung“?
- Halten wir nur die neoliberale Ausprägung der Globalisierung für kritikwürdig oder sind wir grundsätzliche Gegner der Globalisierung?
- 10 • Sehen wir den Zins als entscheidende Triebkraft (Freigeldtheorie) oder lediglich als ein Moment der Kapitalverwertungsinteressen (Kapitalismuskritik/Antikapitalismus) an?
- Wollen wir Währungscoordination durch internationale Mechanismen, durch nationale Regulierungen oder durch lokalisierte Währungsgebiete bzw. Geldkreisläufe herstellen?
- 15 • Sehen wir die EU in einer aggressiven Expansion nach innen und außen oder kritisch-optimistisch als Stoßdämpfer?

20 Zur besseren Kenntlichkeit sind all diese Kontroversen im Text jeweils mit einem grauen Balken auf der linken Seite gekennzeichnet.

Dieses Diskussionspapier gibt alten und vor allem neuen Mitgliedern Orientierung und trägt zur argumentativen Schärfung nach innen und nach außen bei. Es ist eine Grundlage dafür, die Debatte zu den Perspektiven einer ökologischen und solidarischen Weltwirtschaftsordnung fortzuführen; diese wird zu gegebener Zeit zu einem weiterentwickelten Papier führen. So unterstützt es unser Ziel, eine andere Welt auf diesem Planeten und in unserer Zeit Wirklichkeit werden zu lassen. Im Sinne jenes Wortes der Zapatistas:

25

30 **Fragend schreiten wir voran.**

*Eure AWWO-Redaktionsgruppe
November 2004*

35

Markus Göker (Tübingen)

Michael Kox (Kiel)

40 *Till Mossakowski (Bremen, Oekonux-AG)*

Eberhard Schlecht (Pforzheim)

Oliver Schmidt (Mainz, Attac-AG Welthandel und WTO)

Eckhard Stratmann-Mertens (Bochum, Attac-AG Welthandel und WTO)

45 **<http://www.attac.de/awwo/>**

1

Einleitung

„Eine andere Welt ist möglich“. Weltweit eint dieser Slogan Globalisierungskritiker und -gegner in ihrem Widerstand gegen die neoliberale Globalisierung. Wir sind nicht länger bereit, die Globalisierung wie einen Sachzwang oder gar als naturhaft-unausweichlich hinzunehmen. Indem wir die Möglichkeit von Alternativen propagieren, untergraben wir auch die Legitimation derjenigen, welche die konzerngesteuerte Globalisierung vorantreiben und von ihr profitieren. Die Zunahme von Armut in weiten Teilen der Erde, die immer größer werdende Kluft innerhalb der reichen Industriestaaten und zwischen ihnen und den armen Gesellschaften des Südens, die Ausbreitung von globalen Umweltproblemen sowie die Konzentration von ökonomischer und politischer Macht in Händen von transnationalen Konzernen zwingen uns, die treibenden Kräfte und Interessen hinter diesen Entwicklungen beim Namen zu nennen, aber gleichzeitig auch nach Auswegen zu suchen.

„Wir setzen uns ein für eine ökologische und solidarische Weltwirtschaftsordnung“ (Attac-Erklärung, Frankfurt 2002). Diese Zielmarke reicht auf Dauer genauso wenig aus wie der pure Appell, eine andere Welt sei möglich. Zunehmend wird sowohl in der globalisierungskritischen Bewegung selbst als auch in der hellhörig gewordenen Öffentlichkeit konkret nach unseren Alternativen gefragt. Diese Fragen wollen wir mit der vorliegenden Positionsbestimmung von Attac aufgreifen.

Das Diskussionspapier beschreibt „Wege zu einer alternativen Weltwirtschaftsordnung“. Es gibt nicht den einen Königsweg, sondern zur Vielfalt der globalisierungskritischen Bewegung und von Attac selbst gehört auch eine Vielfalt von politischen und strategischen Wegen und Ansätzen. Das Papier bringt diese Vielfalt zum Ausdruck und soll zugleich einen breiten gesellschaftlichen Diskurs über diese Wege anstoßen. Damit ist dieses Papier zugleich eine Station des Diskussionsprozesses, in dessen Verlauf sich diese Positionsbestimmung weiter differenzieren und verändern wird.

Die Absicht des Diskussionspapiers ist es, das zum Ausdruck zu bringen, was allen Gruppierungen und Aktiven bei Attac gemeinsam, was Konsens ist. Damit kann dieser Konsens auch in der Gesellschaft breiter diskutiert und verankert werden. Genauso werden in dem Papier aber auch verbleibende Unterschiede und Differenzen bei Attac hinsichtlich der Zielbestimmung und der Wege zum Ziel deutlich gemacht. Darin sehen wir nicht eine Schwächung unseres Netzwerkes und der Bewegung. Im Gegenteil: Je klarer Differenzen deutlich gemacht werden, umso lebhafter und fundierter kann der Diskurs darüber geführt werden. Die Lebendigkeit der politischen Auseinandersetzung bringt uns voran und bietet Orientierung für alle diejenigen, die Unbehagen an den Auswirkungen der Globalisierung empfinden.

Das Spannungsverhältnis zwischen reformorientierten Globalisierungskritikern, radikalen Globalisierungsgegnern und Antikapitalisten kann sich als förderlich für eine gemeinsame Wegstrecke zu einer alternativen Weltwirtschaftsordnung erweisen: Denn ohne langfristige Utopien laufen kurz- bis mittelfristig ansetzende Reformvorschläge Gefahr, von den herrschenden Kräften vereinnahmt zu werden; und ohne die Fähigkeit, konkrete und praktisch wirksame Reformen vorzuschlagen, verlieren radikale Utopien ihren Realitätsbezug.

Motivation

Alternativen

**Konsense und
Dissense**

Einleitung

Zwischen- ergebnis

Attac ist ein Netzwerk innerhalb der globalisierungskritischen Bewegung; dieses Diskussionspapier ist gerade aufgrund seiner Offenheit und Vielfältigkeit kein statisches Programm, vielmehr ein Zwischenergebnis. Es nimmt die Alternativenansätze aus den unterschiedlichen Bewegungs- und Gruppenzusammenhängen auf. Ohne sich in detaillierten Einzelforderungen zu verlieren, will es Eckpunkte einer ökologischen, solidarischen und demokratischen Weltwirtschaftsordnung deutlich machen und damit öffentlich zur Diskussion stellen. 1
5

Schwer- punkt- setzung

Die Auseinandersetzung um Alternativen zum Neoliberalismus oder zur Marktwirtschaft, um private und öffentliche Interessen, um die Verwirklichungschancen reicher und armer Menschen ist selbstverständlich nicht auf die Gestalt der inter- und supranationalen Ordnung beschränkt. Sie findet genauso auf nationaler Ebene statt, in Deutschland z.B. in der politischen Auseinandersetzung um die Agenda 2010. Gestaltung und Finanzierung von Gesundheitsversorgung, Alterssicherung, Arbeitsbeziehungen, Bildung,...: Eine Bewegung, an deren Anfang eine steuerpolitische Forderung stand, setzt sich selbstverständlich mit diesen Fragestellungen auseinander. So zeigen auch wir an verschiedenen Stellen Anknüpfungspunkte zu Fragestellungen der genannten Art auf. Diese gebieten jedoch eine eigenständige, intensive Auseinandersetzung mit diversen Sachfragen. Wir maßen uns nicht an, sie alle innerhalb eines 50-seitigen Papiers beantworten zu können und wollen es auch nicht. Dafür sind andere bei Attac kompetent, wie z.B. die Anti-Privatisierungskampagne oder die jüngeren Vorschläge zur Einfachsteuer zeigen. Wir konzentrieren uns auf die Gestalt der internationalen und globalen Beziehungen und ihre Ordnung sowie auf die Strategien, diese Gestalt im Sinne unserer gemeinsamen Grundsätze zu verändern. 10
15
20

Gliederung

Gegliedert ist das vorliegende Diskussionspapier in die drei Hauptabschnitte „I. Die herrschende Weltwirtschaftsordnung führt die Menschheit in die Sackgasse“, „II. Eine alternative Weltwirtschaftsordnung ist möglich“ und „III. Wege zu einer alternativen Weltwirtschaftsordnung“; diese Gliederung entspricht den drei Stufen einer Entscheidungsfindung: Diagnose („Was ist die Situation?“), Utopie („Welche Ziele haben wir?“) und Planung („Wie erreichen wir angesichts der momentanen Situation diese Ziele?“). Parallele Kontroversen ziehen sich durch alle drei Kapitel: Eine andere Auffassung von den Ursachen der gegenwärtigen Krise (Kapitel I) wird i.d.R. einer anderen Utopie entsprechen (Kapitel II) und dementsprechend oft andere politische Vorschläge und Praktiken (Kapitel III) nach sich ziehen – auch hier schlägt sich die Vielfalt der Ansätze bei Attac nieder. 25
30
35

I. Die herrschende Weltwirtschaftsordnung

1 I. Die herrschende Weltwirtschaftsordnung führt die Menschheit in die Sackgasse

5 1. Was bedeutet „Globalisierung“? – Begriffsklärungen

Der Prozess der Globalisierung ist nicht neu, er ist mindestens so alt wie die Entstehung von Welthandel und Weltmarkt. Neu am derzeit stattfindenden Prozess der Globalisierung – die seit Anfang der 1990er Jahre so genannt wird – ist die Entfesselung globaler Finanz- und Kapitalströme. Während sich von 1985 bis 1997 das weltweite Bruttoinlandsprodukt (BIP) lediglich verdoppelte, wurden die weltweiten Exporte verdreifacht, die (außenhandelsbezogenen) Finanzströme verfünffacht und die Kapitalströme (Direktinvestitionen) versiebenfacht. Seit etwa Mitte der neunziger Jahre haben auch Unternehmenszusammenschlüsse und Firmenübernahmen an Häufigkeit und Transaktionsvolumen drastisch zugenommen. Die Transnationalen Konzerne wickeln einen zunehmend großen Teil des Welthandels konzernintern ab. Wesentlich für diesen Prozess der Globalisierung ist die Tendenz, Selbstversorgungswirtschaften und regionale Wirtschaftsformen zu zerstören, um globale Märkte und abhängige Konsumenten zu schaffen.²

Position Kritik der Globalisierung: Die Globalisierung hat dabei durchaus positive Aspekte: nach der feudalen Kleinstaaterei werden nun auch die Nationalstaaten (deren Geschichte mit Blut geschrieben wurde) mehr und mehr überwunden, die ökonomische Vernetzung führt – neben ökonomischen Vorteilen – zur Überwindung kultureller Schranken. Die Kritik richtet sich gegen die neoliberale Globalisierung, d.h. die weltweite Dominanz der Ökonomie und die Zurückdrängung politischer Einflussmöglichkeiten. Diese Kritik ist selbst global geworden, sichtbar z.B. auf den Weltsozialforen: eine Globalisierung des Protestes, des Widerstands, der Hoffnung („Globalisierung von unten“).

Position Gegen Globalisierung: Das Charakteristische an der sogenannten Globalisierung ist, dass nationale, regionale und lokale Einheiten und Besonderheiten unterworfen werden unter die Verwertungsinteressen global agierender transnationaler Kapitalgruppen und der ihnen hörigen globalen Wirtschafts- und Finanzinstitutionen sowie nationaler Regierungen (bis hin zur EU). Diese Unterwerfung und Gleichschaltung vollzieht sich keineswegs nur auf den Finanz- und Gütermärkten, sondern auch im gelebten Alltag von Frauen und Männern in Betrieben, auf den Feldern, in Haushalten und in sozialen Beziehungen. Dabei ist es zweitrangig, um welche Variante der globalen kapitalistischen Entwicklung es sich handelt: um das Projekt des Neoliberalismus mit seiner universellen Durchsetzung der Freihandelsdoktrin oder um die neo-keynesianische Re-Regulierung des expandierenden kapitalistischen Weltmarktes. – Internationalismus ist im Unterschied zur Globalisierung die gleichberechtigte Form grenzüberschreitender Zusammenarbeit und Vernetzung auf ökonomischer, politischer und kultureller Ebene.³

Ökonomische Prozesse

Wider die neoliberale Globalisierung

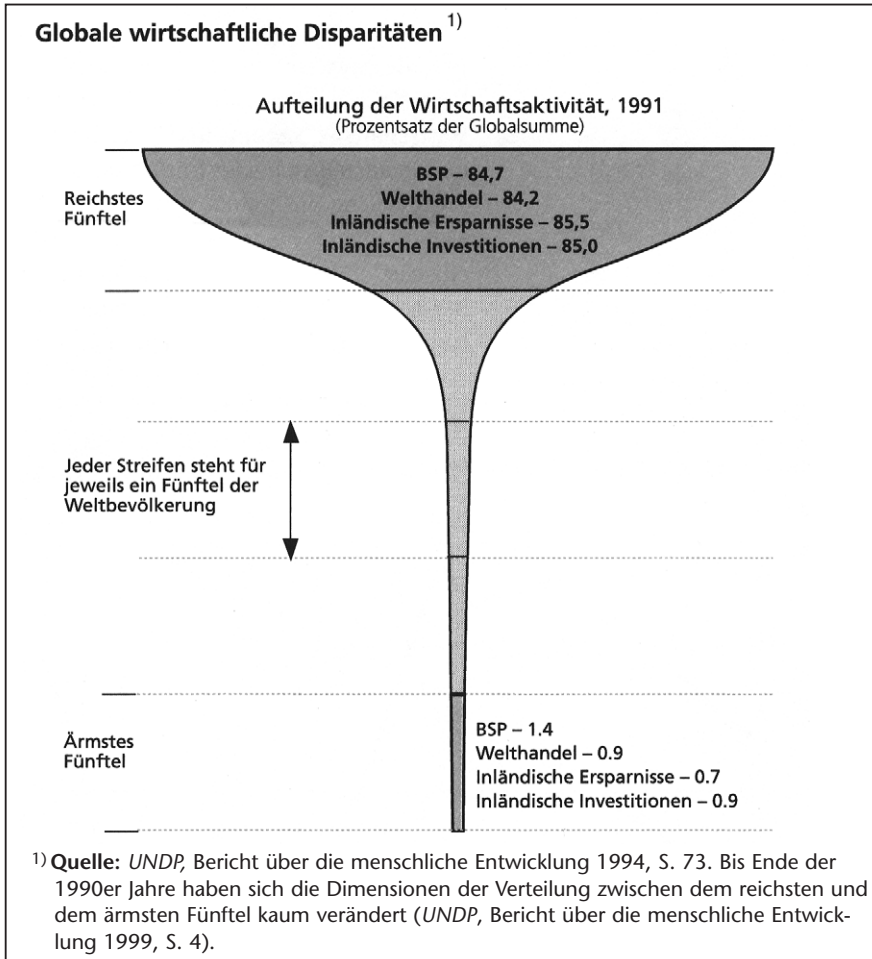
Internationalismus statt Globalisierung

I. Die herrschende Weltwirtschaftsordnung

2. Folgen der neoliberalen bzw. kapitalistischen Globalisierung

Ungleichheit

- Die soziale und materielle Kluft zwischen Nord und Süd wird tiefer. Während die Reichen immer reicher werden, wächst die Armut insbesondere in der Dritten Welt, aber auch in den reichen Ländern. Das durchschnittliche Einkommen



des reichsten Fünftels der Weltbevölkerung entwickelte sich im Verhältnis zu dem des ärmsten Fünftels (v.a. in Afrika südlich der Sahara und Südasien) von 30:1 im Jahre 1960 auf 60:1 1990 und auf 74:1 1997. 2,7 Mrd. Menschen lebten 2001 von weniger als zwei US-Dollar täglich.⁴

Umweltzerstörung

- Die ungleiche Verteilung des Reichtums wird ermöglicht durch eine ebenso ungleich verteilte Ressourcen- und Umweltnutzung. Derzeit werden rund 80% der weltweiten Ressourcen für den Wohlstand von 20% der Menschheit in Bewegung gesetzt. Die Umweltschäden sammeln sich in den unteren Produktionsstufen bei den armen Ländern, die Wohlstandsökonomien genießen das Endprodukt.⁵
- Steigender internationaler Handel bedeutet beschleunigte Stoffströme sowie Steigerung von Verkehr, Energieverbrauch, Schadstoff- und Treibhausgasemissionen. Die Ergebnisse für zukünftige Generationen sind der Treibhauseffekt, Klimakatastrophen und Ressourcenerschöpfung.

Krieg

- Hegemoniale Interessen und die Sicherung neuer Rohstoffquellen führen zunehmend zu kriegerischen Interventionen reicher Industriemächte. Sie begünstigen damit politische Destabilisierung und die Aushöhlung demokratischer Rechte. Dies ist ein Grund für Gewalt, Krieg und Terror.

I. Die herrschende Weltwirtschaftsordnung

- 1 • Durch Finanz- und Wirtschaftskrisen – u.a. hervorgerufen aufgrund deregulierter globaler Finanzmärkte – werden über Nacht ganze Volkswirtschaften ruiniert und verlieren Hunderttausende ihren Arbeitsplatz. Die Armut ist in die Industrieländer zurückgekehrt. Armut und Globalisierung erhöhen sexistische und strukturelle Gewalt gegen Frauen und steigern den transnationalen Handel mit Frauen und Kindern. Die Deregulierung der Arbeitsmärkte und der Sozialabbau werden wesentlich mit Hilfe unter- und unbezahlter, flexibler Frauenarbeit vollzogen.⁶

10

3. Triebkräfte der Globalisierung

3.1 Freihandelsdoktrin

- 15 „Freihandel“ meint unbeschränkten Waren- und Dienstleistungsaustausch zwischen Nationalstaaten oder größeren oder kleineren Regionen. Das Gegenteil von Freihandel bedeutet dementsprechend nicht die Abwesenheit von Handel zwischen solchen Einheiten, sondern dessen Regulierung durch Ein- oder Ausfuhrbeschränkungen. Die Freihandelstheorie, ursprünglich von Ricardo mit dem Theorem der komparativen Kostenvorteile begründet, geht davon aus, dass Freihandel in jedem Fall für alle beteiligten Regionen bzw. Nationen von Vorteil sei und selbst zwischenzeitliche Ungleichheiten durch den vom Freihandel hervorgerufenen Produktionszuwachs bei weitem aufgewogen würden. So hätten sich Nationen, die sich für den Freihandel geöffnet hatten, ökonomisch deutlich vorteilhafter entwickelt. Heute bezieht sich diese Doktrin (die von IWF, Weltbank und WTO durchgehend vertreten wird) neben Waren und Dienstleistungen auf alle Produktionsfaktoren (Ströme von Arbeit, Kapital, Eigentumsrechten an Boden, Wissen). Eine wichtige Kontroverse entspinnt sich aber schon beim Warenhandel:

**Komparative
Kosten-
vorteile**



- 40 **Position Globalisierung gerechter gestalten:** Freihandel ist als eine Form friedlichen, gleichberechtigten Austausches zwischen Völkern und Regionen wünschenswert; Freihandel als eine Form konzerngesteuerter Wirtschaft, frei von staatlicher und gesellschaftlicher Kontrolle sowie frei von Verantwortung für die Natur und die kommenden Generationen ist dagegen abzulehnen. Märkte brauchen national wie international einen demokratisch fundierten Rahmen, der lenkt und erhält. Nur Volkswirtschaften, deren Regelsystem diese Funktionen ausfüllen kann, können erfolgreich Marktwirtschaften ausbilden und am internationalen Handel teilnehmen. Noch nicht hinreichend entwickelte Volkswirtschaften müssen zunächst mit Hilfe protektionisti-

**Kicking away
the ladder**

I. Die herrschende Weltwirtschaftsordnung

Race to the bottom

scher Maßnahmen ihre Position stärken. Die Verfechter der Freihandeldoktrin verwechseln dagegen Ursache und Wirkung.⁷ 1

Position Entglobalisierung: Handelsregulierung muss die Regel sein, von der Freihandel nur die begründete Ausnahme sein kann. Freihandel widerspricht unter anderem dem Ziel einer Internalisierung von sozialen und ökologischen Kosten und führt zu einem globalen Standardsenkungswettbewerb („race to the bottom“). Selbst wenn dem durch internationale Vereinbarungen entgegengewirkt werden könnte, widerspricht Freihandel immer noch den Vorteilen, die eine starke Regionalisierung der Wirtschaft für Demokratie und Ökologie hat und zwingt zu einer Spezialisierung, die unabhängige Produzenten zu abhängigen Konsumenten macht.⁸ 5 10

3.2 Wachstumsdoktrin

Unumstritten ist, dass die Wachstumsdoktrin, z.B. in Verbindung mit der Freihandeldoktrin (vgl. I.3.1), ein wesentlicher Bestandteil der Globalisierungsideologie ist. National wie global ist Wirtschaftswachstum, gemessen an den Indikatoren Bruttoinlandsprodukt (BIP) oder Bruttosozialprodukt (BSP) das zentrale Ziel aller wirtschaftspolitischen Anstrengungen. Armut ist in der Sichtweise von IWF, Weltbank und WTO das Resultat eines zu geringen Wirtschaftswachstums. Strittig ist in Attac allerdings die Haltung zu Wirtschaftswachstum als solchem; für diese Kontroverse verweisen wir auf Abschnitt II.1.1. 15 20

3.3 Neue technologische Möglichkeiten und Bedingungen

Entgrenzung

Die ökonomische Globalisierung ist untrennbar verbunden mit der Entwicklung von Technologien, welche es erst ermöglichen, weltweit natürliche Ressourcen, Gesellschaften und Individuen für das westliche Entwicklungsmodell nutzbar zu machen. Diese entgrenzenden Technologien wie Satelliten, Glasfasernetze und Computertechnik tragen zur Ausbreitung von Informationen, Lebensstilen, Produkten, Rechtsnormen und Infrastruktur bei. Begleitet wird diese geographische Entgrenzung von einer zeitlichen Beschleunigung bislang ungekannten Ausmaßes. Moderne Kommunikationstechnologien ermöglichen persönliche Kontakte und Geschäfte auch mit abgelegensten Personen und Regionen. 25 30

Komplexe Technologien ziehen neue Grenzen durch die Gesellschaften. Sie erfordern lange, teure Ausbildungszeiten. Durch die Spezialisierung im Arbeitsprozess wird der Einzelne immer abhängiger von seiner ausgeübten Tätigkeit. Er empfindet sich dabei immer mehr als ein Rädchen im Getriebe, das sich zunehmend glücklich schätzt, wenn es am Produktionsprozess überhaupt noch Teil haben darf. 35 40

3.4 Transnationale Konzerne (TNK)

Monopol und Macht

Als Triebkraft und Folge der neoliberalen Globalisierung nutzen Unternehmen immer stärker ihre Möglichkeiten zu fusionieren, zu Global Players zu werden und ihre Marktmacht auszuweiten. Inzwischen nutzen transnationale Konzerne geschickt alle Lücken in Gesetzen und Unterschiede zwischen Regionen, um die Profite zu maximieren. Sie sind in der Lage, ihre Gewinne über Tochtergesellschaften an fast jeden Ort der Welt zu verlagern, um ihre Besteuerung zu mini- 45

I. Die herrschende Weltwirtschaftsordnung

1 mieren. Sie erhalten mit dem Arbeitsplatzargument hohe Subventionen und tra-
gen damit in vielen Fällen zur explosiven Staatsverschuldung bei.

Die regionalen, nationalen und internationalen Gesetzgebungsorgane sind
gegenüber den TNK nicht mehr in der Lage, berechnete Interessen durchzuset-
5 zen. Zusätzlich erhalten die TNK über Lobbyarbeit ihren Einfluss auf Gesetzge-
bung und Handlungsweisen der Politik und erwirken z.B. Sozialabbau in Indu-
striestaaten. Durch die TNK wird weltweit der Graben zwischen Verlierern und
Gewinnern immer tiefer; zudem verschärfen sie Klimakatastrophen und andere
ökologischen Probleme. Die TNK errichten zunehmend ein globales Herrschafts-
10 system.

3.5 Das Welthandelssystem

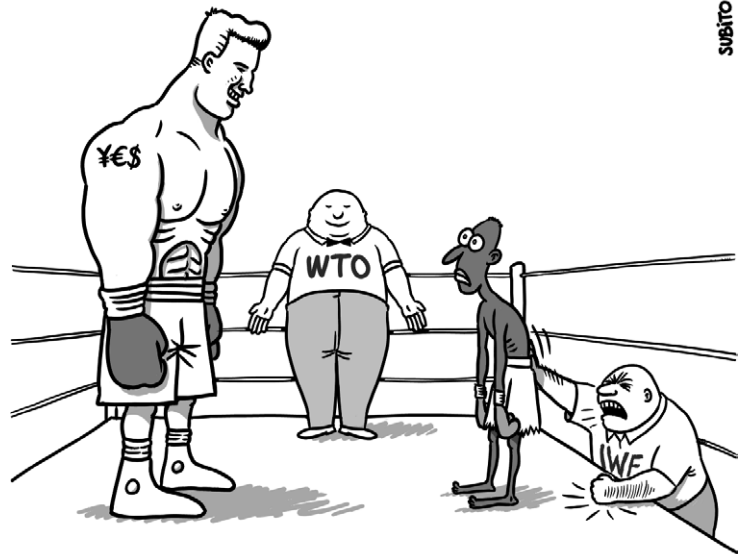
Die Welthandelsorganisation (WTO) ging 1995 aus dem GATT (General Agree-
ment on Tariffs and Trade) von 1947 hervor, dessen Unterzeichner sich auf
15 freihändlerische Prinzipien verpflichteten. Der Geltungsbereich dieser Prinzipien
wurde ausgeweitet und zugleich wurden deutliche Senkungen der Durch-
schnittszölle erreicht. Durch die 1994 abgeschlossene Uruguay-Runde des GATT
verteilt sich der Zuwachs des Welthandels infolge der beschlossenen Handelsli-
beralisierung zu gut zwei Dritteln auf die
20 OECD-Wirtschaften und zu knapp einem Drittel
auf den Rest der Welt. Die WTO-Prinzipien
unterminieren stringente Standards für die ein-
heimische Wirtschaft und stehen im Wider-
spruch zu einigen multilateralen Umweltab-
25 kommen. Aufgrund schwerer Mängel hat diese
WTO keine Legitimation als multilaterales
Forum.⁹

Viele arme Länder können ihre Interessen
nicht in die Verhandlungsprozesse der WTO
30 einbringen, obwohl formal das Prinzip „one
country – one vote“ gilt. Gleichzeitig sind die
Kosten der administrativen Umsetzung von
WTO-Abkommen enorm. Die Rechtsprechung
hingegen geschieht durch das WTO-Streitsch-
lichtungsverfahren, das von Handelsjuristen
35 ausgeübt wird.

Der Agrarsektor wurde mit dem Agreement on Agriculture (AoA) erst 1995 in
die multilaterale Welthandelsordnung einbezogen. Diese Einbeziehung ist sehr
dürftig, da Agrarlobbys und Regierungen der Industrieländer bisher keine sub-
40 stantiellen Angebote gemacht haben, die den Interessen der sogenannten Ent-
wicklungsländer entgegen kommen. Exportsubventionen machen Überschüsse
so billig, dass sie auf ausländischen Märkten verkauft werden können. Die OECD-
Landwirte erhielten 2001 rund 230 Milliarden US-Dollar an Subventionen, das
waren rund 35% (21%) der Einkommen der EU (US-)Landwirte.

45 Das Abkommen TRIPS (Trade-Related Intellectual Property Rights) soll geistiges
Eigentum international schützen, vor allem indem weltweite Patentrechte
geschaffen und durchgesetzt werden. Für TNK sind geistige Eigentumsrechte
eine wichtige Einrichtung zum Ausbau und zur Festigung ihrer marktbeherr-

**Verpflichtung
zum
Freihandel**



SUBITO

**Geistiges
Eigentum**

I. Die herrschende Weltwirtschaftsordnung

schenden Stellung. Das TRIPS-Abkommen ermöglicht die privatwirtschaftliche Ausbeutung genetischen Materials (Patente auf Leben) und bringt dadurch die Landwirtschaft in den sogenannten Entwicklungsländern zunehmend unter die Kontrolle der Pharma-Unternehmen. Dies führt zu einem radikalen Verlust an agrarischer Biodiversität.

3.6 Die EU: Motor der Globalisierung

Regionale Wirtschaftsblöcke wie die EU und bilaterale Abkommen mächtiger Volkswirtschaften mit schwächeren spielen für die neoliberale bzw. kapitalistische Globalisierung eine mindestens ebenso wichtige Rolle wie internationale Organisationen. Die EU zeigt sich nach außen – ob in der WTO oder in bilateralen Handelsgesprächen (z.B. mit den AKP-Staaten) – neben den USA als treibende Kraft bei der Handelsliberalisierung. Innerhalb Europas hat sie die Ideologie des Freihandels und der Liberalisierung der Kapitalströme weit schneller und entschlossener umgesetzt als die internationalen Handels- und Finanzinstitutionen auf globaler Ebene. Damit wurde in den EU-Mitgliedstaaten in weiten Teilen das vorgelebt, was heute weltweit durchgesetzt werden soll. Die Aufrüstung der EU – wie sie auch im EU-Verfassungsentwurf geboten ist – sowie der Aufbau einer EU-Interventionsarmee dienen auch der militärischen Absicherung der ökonomischen Expansion der EU.¹⁰

Während der Verwirklichung des EU-Binnenmarktprojektes stieg die Erwerbslosigkeit nahezu ununterbrochen. Die Durchsetzung des neoliberalen Wirtschafts- und Wachstumsmodells hat zu einem massiven Anstieg des Verbrauchs natürlicher Ressourcen und der Umweltzerstörung geführt, was die EU-Umweltpolitik trotz einzelner Erfolge nicht verhindern konnte. Die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion (EWWU) und die Einführung des Euro Anfang 2003 sind ein wesentlicher Schritt zur Vollendung des Europäischen Binnenmarktes. Eine gemeinsame europäische Währung kann dazu beitragen, auch über Europa hinaus schädliche Wechselkursschwankungen sowie ihre spekulative Ausnutzung zu verhindern und die Koordinierung der Währungspolitik zu erleichtern. Mit den Grundpfeilern der EWWU wurden allerdings die Weichen in eine Richtung gestellt, die im Hinblick auf ein demokratisches und solidarisches Europa höchst fragwürdig sind.

Die Geldpolitik der unabhängigen Europäischen Zentralbank (EZB) ist vor allem dem Ziel der Inflationsbekämpfung verpflichtet. Während sich Kapitalanleger dadurch auf hohe Renditen ohne große Inflationsrisiken verlassen können, werden arbeitsmarktpolitische und konjunkturelle Auswirkungen der Geldpolitik vernachlässigt. Der europäische Stabilitäts- und Wachstumspakt bindet die Ausgabenpolitik der Regierungen an diese EZB-Ausrichtung – er schreibt die Verringerung der Staatsverschuldung verbindlich vor und verhindert nicht nur eine konjunkturfördernde Wirtschaftspolitik in Zeiten der Krise, sondern hat auch in zahlreichen Ländern zur Kürzung sozialer Leistungen geführt.

Position Zukunft des Wachstums: Die einseitige Ausrichtung der EZB auf die Inflationsbekämpfung verhindert, dass die Geldpolitik das Wirtschaftswachstum ankurbelt. Ebenso vernachlässigt der Stabilitätspakt den Aspekt des Wachstums, weil er nicht auf die Konjunkturphasen reagiert. Das Beispiel der US-Geldpolitik ebenso wie der US-Ausgabenpolitik zeigt, dass es anders möglich ist.

Aggressive Handelsblöcke

EU-Binnenmarkt

Rolle der EZB

I. Die herrschende Weltwirtschaftsordnung

1 **Position Abschied vom Wachstum:** Zielsetzung einer „Ökonomie im
stationären Zustand“ ist es, dass alle Politikbereiche, also auch die Geldpolitik,
die Finanz- und die Konjunkturpolitik, das makroökonomische Ziel des BIP-
Wachstums aufgeben (die Wachstumskontroverse ist ausführlich in Abschnitt
5 II.1.1 dargestellt).

Über die Hälfte des Finanzhaushalts der Europäischen Union wird für die
gemeinsame Agrarpolitik (GAP) ausgegeben. Noch immer steht dabei die Stei-
gerung der Produktionsmengen im Vordergrund. Das führt unter anderem dazu,
10 dass hoch subventionierte landwirtschaftliche Erzeugnisse aus der EU an der Zer-
störung regionaler Märkte in sogenannten Entwicklungsländern beteiligt sind,
Böden und Grundwasser verseucht werden und Methanemissionen nicht uner-
heblich zur Erwärmung der Erdatmosphäre beitragen.

15 **Position Gegen aggressive EU-Expansion nach außen und innen:**
Im Jahr 2000 verabschiedeten die EU-Regierungschefs in Lissabon eine
aggressive Expansionsstrategie: Innerhalb von zehn Jahren soll die EU zum
wettbewerbsfähigsten und dynamischsten Wirtschaftsraum der Welt werden.
Die damit einhergehende forcierte Fortsetzung der Liberalisierungs- und
20 Deregulierungslogik wird – wie schon bei der Konstruktion des Euro und beim
Abbau der sozialen Sicherungssysteme – nicht die versprochenen Verbesse-
rungen der Lebensbedingungen für alle Menschen bringen, sondern nur eine
Minderheit begünstigen. Und beim Kampf um Weltmarktanteile sind zukünf-
tig militärische Interventionen der EU vorprogrammiert.

25 **Position EU als Stoßdämpfer:** Die EU hat den Druck der neoliberalen
Globalisierung zwar teilweise nach innen weitergegeben (Stabilitätspakt, Lis-
sabon-Strategie), aber dadurch eine bessere Abfederung gegen die Schock-
wellen der globalisierten Finanzmärkte erreicht, als es einzelnen Nationalstaa-
ten je möglich gewesen wäre. Forderungen nach sozialen und ökologischen
30 Mindeststandards sind heute – wenn überhaupt – nur auf EU-Ebene durch-
setzbar, z.B. wird z.Zt. eine ambitionierte Chemikaliengesetzgebung disku-
tiert. Im Bereich der öffentlichen Dienstleistungen gibt es in den Regionen
und Kommunen wie im EU-Parlament Ansätze, der von der EU-Kommission
vorangetriebenen Deregulierungsinitiativen (Stichworte: Grünbuch Dienstlei-
35 stungen von allgemeinem Interesse, Bolkestein-Richtlinie) einen Riegel vorzu-
schieben. Die Sicherheitsdoktrin der EU enthält im Gegensatz zu den USA eine
starke Betonung von Armutsbekämpfung, Ressourcenzugang usw.; Präempti-
on wird einmütig abgelehnt. Zudem gibt die EU pro Jahr 33 Mrd. Euro für
40 die Unterstützung schwacher EU-Regionen aus – darin liegt ein Bekenntnis zu
einer solidarischen Politik jenseits der Marktlogik, das in Zukunft gestärkt
werden muss.¹¹

Agrarpolitik

**Standards und
Solidarität**

I. Die herrschende Weltwirtschaftsordnung

3.7 Globale Finanzströme und ihre Institutionen (IWF und Weltbank)

Eine mächtige Triebkraft der wirtschaftlichen Globalisierung sind die internationalen Finanzmärkte. Sie erreichten eine neue Dimension mit der Auflösung des Systems fester Wechselkurse und der daran anschließenden, auch vom Internationalen Währungsfonds (IWF) vorangetriebenen Liberalisierung der Finanz- und Bankenmärkte.

3.7.1 Zinsdebatte

Im Jahr 2001 lag der globale Devisenmarktumsatz pro Tag bei rund 1 200 Mrd. US-Dollar. Nur 30-40 Mrd. davon reichen zur Abwicklung des Welthandels, der Rest ist spekulatives Kapital. Im Jahr 2002 hatten 80% der weltweiten Kapitalflüsse von ca. 2 000 Mrd. Euro pro Tag eine Anlagedauer von unter 7 Tagen. Während das bundesdeutsche BIP seit 1991 um 9% gewachsen ist und die Nettolöhne um 2% gesunken sind, wuchsen Zinserträge und Geldvermögen real um 60%. Damit wachsen die Geldbestände schneller als die allgemeine Wirtschaft, die Kaufkraft der Arbeitnehmer wird geringer, da die Vermögen sehr ungleich verteilt sind. 2001 haben die Banken in Deutschland ihren Anlegern 391 Mrd. Euro oder 66% der Nettolöhne gutgeschrieben.

Ungleichheit nimmt zu

Zins = Kapitalismus

Position Freigeldtheorie: Die kapitalistische Komponente unseres Wirtschaftssystems basiert auf dem Zins als Anreiz zur langfristigen Anlage von Geldvermögen. Geld ist per se kein gerechtes Tauschmittel. Der Wert von Gütern ist zeitabhängig: bei Knappheit hoch, bei Überfluss oder Alterung niedrig. Dies gilt noch extremer bezüglich Arbeitskraft. Der Geldbesitzer ist demgegenüber hoch privilegiert. Den Unternehmen kann Geld langfristig als Kredit gegen Bezahlung von Zinsen für Investitionen zur Verfügung gestellt werden. Dank dieser Investitionen vermehrt sich das Kapital, die allgemeine

Produktivität und damit der Wohlstand. Mit zunehmender Vermehrung und Verfügbarkeit des Kapitals sinkt jedoch der Zins, auch weil Unternehmen bei weitgehender Marktsättigung in den Industrieländern keine hohen Kreditzinsen mehr bezahlen können.

Die seit den 1970er Jahren ständig über den – noch stärker zurückgehenden – realen BIP-Wachstumsraten liegenden Zinssätze tragen wesentlich zu einer Umverteilung des Reichtums bei: von der Arbeit zum Besitz, national und zwischen den Staaten (Nord vs. Süd). Damit wachsen die Geldbestände schneller als die allgemeine Wirtschaft. Immer größere Kapitalakkumulationen suchen nach Renditemöglichkeiten und erzwingen die Privatisierung öffentlicher Bereiche. Diese Situation war in der Vergangenheit immer der



I. Die herrschende Weltwirtschaftsordnung

1 Ausgangspunkt für Kolonialisierung und Krieg, für Währungs- und Verschuldungskrisen. Somit ist unser derzeitiges Zinssystem die entscheidende Ursache für die weltweite Neoliberalisierung, für steigende Rüstungsaufgaben und systemimmanente Kriege, die ca. alle 70 Jahre die angehäuften Vermögen (und damit verbundenen Staatsschulden) wieder reduzieren. Für eine gerechtere Geldwirtschaft muss daher der Zins letztlich gegen Null sinken.¹³

5
10
15
20
25
Position Kapitalismuskritik: Der Kapitalismus basiert auf konkurrenzgetriebener Profitsteigerung und Kapitalakkumulation; der Zins ist nur ein Ausdruck der Verwertungsinteressen des Kapitals, er ist real bestimmt und deshalb keine eigenständige Triebkraft: „Der Kapitalismus ist wie das berühmte Fahrrad, das immer in Schwung bleiben muss, wenn es nicht fallen soll, und die Konzerne stehen in Konkurrenz zueinander, um zu sehen, wer am kräftigsten in die Pedale treten kann, bevor er gegen die Wand fährt“. Diese Bewegung des Kapitalismus hat historisch eine enorme Steigerung der Produktivkräfte erreicht und zu einem Überfluss an materiellen Gütern geführt. Heute ist der Kapitalismus jedoch mehr und mehr destruktiv: Immer größere Kapitalakkumulationen suchen weltweit nach Renditemöglichkeiten und erzwingen die Privatisierung öffentlicher Bereiche. Die sozialen Ungleichheiten verschärfen sich immer stärker (s.o.), es gibt eine strukturelle Sockel-Erwerbsarbeitslosigkeit – immer weniger Menschen und Regionen können mit den Weltmarktanforderungen, die über die globalisierten Finanzmärkte blitzschnell in jede Weltregion vermittelt werden, mithalten. Die Individuen werden durch den Rhythmus des Turbokapitalismus entwurzelt und vereinzelt.¹⁴

**Profit,
nicht Zins!**

3.7.2 Verschuldung

30 Dass sich ein kleiner Teil der Weltbevölkerung in den reichen Ländern des Nordens auf Kosten der Mehrheit der Menschen im Süden anhaltend bereichert, ist einer der Hauptgründe für globale, häufig gewaltsam ausgetragene Konflikte. Die Verschuldung des Südens bei nördlichen Gläubigern ist dabei einer der wichtigsten Mechanismen von Bereicherung bzw. Verarmung. Bisherige Schuldenerlasse wurden zum überwiegenden Teil zu Lasten der Steuerzahler der Industrieländer vereinbart, die somit die Zinseinnahmen privater Anleger sichern. Ein strukturelles Problem kann nicht allein durch einzelne Schuldenerlasse überwunden werden. Vielmehr müssen die Beziehungen zwischen Schuldnern und Gläubigern auf eine neue Grundlage gestellt werden.

**Der Süden in
der Schulden-
falle**

3.7.3 Rolle von IWF und Weltbank

40 Die Weltbank und der IWF sind die Träger der nach dem Zweiten Weltkrieg in Bretton Woods entstandenen Weltfinanzordnung. Die von ihnen finanzierten Großprojekte stehen einer lokalen eigenständigen Entwicklung oft entgegen.

45 Der Washington Consensus überhöhte den IWF zu einem Machtinstrument, um die neoliberale Doktrin durchzusetzen, ohne Ansehen spezifischer Situationen von Volkswirtschaften. Lange genug hat der IWF als Krisenmanager – in Asien 1997/98, Brasilien 1998/99 und Argentinien 2001 – versagt und die Krisen im Interesse der wirtschaftlich Mächtigen noch verschärft. Immer wieder intervenierte er in den Krisenländern, um als Schuldeneintreiber das Kapital der ausländischen Gläubiger und Kapitalanleger zu retten.¹⁵

I. Die herrschende Weltwirtschaftsordnung

Neoliberale Interessen- politik

Im IWF und in der Weltbank haben die USA eine Vetoposition und zehn Industrieländer zusammen eine absolute Mehrheit. Sie bestimmen damit die internationale Finanzordnung allein, und sie richten sich dabei oft nach den Interessen von Banken und Multis und nicht nach denen der Menschen in jenen 130 sogenannten Entwicklungsländern, die zusammen nur rund 33% der Stimmen halten. 1

Die globalisierten Finanzmärkte verlangen stabile Währungen, ausgeglichene Budgets und Rückzahlung der Auslandsschulden. Nötig ist daher die Erwirtschaftung von Exportüberschüssen und Devisen. Für die sogenannten Entwicklungsländer bedeutet dies hauptsächlich den Verkauf ihrer natürlichen Ressourcen. Fallende Preise und Währungen führen zu weiter steigender Ressourcenextraktion, um den Geldwert der Exporte stabil zu halten. Dass sich damit die Handelsbedingungen verschlechtern, ist ein herausragender Faktor sowohl für die Armutsentwicklung in vielen Regionen der Welt als auch – damit zusammenhängend – für die Wohlstandsgewinne in den Industriestaaten. 5 10 15

3.8 Globale Machtasymmetrien schaffen Gewaltpotenziale

Krieg

Die ungleiche und asymmetrische Entwicklung, die sich in und zwischen den verschiedenen Gesellschaften und Nationen auf der Grundlage der kapitalistischen Wirtschaftsordnung unter neoliberalem Regime ergibt, wird durch die Kriege gestärkt, welche die G8-Staaten führen und geführt haben, sowie durch viele Kleinkriege in einer ganzen Reihe von Ländern der Peripherie. Die Opfer sind in der Mehrheit Frauen und Kinder.¹⁶ 20 25

In diesen Kriegen geht es um weltweite oder regionale Vorherrschaft, um die Kontrolle wichtiger Rohstoffe, um die Kontrolle von Waren- und Finanzmärkten, um die Kontrolle von Migrationströmen oder um den verzweifelten Kampf um Überlebenschancen. 30

Terrorismus

Die politische Ökonomie der westlich dominierten Weltgesellschaft bereitet auf diese Weise nicht zuletzt die Grundlage für terroristische Aktivitäten. Diese Entwicklungen in der Welt wie ethnische Massaker, Vertreibungen und Terror liefern gleichzeitig die willkommenen Vorwände, um unter Verweis auf die Aufrechterhaltung des westlichen Wertehorizonts (Freiheit, Demokratie, Menschenrechte, Marktwirtschaft, die Achse des Guten) die nach dem Zweiten Weltkrieg bis zum Ende des Kalten Krieges entwickelten und anerkannten rechtlichen Standards (UN-Charta, Menschenrechte, Völkerrecht, Genfer Konvention) massiv zu deregulieren. Ein Beispiel hierzu ist die Nichtanerkennung des Internationalen Gerichtshofes in Den Haag durch die USA. 35 40

Migration

Solange nicht überall menschenwürdige Arbeits- und Lebensbedingungen herrschen, ist Freizügigkeit ein Privileg weniger, während die meisten MigrantInnen durch wirtschaftlichen Druck oder durch Verfolgung zum Verlassen ihrer Heimat gezwungen werden. Viele Migrantinnen werden nicht nur Opfer materieller, sondern auch sexueller Ausbeutung. MigrantInnen werden oft als billige Arbeitskräfte eingesetzt, um einheimische zu erpressen. So werden jene Menschen, nach dem Verlust ihrer Heimat, erneut zu Opfern, es kommt zu schweren sozialen Spannungen und oft weiteren gewaltsamen Konflikten. 45

II. Eine alternative Weltwirtschaftsordnung ist möglich



II. Eine alternative Weltwirtschaftsordnung ist möglich

1. Leitbilder und Leitideen

1.1 Leitbild: Nachhaltige Entwicklung

1992 einigte sich die Weltgemeinschaft auf der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro auf das Leitbild der nachhaltigen Entwicklung, wobei die Industriestaaten ihre vorrangige Verantwortung für ein Umsteuern in Richtung ressourcenschonender Entwicklung anerkannten. Die Erklärung von Rio proklamiert: „Das Recht auf Entwicklung muss derart verwirklicht werden, dass die Bedürfnisse gegenwärtiger und zukünftiger Generationen auf Entwicklung und Umwelt gerecht erfüllt werden“ (Grundsatz 3). Das Prinzip der nachhaltigen Entwicklung wird seitdem gerne für Fensterreden verwendet, tatsächlich umgesetzt wird jedoch das der neoliberalen Globalisierung, wie es in der WTO seit 1995 sinnbildlich institutionalisiert wurde: anstelle eines den Naturverbrauch beschränkenden Umweltschutzes das Niederreißen jeglicher Beschränkungen.¹⁷

Trotz der Vereinnahmung des Nachhaltigkeitskonzeptes („nachhaltige Globalisierung“) enthält dieses Konzept ein grundlegend kritisches Potential gegenüber den herrschenden ökonomischen und ökologischen Ausbeutungsverhältnissen. Nach dem Gleichheitsgrundsatz haben alle Menschen auf der Erde das gleiche Recht auf Entwicklung und damit gleiche Zugangs- und Nutzungsrechte zu Ressourcen und der Umwelt (Boden, Luft und Wasser). Dieses Recht wird jedoch begrenzt durch die Endlichkeit des Ökosystems Erde sowie die gleichrangigen Rechte zukünftiger Generationen. Demgemäß haben die sogenannten Entwicklungsländer ihre Nutzungsrechte bei weitem noch nicht ausgeschöpft, die Industrieländer hingegen ihr Konto längst und bei weitem überzogen. Es können nicht weiterhin 20% der Weltbevölkerung 70-80% der natürlichen Ressourcen konsumieren; ansonsten ist eine Überwindung der Armut in den Ländern des Südens bei Wahrung der globalen ökologischen Stabilität nicht möglich.

Eine wichtige Kontroverse entzündet sich am Verhältnis von Nachhaltigkeit und Wachstum. Wirtschaftswachstum wird anhand der Indikatoren BIP oder BSP gemessen, in denen alle Transaktionen positiv bilanziert werden, gleichgültig, ob es sich dabei um gesellschaftlich oder ökologisch nützliche oder schädliche Aktivitäten oder um Reparaturkosten handelt; außerdem wird nur bilanziert, was in Geldwerten erfasst wird. Andere Indices für ökonomischen Wohlstand wie der Genuine Progress Indicator (GPI) versuchen im Gegensatz zum BIP die realen

Rio-Konferenz

**Volkswirtschaftliche
Gesamt-
rechnung**

II. Eine alternative Weltwirtschaftsordnung ist möglich

sozialen und ökologischen Kosten der Wirtschaftstätigkeit mit einzubeziehen, darunter Faktoren wie Ressourcenbestand, Umweltverschmutzung, Freizeit, Gesundheit, Kriminalität, Verteilungsgerechtigkeit, Arbeitslosigkeit sowie unbezahlte Arbeit in Ehrenamt und Haushalt. Auffällig ist zumindest, dass sich seit den 70er Jahren die Arbeitslosigkeit in den Industrieländern trotz anhaltenden BIP-Wachstums vervielfacht hat.

Position Abschied vom Wachstum: Eine nachhaltige Weltwirtschaftsordnung setzt die Abkehr von einer Fortschritts- und Entwicklungsidee voraus, die auf Wirtschaftswachstum basiert – und das zunächst und vor allem in den industrialisierten Ländern, die mit ihrem übermäßigen Ressourcenverbrauch die Lebenschancen der Menschen im Süden und der künftigen Generationen verringern. In den wenig industrialisierten Ländern dagegen könnte das Wachstum bestimmter Wirtschaftssektoren, auch das des BIP insgesamt, durchaus ein wichtiger und notwendiger Bestandteil auf dem Weg aus der Armut sein; entscheidend jedoch ist, auf welcher Ressourcenbasis und unter welchen sozialen Bedingungen dieses Wachstum stattfindet. Das lässt sich am BIP selbst aber nicht ablesen.

Alternative Indices zum BIP wie der GPI (siehe oben) deuten darauf hin, dass in den Industriestaaten ab einem Wendepunkt, der zwischen ca. 1970 (USA) und ca. 1980 (BRD) lag, der Wohlstand bei anhaltendem BIP-Wachstum sinkt. Eine Steigerung des Pro-Kopf-BIP kann zeitweilig mit einer Erhöhung der Lebensqualität einhergehen, dann jedoch in das Gegenteil umschlagen; die Grenzkosten übersteigen dann den Grenznutzen. Dementsprechend ist Wirtschaftswachstum auch kein Heilmittel gegen Massenarbeitslosigkeit in den Industrieländern: Bei jedem Konjunkturaufschwung finden Investitionen in kapitalintensive Technologien statt, so dass sich seit den 70er Jahren beim nächsten Abschwung ein noch höheres Plateau an Erwerbsarbeitslosigkeit als zuvor ergab.¹⁸

BIP-Wachstum als makroökonomisches Ziel ist aufzugeben. Anzustreben ist statt dessen eine Ökonomie im stationären Zustand (Steady-State Economy), die die Nettodurchlaufmenge der Weltwirtschaft an Materie und Energie auf einem nachhaltigen Niveau konstant hält. Sinkende Stoffströme können hierbei durchaus auch ein Schrumpfen des BIP zur Folge haben. Es gilt in den sogenannten Entwicklungsländern auch die Chance zu nutzen, direkt auf ressourcenleichte Produktions-, Verteilungs- und Konsumweisen zu setzen, zu denen die Industrieländer ohnehin finden müssen.¹⁹

[Der folgende Absatz ist innerhalb der Nachhaltigkeitsdebatte umstritten. Frauenbewegungen kritisieren, dass quantitative und qualitative Kontrolle der Bevölkerung am weiblichen Körper ausgetragen wird. Sie setzen selbstbestimmte Geburtenkontrolle und „reproduktive Rechte“ als Gegenkonzept gegen demografische Regulierungspolitik.]

Der Gesamtnaturverbrauch ist ein Produkt aus drei Faktoren: Jeder Konsum führt zu Naturverbrauch (Naturverbrauch pro Einheit Konsum); jeder Mensch konsumiert (Konsum pro Kopf); diese beiden multipliziert mit der Anzahl der Menschen (Bevölkerungszahl) ergeben den Gesamtnaturverbrauch. Daraus kann die Forderung nach einer demografischen Regulierungspolitik abgeleitet werden, welche die Tragfähigkeit der Natur berücksichtigt. Wichtiger als das BIP pro Kopf sind hier direkte Maßnahmen, vor allem zur Familienplanung,

Steady-State Economy

II. Eine alternative Weltwirtschaftsordnung ist möglich

1 aber auch zur Verbesserung des Bildungsstands und des Arbeitsplatzangebots – speziell für Frauen –, zur sozialen Altersfürsorge und zur Senkung der Kindersterblichkeit.²⁰

5 Um unser bisheriges Wachstums- und Entwicklungsmodell (und die dahinter stehenden Kapitalinteressen, das westliche Konsummodell und die asymmetrischen Wirtschaftsbeziehungen) nicht in Frage stellen zu müssen, hat man als Ausweg aus dem Widerspruch zwischen Wachstum und Nachhaltigkeit den Begriff des „nachhaltigen Wachstums“ geprägt, der bereits vielerorts die „nachhaltige Entwicklung“ ersetzt. Es zeigt sich jedoch, dass die (bislang
10 ohnehin nicht ausreichenden) technischen Gewinne bei der Umwelteffizienz durch das Produktionswachstum national wie global bei weitem überkompensiert werden (Bumerang-Effekt), die absolute Belastung also in wichtigen Bereichen steigt. Genauso wenig ist die oft beschworene Umschichtung zugunsten des Dienstleistungssektors hinreichend, unter anderem, weil dieser
15 weitaus weniger „ressourcenleicht“ ist, als vielfach angenommen wird. Ist in den westlichen Industrieländern in den letzten Jahren eine Abnahme z.B. des Energieverbrauchs festzustellen, so liegt das lediglich am Nettoimport ökologischer Kapazität, der infolge der Globalisierung zunimmt. Angesichts der Dimensionen der drohenden ökologischen und daraus folgenden sozialen
20 Katastrophen gibt es somit keine rein technologische Lösung, sondern ist ein tieferer struktureller Wandel notwendig. Laut Umweltprogramm der Vereinten Nationen müssen die Industrieländer ihren Rohstoffverbrauch um 90% senken und ihr Konsumverhalten ändern – eine Zielsetzung, die dem Prozess der weiteren Globalisierung und der allseits angestrebten Produktionssteigerung durch weitere Liberalisierung des Welthandels diametral entgegengesetzt ist.²¹

Position Zukunft des Wachstums: Weiteres Wirtschaftswachstum mit den derzeitigen Produktionstechnologien führt zu weiterer Verschwendung knapper Ressourcen und weiterer Umweltbelastung. Daraus folgt jedoch nicht
30 die Forderung nach Nullwachstum, sondern die Forderung nach Änderung der Produktionstechnologien, nach nachhaltigem (und verteilungsgerechtem!) Wachstum. Die ökologische Problematik muss zwar in der vollen Breite anerkannt werden, aber BIP-Wachstum wird sich durch technologischen Fortschritt und Umschichtungen innerhalb und zwischen den Wirtschaftssektoren vom Naturverbrauch entkoppeln lassen.

35 Weiteres Wirtschaftswachstum ist notwendig: Arbeitslosigkeit und Armut auf der Welt sind nicht bei Nullwachstum zu bekämpfen. Es müssen mehr und besser bezahlte Arbeitsplätze entstehen. Beschäftigung ist eine abhängige Variable der Produktionsmenge. Also muss die Produktionsmenge wachsen.
40 Selbst wenn eine radikale Umverteilung von Vermögen, Einkommen und Arbeit bei Nullwachstum politisch durchsetzbar wäre, würde die Weltbevölkerung für immer in konstanter Armut leben. Hinzu kommt, dass die Weltbevölkerung wächst und damit ständig mehr Arbeitsplätze und damit Wachstum benötigt, um ihren Lebensstandard auch nur zu erhalten. Hinzu kommt
45 auch, dass die ständig steigende Arbeitsproduktivität durch technischen Fortschritt ständig Arbeitsplätze vernichtet und daher Wachstum notwendig ist, um die bestehende Beschäftigung auch nur zu erhalten.

**Umwelt-
effizienz?**

**Technischer
Fortschritt**

II. Eine alternative Weltwirtschaftsordnung ist möglich

1.2 Leitideen für zukunftsfähige Gesellschaften

Neben dem Leitbild der Nachhaltigkeit gibt es verschiedene Leitideen, Grundsätze, „Kernprinzipien für zukunftsfähige Gesellschaften“, welche die globalisierungskritische Bewegung einen und das Fundament unserer Gegenentwürfe zur neoliberalen bzw. kapitalistischen Globalisierung formen.²²

1.2.1 Vielfalt und Kooperation

Vielfalt ist der Schlüssel für Vitalität, Anpassungsfähigkeit und Erneuerungsfähigkeit menschlicher Gesellschaften. Der Reichtum menschlicher Erfahrung und menschlichen Potenzials spiegelt sich in der kulturellen Vielfalt, die einen Ansporn für soziale, intellektuelle und spirituelle Innovationen gibt. Außerdem vermittelt sie ein Gefühl von Identität, Zusammengehörigkeit und Lebensinn. Kulturelle Vielfalt bedeutet, dass alle Kulturen der Welt eigenständige Wertesysteme besitzen. Eine alternative Weltwirtschaftsordnung muss diese Eigenständigkeit anerkennen. Vielfalt kann nicht ausschließlich nach dem Kriterium der (monetären) Marktfähigkeit bewertet werden. Denn damit gehen Prozesse der Externalisierung einher, d.h. der Ausblendung, Abwertung und Aneignung reproduktiver Leistungen. Es sind jedoch gerade diese reproduktiven Leistungen, die gesellschaftliche Vielfalt ermöglichen: Zu ihnen gehören die unbezahlten, oft von Frauen geleisteten Sorge- und Überlebensarbeiten, die gemeinsam mit der Produktivität der ökologischen Natur die Grundlagen allen ökonomischen Handels bilden. Im herrschenden (neoliberalen) Denken jedoch gelten natürliche, kulturelle und menschliche Vielfalt nicht als eigenständige Werte.

Wettbewerb im Sinne der Vielfalt ist belebend. Die neoliberale bzw. kapitalistische Konkurrenz ist jedoch auf Verdrängung angelegt und zerstörerisch. Zukunftsfähige Gesellschaften leben von der Fähigkeit zur Kooperation. Sie begreifen die Menschen als sozial vernetzt, daher schaffen und bewahren sie Raum für die Bildung von Kooperationen. Hierunter fallen die Markt-, die Versorgungs- und die Non-Profit-Organisationen gleichermaßen.²³

1.2.2 Menschenrechte und Arbeit in Würde

1948 haben die Regierungen der Welt den 30 Artikeln der Menschenrechtsdeklaration der Vereinten Nationen zugestimmt, die jedem Menschen politische bzw. bürgerliche ebenso wie ökonomische, soziale und kulturelle Grundrechte garantiert. Hinter diesen Standard darf die Politik nirgendwo auf der Welt zurückfallen, auch wenn sie bisher nur für eine – zumeist männliche – Minderheit der Weltbevölkerung Wirklichkeit geworden sind. So soll etwa eine Lebenshaltung gewährleistet werden, die Frauen, Männern und Kindern gleichermaßen „Gesundheit und Wohlbefinden, einschließlich Nahrung, Kleidung, Wohnung, ärztliche Betreuung und der notwendigen Leistungen der sozialen Fürsorge“ erschließt.

Manche Leute meinen, das Prinzip der Menschenrechte könne mit dem Prinzip der Subsidiarität (siehe III.1.2.5) in Konflikt geraten, etwa durch spezifische Praktiken mancher Gesellschaften (z.B. die Verstümmelung weiblicher Genitalien). Wir treten für den Vorrang der Menschenrechte bei einem Konflikt dieser beiden Prinzipien ein.

**Kulturelle
Eigenständig-
keit**

**Soziale
Einbettung**

**Vorrang
für die
Menschen-
rechte**

II. Eine alternative Weltwirtschaftsordnung ist möglich

1 Die Menschenrechtsdeklaration der Vereinten Nationen bestätigt das Recht
2 aller Menschen auf „Arbeit, freie Berufswahl, angemessene und befriedigende
3 Arbeitsbedingungen sowie den Schutz gegen Arbeitslosigkeit“. In den Ländern
4 des Südens sichern die meisten Menschen den Lebensunterhalt ihrer Familien
5 durch Arbeit im sogenannten informellen Sektor. Davon sind Frauen überpro-
6 portional betroffen. In den Industrieländern halten vergleichbare Formen unsi-
7 cherer Beschäftigung (Scheinselbstständigkeit u.a.m.) wieder Einzug. Vielen die-
8 ser Menschen hilft die neoliberale bzw. kapitalistische Globalisierung nicht, son-
9 dern raubt ihnen die Möglichkeit, in Würde zu arbeiten. Und viele, die eine
10 Arbeitsstelle haben, arbeiten unter unwürdigen oder gefährlichen Bedingungen
11 oder unter ständig steigendem Druck. Zukunftsfähige Gesellschaften müssen bei-
12 des leisten: Einerseits den Schutz der Arbeitnehmerrechte im formellen Sektor,
13 vor allem durch Stärkung der Gewerkschafts- und Mitbestimmungsrechte, sowie
14 durch eine gleichmäßige Verteilung der Arbeit auf alle, das bedeutet eine umfas-
15 ssende Arbeitszeitverkürzung, vor allem in den Industrieländern. Andererseits ein
16 gesichertes Mindesteinkommen und Sozialrechte aller Menschen, die im soge-
17 nannten informellen Sektor oder in unsicheren Beschäftigungsverhältnissen
18 arbeiten oder durch Arbeitslosigkeit ausgegrenzt werden.²⁴

19 Weitgehende Arbeitszeitverkürzungen bei existenzsicherndem Einkommen bie-
20 ten auch die Möglichkeit für eine Entfaltung freier Tätigkeiten jenseits der
21 Erwerbsarbeit: vielfältige Formen der Eigenarbeit, Selbstorganisation, soziale
22 Tätigkeit und eine Neuaufteilung der Familienarbeit zwischen Männern und
23 Frauen. So kann die Bedeutung von Erwerbsarbeit hinter die freien Tätigkeiten
24 zurücktreten; einkommensbezogener Wohlstand verliert an Gewicht gegenüber
25 den Zuwächsen an selbstbestimmter Zeit (Zeitwohlstand).

26 Voraussetzung für eine soziale Weltwirtschaftsordnung sind Gewerkschaften,
27 die dem global agierenden Kapital Paroli bieten können, indem sie sich selber
28 global organisieren und zu einer starken und solidarischen Gegenmacht werden.
29 Ziel grenzüberschreitend agierender Gewerkschaften ist nicht die Wahrung von
30 Besitzständen der ArbeitnehmerInnen der einen Länder (Deutschland oder Euro-
31 pa) gegen oder auf Kosten der Interessen der ArbeitnehmerInnen anderer Län-
32 der, sondern der Kampf gegen einen globalen Dumpingwettbewerb, bei dem
33 alle nur verlieren können – die ArbeitnehmerInnen hier wie dort genauso wie die
34 Erwerbslosen und Prekarierten hier wie dort.

35 Die globalisierungskritische Bewegung ist auf handlungsfähige Gewerkschaften
36 angewiesen, weil sie über ihre bisherigen Handlungsinstrumente hinaus eine stär-
37 kere Durchsetzungsperspektive braucht. Attac unterstützt daher im Rahmen sei-
38 ner Möglichkeiten den Weg der Gewerkschaften zu global handlungsfähigen
39 Organisationsformen, ob dies in Kontinuität aus den jetzigen Apparaten und
40 Organisationen heraus geschieht oder ob sich neue Gewerkschaften, hervorge-
41 gangen aus apparatkritischen globalen Netzwerken, entwickeln oder eine Misch-
42 form aus beidem.²⁵

II. Eine alternative Weltwirtschaftsordnung ist möglich

1.2.3 Chancengleichheit und Geschlechtergerechtigkeit

Mehr Chancengleichheit zwischen den Nationen wie auch innerhalb einzelner Länder würde sowohl die Demokratie stärken als auch die Zukunftsfähigkeit von Gesellschaften. Die neoliberale bzw. kapitalistische Globalisierung benachteiligt überproportional viele Frauen, weil sie bestehende geschlechtsbezogene Ungleichheiten fortschreibt und verschärft. Zukunftsfähige Gesellschaften sorgen für eine angemessene Sozialstruktur und bemühen sich um ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Anreiz und Fairness. Soziale Gerechtigkeit und mehr Chancengleichheit – zwischen Nationen, im Inneren von Nationen, zwischen ethnischen Gruppen, zwischen sozialen Schichten sowie zwischen Männern und Frauen sind die Eckpfeiler zukunftsfähiger Gesellschaften. Zur Verwirklichung der Chancengleichheit müssen die Impulse kooperativen Handelns, z.B. zivilgesellschaftlicher Gruppen und Netzwerke, verstärkt in die Gestaltung und die Institutionen des globalen Zusammenlebens einfließen.

1.2.4 Das Vorsorgeprinzip

Das Vorsorgeprinzip bedeutet, wenn eine Praxis oder ein Produkt eine Bedrohung für die menschliche Gesundheit oder die Umwelt darstellen könnte, sollten Vorsichtsmaßnahmen ergriffen werden, um eventuelle Schäden zu begrenzen oder zu vermeiden. Dies auch, wenn der wissenschaftliche Nachweis noch nicht endgültig geführt ist, ob oder wie es zu einem Schaden kommen kann. Weil dieser Nachweis Jahre dauern kann, und sich in diesem Zeitraum ständig unerwünschte aber unwiderrufliche Wirkungen ereignen können, sollten die Befürworter einer Praxis oder die Hersteller eines Produkts die Beweislast dafür tragen, dass ihre Praxis bzw. ihr Produkt sicher ist. Z.Zt. geht man häufig genau umgekehrt vor, etwa bei den WTO-Regeln. Wären diese WTO-Regeln schon in den 1950er Jahren in Kraft gewesen, hätte z.B. die amerikanische Regierung das Arzneimittel Thalidomid (Contergan) nicht verbieten dürfen, das in vielen Ländern (auch in Europa) von schwangeren Frauen eingenommen wurde und bei deren Kindern zu lebenslangen Behinderungen geführt hat.

1.2.5 Demokratie

Verantwortlichkeit steht im Mittelpunkt einer lebendigen Demokratie. Freie Wahlen sind fundamental, aber Demokratie ist wesentlich mehr. Entscheidungen sollen nicht z.B. von TNK getroffen werden, deren Manager selbst Tausende von Meilen entfernt leben und überdies den Auftrag haben, die alljährliche Dividende für Aktionäre, die wiederum wahrscheinlich nichts über die Betroffenen wissen, zu maximieren. Macht und Herrschaft sind so zu verteilen, dass die Entscheidungen von den Menschen getroffen werden, die auch die Folgen zu tragen haben. Es bedeutet auch, die Rechte und die Macht abwesender Eigentümer zu begrenzen und dafür zu sorgen, dass diejenigen, die Entscheidungen treffen, auch für die Schäden verantwortlich sind, die sie anderen zufügen. Gerade in diesem Zusammenhang muss die Frage der Delegitimierung bzw. der Reformierbarkeit internationaler Institutionen wie des IWF oder der WTO oder transnationaler Konzerne diskutiert werden.²⁶

Umkehr der
Beweislast

Entscheidungen
durch alle
Betroffenen

II. Eine alternative Weltwirtschaftsordnung ist möglich

1 Nicht nur für die neue Debatte über Demokratie ist der aus der katholischen
Soziallehre stammende Begriff der Subsidiarität entscheidend. Er dreht sich um
das Prinzip der Selbstbestimmung: Das, was von Individuen bzw. kleineren sozia-
5 len Einheiten aus eigener Kraft entschieden und getan werden kann, soll nicht
von der Gesellschaft bzw. von übergeordneten sozialen Einheiten übernommen
werden. Wenngleich die neoliberale Konstruktion eines Gegensatzes von Subsidiarität und Solidarität einhellig abgelehnt wird, bestehen in Attac doch unterschiedliche Vorstellungen darüber, welches das kleinstmögliche Gemeinwesen ist – vielleicht doch die Weltgesellschaft? –, das im Einzelnen die jeweilige Leistung
10 zu erbringen vermag, bzw. in welcher Weise Subsidiarität gegen andere Wertvorstellungen abzuwägen ist. Diese Kontroverse ist wesentlich für die verschiedenen Strategien in Bezug auf die Globalisierung, die im Folgenden dargestellt werden.²⁷

Subsidiarität

15 **2. Strategien: Wie umgehen mit der Globalisierung?**

STRATEGIE-KONTROVERSE: Kann Globalisierung reformiert werden im Sinne der Leitideen, soll durch Entglobalisierung der Vorrang von Binnen- vor Außenwirtschaft geschaffen werden oder sollen wir uns lokalen Wirtschaftskreisläufen zuwenden?

20 Die folgenden kontroversen Positionen stimmen darin überein, dass ein zentrales Problem der bestehenden Weltwirtschaftsordnung in der Ausbreitung von Wirtschaftsmacht besteht, ganz gleich, ob sie sich global oder national auswirkt. Wirtschaftsmacht kann nicht hingenommen werden, weil sie immer auch
25 zugleich politische Macht ohne demokratische Legitimation ist. Aber eine Welt ohne Konzernmacht ist möglich: Die Politik der Entmachtung verbindet die Unterlassung von Maßnahmen, welche wirtschaftliche Machtkonzentration ermöglichen und vorantreiben, mit der Durchsetzung von Maßnahmen, die Wirtschaftsmacht zurückdrängen.

30 **Position Globalisierung gerechter gestalten:** Den Vorteilen weltweiter Märkte bei der quantitativen Versorgung stehen qualitative Nachteile (Raubbau an ökologischen Ressourcen, Entfremdung, Peripherie-Regionen) entgegen. Manche dieser Nachteile sind durch veränderte Steuerung
35 begrenzt. So könnten umweltbezogene Standards die Ausdehnung von Welthandel beschränken, da sie wie eine Erhöhung von Transportkosten wirken würden. Dies ließe Raum für die Entstehung von weltweiten Märkten, wo der technologische Fortschritt sie im Rahmen der ökologischen Ressourcen sinnvoll erscheinen ließe. Solche Standards können nur Mindestniveaus definieren, die dann einen völkerübergreifenden Werte-Konsens darstellen.

Steuerung

40 Orientierungsrahmen dieses Minimalkonsenses sollten die faktische Verwirklichung der allgemeinen Menschenrechte sowie ein allgemeines Prinzip der Nachhaltigkeit sein: Keine Volkswirtschaft bzw. Gemeinschaft hat das Recht, Ressourcen so in Anspruch zu nehmen oder Sozialbeziehungen so zu regulieren, dass unwiderrufliche Schäden für nachfolgende Generationen oder andere Gemeinschaften entstehen. Für den Handelsbereich bedeutet dies, dass keine Form von „Beggary-neighbour“-Politik akzeptiert werden darf. Dieses
45 Prinzip kann jedoch nur umgesetzt werden, wenn die großen Wirtschafts-

Internationale Standards

II. Eine alternative Weltwirtschaftsordnung ist möglich

mächte sich einer Selbstbindung unterwerfen und dazu eine multilateral verankerte Rechtsetzung und Rechtdurchsetzung akzeptieren.²⁸ 1

Position Entglobalisierung: Eine nachhaltige Entwicklung (vgl. II.1.1) zielt auf eine je eigenständige Entwicklung der Volkswirtschaften und Gesellschaften durch Binnen- und Regionalorientierung. Eine industrielle Gleichgewichtsökonomie erfordert einen Bruch mit der Doktrin der Globalisierung (sei sie neoliberal oder neo-keynesianisch) und eine Wende hin zur Entglobalisierung. Dabei müssen gerade die reichen Industriestaaten Vorreiter sein. 5

Entglobalisierung heißt nicht Autarkiestreben und eine Abkopplung von internationalen Märkten. Internationaler und weltweiter Handel bleiben in vielerlei Hinsicht von Vorteil. Doch die Prioritäten für die wirtschaftliche Entwicklung und die Wirtschaftspolitik ändern sich grundlegend: Statt die wirtschaftliche, technologische und gesellschaftliche Entwicklung auf die Bedarfe für den Export, für den Weltmarkt auszurichten, steht im Vordergrund die Produktion für kleinräumigere Märkte: lokale, regionale (auch grenzüberschreitend; vgl. Euregio Aachen), nationale Märkte bis hin zu regionalen Wirtschaftsverbänden. Die Überschaubarkeit dieser Zusammenhänge ist eine wesentliche Voraussetzung für die Sicherung ihrer demokratischen Kontrolle und für verantwortliches Handeln der wirtschaftlichen Akteure. 10 15 20

Eine Strategie der Entglobalisierung sucht den Weg zwischen den Versuchen, „die Globalisierung gerecht zu gestalten“, und einer Lokalisierungsstrategie. Während die „gerecht gestalten“-Strategie die Dynamik der Globalisierung stärkt, indem sie sie reformiert, unterliegt die Lokalisierungsstrategie der Gefahr einer Nischenpolitik ohne durchgreifende Wirkung. Es wäre sinnlos und im Einzelnen nicht begründbar, am grünen Tisch die Art und den Grad einer wünschenswerten nationalen und internationalen Arbeitsteilung zu skizzieren. Angemessen ist ein induktives Verfahren: Von der tatsächlichen Weltmarktintegration und den damit gegebenen Problemen auszugehen und Schritte zu einer Regionalisierung, einer Binnenorientierung der Wirtschaft anzugeben. 25 30

Konkrete Schritte zur Entglobalisierung verbinden die Unterlassung von Maßnahmen, welche die Globalisierung weiter vorantreiben, mit solchen, die aktiv eine Wende zu einer regionalen Orientierung einleiten. Das betrifft sowohl die Neuordnung des Welthandels (vgl. III.3) als auch den ökologischen Umbau (vgl. III.1). 35

Position Lokalisierung: Der Ansatz „Lokalisieren statt Globalisieren“ bedeutet nicht einfach eine geographische Verengung der Wirtschaftsräume. Er impliziert eine andere Perspektive, ein anderes Modell von Wirtschaft und Gesellschaft als das herrschende kapitalistisch-patriarchalische Modell. Diese neue Ökonomie muss zunächst von einem anderen Begriff vom „Guten Leben“ ausgehen: Eine neue Perspektive – die Subsistenzperspektive – kann uns von der selbstmörderischen Wachstumslogik des Industriesystems befreien. Der Versuch, von oben her eine neue Weltwirtschaft mit humanem Gesicht zu entwerfen, ist ein Widerspruch in sich und wird unweigerlich in einem neuen Totalitarismus enden. Dieses Ziel kann nur durch eine Strategie der Lokalisierung erreicht werden: 40 45

Mittel-
position

II. Eine alternative Weltwirtschaftsordnung ist möglich

Subsistenz

1 • Wirtschaftsräume werden aufgebaut, die ökologische, ökonomische und soziale Grenzen respektieren. Auch unsere Bedürfnisse sind begrenzt.

5 • Statt individuellem Egoismus zählen als wichtigste Triebkräfte der Ökonomie Gegenseitigkeit, Gemeinwohlorientierung, Solidarität, statt universaler Konkurrenz Kooperation, statt Trennung von Ökonomie und Moral Wieder-einführung einer neuen „Moral Economy“. Diese ist nicht moralistisch; sie basiert vielmehr auf der Erkenntnis der notwendigen Grundlagen für das Überleben eines Gemeinwesens.

10 • Nur durch Lokalisieren lässt sich – politisch wie wirtschaftlich – das Subsidiaritätsprinzip (vgl. II.1.2.5) verwirklichen. Lokale Ressourcen, lokales Know-How, lokale Arbeitskraft werden, wo immer möglich, für die lokale Bedürfnisbefriedigung eingesetzt, d.h. für alle Menschen und anderen Wesen in einer bestimmten Region. Das hat erhebliche Auswirkungen auf den Welthandel (vgl. III.3.1), v.a. auch im Agrarbereich (III.3.4). Die meisten politischen und ökonomischen Entscheidungen werden lokal getroffen. Investitionen und Kapital bleiben in der Region und schaffen dort neue Arbeitsplätze. Ein echter Internationalismus ist erst auf der Grundlage von Gemeinwesen möglich, die selbstständig über ihre Ökonomie und Gesellschaft entscheiden.

20 • Eine direkte Demokratie ist notwendig, in der die Menschen ihrer Verantwortung für alle Lebewesen gerecht werden.

25 Wenn wir von lokaler Ökonomie reden, haben manche die Befürchtung, dass dies die Rückkehr zu vormodernen Herrschaftsformen nach patriarchalischen und feudalen Prinzipien bedeuten könnte. Dagegen setzen wir einen bewussten Kampf von Männern und Frauen gegen patriarchale Verhältnisse, der mit einer Umstrukturierung der hierarchischen, geschlechtlichen Arbeitsteilung beginnen kann. In einer neuen Ökonomie müssten nicht nur die Frauen die Arbeit machen, die Männer machen, sondern auch die Männer müssten die gesellschaftlich notwendige, unbezahlte Haus- und Subsistenzarbeit im Haus, in der Umwelt und in der Gemeinschaft machen. Erst wenn die Hälfte der Menschheit diese Arbeit nicht mehr als Last, unwürdig und minderwertig ansieht, wird sich etwas an dem Geschlechterverhältnis ändern.

35 Eine Umstrukturierung der lokalen Ökonomien im Norden wie im Süden im Sinne einer antikapitalistisch-antipatriarchalen Subsistenzperspektive müsste notwendigerweise zu einer Veränderung der globalen Strukturen führen. Mehr oder weniger auf Self-Reliance (Selbstständigkeit) ausgerichtete Ökoregionen, in denen der Import aus anderen ähnlichen Regionen nur eine ergänzende Funktion hat, nicht aber die Grundversorgung sichert, werden dazu führen, dass der Welthandel schrumpft, sie werden die Ressourcenverschwendung, den Transport, den Verpackungsmüll, die Monokulturen aller Art, den Einsatz von Chemie in Landwirtschaft und Industrie drastisch reduzieren. Was vom Welthandel dann noch übrig bleibt, muss nach den Prinzipien des fairen Handels organisiert sein; das bedeutet, dass es sogenannte Billiglohnländer nicht mehr geben wird.

Patriarchale Verhältnisse

II. Eine alternative Weltwirtschaftsordnung ist möglich

3. **Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung**

SYSTEM-KONTROVERSE: Streben wir eine weltweite öko-soziale Marktwirtschaft an, wollen wir eine ökologische Wirtschaftsdemokratie durchsetzen oder treten wir für eine demokratische Systemalternative ohne Marktwirtschaft ein?

Verwirklichungschancen

Position Öko-soziale Marktwirtschaft: Es gilt, das Zusammenleben der Menschen auf unserem begrenzten Planeten Erde zu gestalten. Dazu müssen solche Regeln gefunden und mit Leben erfüllt werden, welche die unzählbaren individuellen Bedürfnisse, Wünsche und Ideen in Einklang bringen mit wenigen, wohl bestimmten Prinzipien von Gerechtigkeit. Diese Regeln müssen der Freiheit verpflichtet sein, zwischen zahlreichen Verwirklichungschancen zu wählen. Sie sollen darauf zielen, die Zahl der Wahlmöglichkeiten zu erhöhen: Das bedeutet nicht zuerst, mehr Verwirklichungschancen zu schaffen, sondern vor allem, die Auswahl allen Bürgerinnen und Bürgern zugänglich zu machen. Dies ist eine Form des Leitbildes der Nachhaltigkeit.²⁹

Dazu bedarf es eines handlungsfähigen Sozialstaates. Er sichert die Teilhabechancen der Individuen für alle Lebensbereiche, vor allem durch die Bereitstellung öffentlicher Güter und Dienstleistungen. Um die Tendenz zu Zentralbürokratien zu beschränken, muss der Sozialstaat demokratisch und rechtsstaatlich sein, insbesondere einen wirkungsvollen Minderheitenschutz gewährleisten. Demokratie und Rechtsstaat werden in den zahlreichen Gruppen lebendig, welche allgemeine Interessen des Umwelt-, Gesundheits- und Verbraucherschutzes, der sozialen oder gesellschaftlichen Teilhabe, Vielfalt, Aufklärung vertreten. Ein so verstandenes Rechtsstaatsprinzip schließt nicht zuletzt die gesellschaftliche Einbettung der Geldpolitik ein.

Menschliches Zusammenleben, welches dem Leitbild der Nachhaltigkeit durch eine lebendige Zivilgesellschaft, durch eine ebenso streitbare wie kompromissfähige Demokratie, durch einen handlungsfähigen Rechts- und Sozialstaat Gestalt gibt, soll nicht auf die Vorzüge des Wettbewerbs verzichten. Unter jenen Voraussetzungen sind Wettbewerb und Märkte kraftvolle Instrumente, die eine große Anzahl von Informationen in kurzer Zeit aufbereiten und verbreiten können, innovative Dynamik freisetzen und Entscheidungen koordinieren. Zugleich bietet die beschriebene, handlungsfähige öffentliche Hand die besten Voraussetzungen für eine stabile Wirtschaftsentwicklung, ggf. unterstützt durch eine geeignete Konjunkturpolitik. Gesellschaften, welche auf die Nutzung von Marktkräften verzichten, gleichen einem hochgradig verkalkten Kreislauf, ebenso wie jene, die auf starke öffentliche Prinzipien verzichten, einem Kreislauf mit extremem Bluthochdruck und Herzrasen entsprechen. Die öko-soziale Marktwirtschaft steht dagegen für ein Gleichgewicht, welches viele Lebensjahre bei guter Gesundheit verspricht.

Vorzüge des Wettbewerbs

Ökonomisch-ökologische Rahmenplanung

Position Ökologische Wirtschaftsdemokratie (demokratische Rahmenplanung, egalitäre Marktwirtschaft, Mitarbeitergesellschaften): Die sogenannte soziale Marktwirtschaft ist ihrem Wesen nach eine Variante des Kapitalismus: In ihm dominieren die Interessen privater Kapitaleigner vor entgegengesetzten gesellschaftlichen Bedürfnissen. Es gilt, die kapitalistische Wirtschaftsordnung in Richtung einer „ökologischen Wirtschaftsdemokratie“ zu transformieren. Diese trägt zum einen dafür Sorge,

II. Eine alternative Weltwirtschaftsordnung ist möglich

1 dass die wirtschaftliche Entwicklung nur in den ökologisch verantwortbaren
Grenzen erfolgt. Zum anderen soll gewährleistet werden, dass die ökonomi-
sche bzw. gesellschaftliche Entwicklungsrichtung durch den Ausbau von Par-
tizipation und Planung den Bedürfnissen der BürgerInnen – der Beschäftigten
5 und der KonsumentInnen – Rechnung trägt.

Der Steuerungsmechanismus der Wirtschaftsdemokratie ist ein Mix aus
Marktmechanismus und demokratischer Rahmenplanung; Innovations- und
Effizienzvorteile von Märkten werden gezielt genutzt. Insgesamt geht es aber
10 darum, die offenkundigen Defizite der Marktsteuerung durch eine ökonomi-
sch-ökologische Rahmenplanung auszugleichen. Diese greift nicht unmit-
telbar in die Investitionsautonomie der Einzelunternehmen und in die Tarifau-
tonomie der Tarifpartner ein, sondern steuert indirekt über die Vorgabe und
Kontrolle von mittelfristigen Zielvorgaben: z.B. zur Erreichung von CO²-
15 Reduktionszielen, zur schrittweisen, aber starken Reduzierung und Umvertei-
lung von Erwerbsarbeit, zur Finanz- und Investitionsplanung der öffentlichen
Hände und (in der BRD) zur wirtschaftlichen Angleichung der neuen und
alten Bundesländer.³⁰

Eine demokratiekonforme Wirtschaftsordnung ist nur möglich, wenn es kei-
ne Machtkonzentrationen gibt, die politische, kulturelle und ökonomische
20 Freiheit einschränken und verunmöglichen. Nichtdiskriminierung muss als
Grundprinzip einer freien Gesellschaft endlich auch auf die gesamte Wirt-
schaftsordnung angewendet werden. Der Wechsel von einer hierarchischen
Marktwirtschaft zu einer egalitären Marktwirtschaft ist radikal, kann aber
schrittweise herbeigeführt werden: Von der Abschaffung des Grundrechts-
25 schutzes für Kapitalgesellschaften und der Auflösung des Geflechtes von Staat
und Konzernen über die Aufhebung des herrschenden Patent- und Marken-
rechts bis zur Abschaffung des Aktiengesellschafts- und Konzernrechts.

Die Politik der egalitären Marktwirtschaft verlangt und ermöglicht eine Neu-
definition von Staat und Markt: Die Staatsmacht muss in dem Sinn beschränkt
30 werden, dass es den Staatsorganen untersagt wird, die Entstehung wirt-
schaftlicher Machtkonzentrationen zu legitimieren, zu subventionieren oder
sonstwie zu fördern. Die Staatsmacht muss gleichzeitig in dem Sinne gestärkt
werden, dass sie das formale Recht und die materielle Möglichkeit bekommt,
um bestehende Wirtschaftskonzentrationen aufzulösen und ihre Entstehung
35 zu verhindern.

Die Demokratisierung der Wirtschaft bezieht sich auch auf die einzelnen
Unternehmen. Diese bleiben autonom in ihren Entscheidungen und produ-
zieren für den Markt. Auf den Anreiz des Gewinnstrebens wird nicht verzich-
40 tet. Eine progressive Beteiligung der Beschäftigten am Gewinn des eigenen
Unternehmens (Investivlohn) könnte sie schrittweise zu Miteigentümern an
ihren Unternehmen machen und mit einem gleichzeitigen Ausbau ihrer Mit-
bestimmungs- und Mitentscheidungsrechte im Unternehmen verknüpft wer-
den. Für den Bereich der Großunternehmen bzw. Konzerne ist das Instru-
45 mentarium der Entflechtung neu anzuwenden und – sofern dafür gesell-
schaftliche Bewegungen streiten – sind Großunternehmen in Belegschaftsei-
gentum zu überführen (Vergesellschaftung). – So umfasst eine ökologische
Wirtschaftsdemokratie eine Vielfalt von Eigentumsformen: vom Privateigen-

**Mittelfristige
Zielvorgaben**

**Belegschafts-
eigentum**

II. Eine alternative Weltwirtschaftsordnung ist möglich

tum, insbesondere bei kleinen und mittleren Unternehmen, über kommunales Eigentum (z.B. Stadtwerke) bis hin zu genossenschaftlichem bzw. Belegschaftseigentum (Mitarbeitergesellschaften). 1

Position Demokratisches Wirtschaften (Überwindung des Marktes zugunsten von Demokratisierung der Ökonomie): Ausgangspunkt ist die Analyse, dass die von Attac kritisierten globalen sozialen, ökologischen und politischen Missstände primär aus der kapitalistischen Produktionsweise resultieren. Zur Überwindung der globalen Missstände ist daher die Überwindung des kapitalistischen Wirtschaftssystems erforderlich. Die Diskussion dreht sich u.a. um die Frage, wie die folgenden Ziele 5 10

- die Überführung des Privateigentums an Produktionsmitteln ins Gesellschaftseigentum, d.h. die inner- und zwischenbetriebliche Demokratisierung der Unternehmen;
- die Überwindung der Warenproduktion und damit der Marktsteuerung; 15
- die Abschaffung der Lohnarbeit und damit die Abschaffung des Arbeitsmarktes;
- die Umwandlung des Profit- in das Bedarfsprinzip;

langfristig sinnvoll durchgeführt werden können. Wenn der Markt durch eine Planung der Produktion ersetzt wird, stellt sich die Frage, wie die Sackgasse einer zentralistischen Kommandowirtschaft (wie ehemals in der DDR und heute in den kapitalistischen TNK praktiziert) vermieden werden kann. 20

Partizipative Ökonomie

Die partizipative Ökonomie basiert auf den Erfahrungen der Kooperativ- und Genossenschaftsbewegung mit selbstbestimmter, nicht-entfremdeter Arbeit und lokaler Entscheidungsfindung durch Produzenten- und Konsumentenversammlungen. Diese Erfahrungen gilt es auszubauen zu einer gesellschaftlichen (d.h. je nach Betroffenheit bzw. Interesse der Bevölkerung lokalen, regionalen bis hin zu globalen) Entscheidungsfindung darüber, was, wie, wie viel, wo und wann produziert und verteilt wird.³¹ 25 30

Freie Software-Bewegung

Die freie Software-Bewegung fußt auf der Schöpfung des modernen Betriebssystems Linux in dezentraler, nicht-lohnförmiger Selbstorganisation und Koordination über das Internet. Zudem hat vollautomatische Produktion zu einem Überfluss an materiellen Gütern geführt, und Wissen wird zum entscheidenden Produktionsfaktor. Damit überholt sich auch eine geld- und marktförmige Verteilung. Mikroelektronische Revolution und Robotik bieten die Möglichkeiten, die meisten der direkten Gebrauchsgüter direkt vor Ort zu produzieren, die Produktion zu dezentralisieren.³² 35

Zukünftig wird zu diskutieren sein, ob beide Vorstellungen zu einer tragfähigen überlegenen Systemalternative weiterentwickelt werden können. Eine solidarische, gebrauchswert-basierte Ökonomie würde zudem Erziehungs-, Pflege- und Beratungstätigkeiten und dem Schutz natürlicher Lebensgrundlagen die notwendige stärkere Gewichtung ermöglichen, die ihnen heute durch die Marktmechanismen verweigert wird. 40 45

In Abschnitt III.1-5 werden vor allem Reformmaßnahmen vorgeschlagen.

Diese können genutzt werden, um über die Reformfähigkeit der gegenwärtigen Ökonomie aufzuklären: Gelingt es, eine positive Reformdynamik in

II. Eine alternative Weltwirtschaftsordnung ist möglich

- 1 Gang zu setzen? Oder bedeutet „Reform“ unter kapitalistischem Vorzeichen immer „ein Schritt vor, zwei Schritte zurück“, weil jeder echte Verbesserungsvorschlag sofort an die Systemgrenzen stößt und nur eine grundlegende Alternative überhaupt Realisierungschancen hat? Eine solche wird nicht nur
- 5 über Reformforderungen, sondern wesentlich durch soziale Bewegungen und alternative Praxis erkämpft (vgl. III.6).



III. Wege zu einer alternativen Weltwirtschaftsordnung

1. Weltwirtschaftsordnung im ökologischen Gleichgewicht

Eine dem Ziel der Nachhaltigkeit verpflichtete ökologische Wirtschaftspolitik hat als Zielmarke die Reduzierung des Umweltverbrauchs um 80-90% gegenüber heute. Der Zwang der Entwicklungsländer, ihre Naturreichtümer zu verschleudern, muss aufgehoben werden. Dazu sind ihre Schulden zu erlassen und die entfesselten Finanzmärkte zu re-regulieren. Die Subsistenzrechte lokaler und indigener Gemeinschaften haben Vorrang vor externer Nutzung. Dieses Vorrecht betrifft insbesondere die von diesen Gemeinschaften genutzte und gepflegte biologische Vielfalt.

Internationale Handelsregeln müssen eingehend auf potentielle ökologische und soziale, insbesondere Gender-bezogene Folgen überprüft werden. Das Verursacherprinzip ist durchzusetzen, d.h. effektive Haftungssysteme und Schadensausgleich. Multilaterale Umweltabkommen müssen über das Handelsregelwerk gestellt werden. Ebenso wie für die Handelsverträge müssen sie Bindungswirkung für IWF und Weltbank haben, die Strukturanpassungsprogramme des heutigen IWF müssen beseitigt werden. Auch muss der Handlungsspielraum der Staaten, Umweltgesetze zu erlassen, gegenüber der WTO wieder gestärkt werden.

Solche Veränderungen erfordern natürlich einen tiefgreifenden Wandel auch in der Beschäftigungspolitik, der Steuerpolitik und den sozialen Sicherungssystemen, deren Finanzierung bislang auf permanentem Wachstum beruht. Von entscheidender Bedeutung, um den Wandel möglich, akzeptabel und nicht nur „sozialverträglich“, sondern gemeinwohlfördernd zu gestalten, wird es sein, eine gerechte Verteilung des Volkseinkommens zu erzielen und den Trend zur sozialen Schere umzukehren. Arbeitszeitverkürzungen sowie die verstärkte Einbeziehung höherer Einkommen und Vermögen in die Finanzierung der sozialen Sicherung sind hier zu nennen.

1.1 Der ökologische Umbau

Dafür tritt Attac Deutschland kurzfristig ein:

- Jegliche umweltschädliche Subventionen werden eingestellt. Das ist notwendig, um besonders umweltbelastende Wirtschaftssektoren durch ökologisch verträgliche Sektoren weitgehend zu ersetzen.
- Von einer Orientierung der EU, die sie zum wettbewerbsfähigsten und „dynamischsten“ Wirtschaftsraum der Welt machen will (Erklärung von Lissabon, 2000), wird Abstand genommen. Vorrang vor weiterer Liberalisierung der Märkte müssen Vereinbarungen für ökologische und soziale Standards haben.³³
- Diejenigen Agrarsubventionen müssen abgeschafft werden, die das Agrobusiness ermutigen und die Kleinbauern liquidieren, die für lokale Märkte produzieren.

Die Menschheit hat keine zweite Erde im Keller

Passive Maßnahmen (Unterlassung)

III. Wege zu einer alternativen Weltwirtschaftsordnung

1 Dafür tritt Attac Deutschland in langer Sicht ein:

- Die verstreuten internationalen Verantwortlichkeiten für Umweltfragen sollten in einer Weltumweltorganisation gebündelt werden. Sie muss mit einem starken Durchsetzungsmechanismus versehen werden, wie ihn beispielsweise die
5 heutige WTO hat.
- Eine umfassende ökologische Steuerreform ist durchzuführen, die konsequent das Verursacher- und Vorsorgeprinzip anwendet. Ein wichtiger Baustein sind die Transportpreise für Flug- und Schiffsverkehr. Durch konsequente Besteuerung muss der Faktor Energie und Rohstoffe relativ teurer werden als der Faktor Arbeit, was auch das Beschäftigungsproblem abmildern würde. Die zusätzlichen
10 Steuereinnahmen können – das ist hier kontrovers – für gezielte staatliche Förderung des ökologischen Umbaus verwendet werden oder um (im Interesse einer gleichbleibenden Gesamtsteuerlast) die Lohnnebenkosten zu senken.
- Notwendig sind der Aufbau einer Rezyklierungswirtschaft und der Übergang zu langlebigen und leicht zu reparierenden Produkten, auch zur Reduktion von Rohstoffimporten.
- Eine Verkehrswende ist ein wichtiger Schritt zu einer umweltgerechten Gestaltung der Ökonomie, vor allem auch durch starke Regionalisierung. Das verlangt unter anderem das Umsteuern der angebotsorientierten zu einer nachfragesteuernden Verkehrspolitik mit den Zielen der Verkehrseinsparung, -verlagerung auf umweltfreundlichere Träger und -optimierung.
- Auch die neue Energieinfrastruktur sollte dezentral organisiert sein. Fossile und nukleare Energieträger müssen durch Energieeinsparung und erneuerbare
20 Energien abgelöst werden. Diese sind langfristig das Fundament einer ökologischen und friedlichen Weltwirtschaftsordnung. Auf dem Wege dahin bedarf es auch einer radikal erhöhten technischen Energieeffizienz.
- Analog zur Internationalen Atomenergiebehörde könnte eine „Internationale Behörde für Erneuerbare Energien“ eingerichtet werden, um deren Verbreitung zu fördern.
- Auch die Erhebung von Nutzungsgebühren für globale Gemeinschaftsgüter wie der atmosphärischen Absorptionskapazität für Schadstoffe oder der ozeanischen Schifffahrtswege sollte diskutiert werden.

35 **Position Abschied vom Wachstum:** Eine wachstumsorientierte Wirtschafts-, Finanz-, Geld- und Zinspolitik wird abgelöst durch eine selektive Wachstums- und Schrumpfungspolitik, die insgesamt auf einen Gleichgewichtspfad ohne Zwang zum Wachstum (vgl. II.1.1) einschwenkt.

40 **2. Beschränkung bis Überwindung von Konzernmacht**

Die Aufhebung der Herrschaft von Menschen über Menschen und damit die Aufhebung der Ausbeutung und Unterdrückung, der Übergang von der Fremd- zur Selbstbestimmung ist eine alte Forderung demokratischer Partizipationsbewegungen. Die Demokratisierung unternehmerischer Macht ist ein tragender
45 Baustein für die Humanisierung der Wirtschaft insgesamt; wir setzen uns ein für die Regulierung und Einschränkung der Macht transnationaler Konzerne und ökonomischer Machtzusammenballungen durch Kartelle und Fusionen.³⁴

**Aktive
Maßnahmen**

Wachstum?

III. Wege zu einer alternativen Weltwirtschaftsordnung

Demokratie in die TNK tragen

Die einseitig auf die Interessen der KapitalgeberInnen bzw. AnteilseignerInnen ausgerichteten Entscheidungsprozesse transnationaler Konzerne (TNK) müssen überwunden werden. Wir fordern umfassende Mitsprache und Mitbestimmung der Betroffenen („Stakeholder“) und ihrer InteressenvertreterInnen auf allen Ebenen – im Unternehmen, national und international. Zu den Stakeholdern gehören die Beschäftigten, aber auch die in der Umgebung Lebenden, die von Rohstoffgewinnung und anderen Produktionsauswirkungen Betroffenen und die VerbraucherInnen bzw. entsprechende Umwelt- und soziale Organisationen. Die betriebliche Mitbestimmung umfasst auch eine direkte Mitbestimmung („participation directe“) der Arbeitsgruppen am Arbeitsplatz, sowie einen Abbau der hierarchischen Arbeitsorganisation und so weit wie mögliche Ersetzung durch Einrichtung selbstorganisierter bzw. teilautonomer Arbeitsgruppen. Die bisherigen, vielfach zu unverbindlichen Mitspracheregeln auch des deutschen Mitbestimmungsrechts sind im Lichte dieser Forderungen qualitativ zu verbessern.

Bei der Verfolgung einer gegen die Übermacht der großen nationalen und transnationalen Unternehmen bzw. Konzerne gerichteten Politik muss Attac die kritisch-solidarische Kooperation mit den nationalen und internationalen Gewerkschaftsorganisationen suchen und sich für die Stärkung ihrer Rechte einsetzen.

Soziale Verantwortung der Unternehmen weltweit verbindlich regeln

Die Balance zwischen den Anwälten der öffentlichen Anliegen und denen der Privatwirtschaft müssen wieder hergestellt werden. Soziale Verantwortung der Unternehmen zielt darauf, international verbindliche Standards zu schaffen in den Bereichen Menschenrechte, Demokratie, Ökologie, Arbeit und Soziales (ILO-Konventionen) und Gleichberechtigung von Frauen und Männern, insbesondere gleiche Bezahlung. Diesen müssen sich TNK als Verhaltenskodizes verpflichten und unterwerfen. Freiwillige Standards oder Verhaltenskodices sind in diesem Zusammenhang ein wichtiger erster Schritt, reichen aber nicht aus. Ziel muss die Schaffung rechtsverbindlicher internationaler Regeln mit effektiven Überwachungsmechanismen und Sanktionsmöglichkeiten sein. Dazu muss die Rolle der Zivilgesellschaft gestärkt werden, durch einklagbare Transparenzregeln gegenüber den TNK und durch umfassende Mitbestimmung aller Stakeholder an den Entscheidungsprozessen innerhalb der TNK. Bei einer echten paritätischen Mitbestimmung würden nicht – wie gegenwärtig – die Anteilseigner de facto in der Mehrheit sein.

Darüber hinaus unterscheiden sich die Vorstellungen der öko-sozialen Marktwirtschaft, der ökologischen Wirtschaftsdemokratie und der Position Demokratisches Wirtschaften (vgl. II.3) darin, welche gesellschaftliche Rolle den TNK zukommen kann. Diese Kontroverse macht sich maßgeblich an den Möglichkeiten der Demokratisierung der TNK fest:

Stakeholder entscheiden über Manager

Position Demokratisierung der (Groß-) Unternehmen verwirklichen:

Die Forderung nach verbindlichen Verhaltenskodizes für TNK ist richtig, reicht aber nicht aus. Zentrale Voraussetzung, um die durch Eigentum erworbene oder gesteuerte Macht zu beschränken, sind Änderungen in der Struktur der TNK selbst. Eine grundlegende Voraussetzung für eine wirksame demokratische Kontrolle von Unternehmensmacht ist die Entflechtung von TNK. Für den Ausbau der Unternehmensmitbestimmung gilt: Im Aufsichtsrat, der auch den Vorstand wählt, muss es eine Minderheitsposition der Anteilseigner

III. Wege zu einer alternativen Weltwirtschaftsordnung

1 geben und eine Mehrheit für die abhängig Beschäftigten und die betroffene
Bevölkerung. Die Gruppe Bevölkerung soll nicht durch den Staat oder durch
Staaten vertreten sein, auch oppositionelle Kräfte müssen Einfluss haben.³⁵

5 Eine weitere Möglichkeit ist die Trennung von Eigentum und Verfügungsgewalt
(die Aktien würden dann zu Anleihen). Ein weitergehendes Ziel, das zur
Demokratisierung notwendig sein kann, ist die Umwandlung des Privateigentums
in demokratisches Gemeineigentum (Vergesellschaftung, nicht Verstaatlichung;
z.B. Mitarbeitergesellschaften) und eine Ausweitung der Mit- zur Selbstbestimmung.

10 Resultat einer solchen Demokratisierung ist eine Stärkung der Rechte der
Belegschaft (und Bevölkerung), die darüber befindet, ob Missmanagement
vorliegt oder gute Arbeit geleistet wurde, und die Manager und Aufsichtsräte
entlassen kann. Beispiele für Managementmodelle der Selbstorganisation sind
das Semco-System („Management ohne Manager“) von Ricardo Semler und
das von Koldo Saratxaga für die weltgrößte Industriekooperative Mondragón
15 Corporación Cooperativa entwickelte Management-System.³⁶

**Position Demokratisches Wirtschaften – gesellschaftliche Wahl
der wirtschaftlichen Akteure durchsetzen:** Die Forderungen nach
20 Demokratisierung bzw. Vergesellschaftung der Großunternehmen sind richtig,
lassen aber ein zentrales Problem unbeantwortet: Solange der Markt die
Beziehungsebene zwischen den demokratisch geführten Unternehmen
bestimmt, zwingt der ruinöse Verdrängungswettbewerb zur Profitausrichtung
der Unternehmen, zur Selbstausbeutung, zur Entfremdung und zur Vernichtung
25 konkurrenz- und profitschwacher Betriebe und Arbeitsplätze. Daher ist
zusätzlich neben der innerbetrieblichen Demokratisierung eine Demokratisierung
zwischen den Unternehmen erforderlich, um gesamtwirtschaftlich die
Produktion und Verteilung bedarfsorientiert auszurichten. Wenn Marktmechanismen
bestehen bleiben, unterhöhlen sie eine solche gesellschaftliche Steuerung
(vgl. die Erfahrungen der Kooperativ- und ArbeiterInnenselbstverwaltungs-
30 Bewegung). Nicht der Markt, sondern die Bevölkerung soll über
Leitlinien und Akteure der Produktion entscheiden. Für solch eine Form
demokratischen Wirtschaftens ist es wichtig, dass sich die Menschen in ihren
lokalen Solidargemeinschaften mündig machen und lernen, (basis-)demokratisch
über komplexe gesellschaftliche Zusammenhänge mitzuentcheiden.³⁷

35 **Position Auflösung der Konzerne:** Statt großer Aktiengesellschaften soll
es kleine Mikrokapitalgesellschaften geben. Die unsterbliche Kapitalakkumulation
durch Aktien soll ersetzt werden durch Mikrokapital mit begrenzter Laufzeit.
Unternehmensanteile können ausschließlich das Eigentum von Menschen,
40 aber nicht das von Unternehmen sein.

Mit der Abschaffung des Aktiengesellschaftsrechts entfällt auch die kapitalistische
Form der Unternehmensleitung (Aktionärsversammlung, Aufsichtsrat, Vorstand).
Jeder noch so kleine Kapitaleigner kann unabhängig von der jeweiligen Kapitalmehrheit
darüber entscheiden, wo (und wie lange) er seine Kapitalanteile will.
45 Dadurch können Millionen von Kapitaleignern die gesamtwirtschaftlich effiziente
Allokation des Kapitals bestimmen, aber es ist keine strategische Machtpolitik
einzelner Kapitaleigner möglich. Denn es ist die Aufgabe der im Unternehmen
voll- oder teilverantwortlich Arbeitenden, die Unternehmenspolitik zu bestimmen.³⁸

Demokratisierung der
Gesamtwirtschaft

Mikrokapital

III. Wege zu einer alternativen Weltwirtschaftsordnung

3. Neuordnung des Welthandels

1

3.1 Mechanismen der Welthandelsordnung

Die verschiedenen Aufgabenbereiche, welche internationale Lösungen erfordern, sollten jeweils eigenen Organisationen zugeordnet bleiben, etwa Arbeitsstandards der ILO, Umweltpolitik der UNEP, Entwicklungspolitik der UNDP. Die Kontrolle dieser UN-Organisationen sollte dabei durch die Bevölkerung erfolgen. Es ist falsch, diese Aufgaben in die WTO zu ziehen, wie es in vielen Bereichen geschehen ist.³⁹

5

10

Dafür tritt Attac Deutschland kurzfristig ein:

- Innerhalb der WTO soll bedingungslos auf die „Singapore Issues“ (Wettbewerb, öffentliche Beschaffung, Investitionen, technische Handelsfragen) verzichtet werden.
- Alle Verträge und Entscheidungen der WTO sowie die interne Personalpolitik müssen das Prinzip des Gender Mainstreaming, d.h. gleicher Chancen für Frauen und Männer, nachprüfbar umsetzen.
- Die WTO muss unter das Dach der UN gestellt und auf Fragen des Handels beschränkt werden. D.h. insbesondere, dass die Rechtsprechung des WTO-Schiedsverfahrens dem UN-Recht entsprechen muss. Es ist eine Abkehr von der nationalen Sanktionsverhängung (Strafzölle) anzustreben. Langfristiges Ziel ist eine einheitliche internationale, unabhängige Judikative.

15

20

Dafür tritt Attac Deutschland in langer Sicht ein:

- Soweit in Zukunft globale Vereinbarungen über Investitions- oder Wettbewerbsfragen für wünschenswert gehalten werden, sollte die UNCTAD das Forum dafür sein. Dabei ist die Zivilgesellschaft in jeden Verhandlungs- und Entscheidungsprozess von Anfang an voll einzubeziehen.
- Vereinbarungen über Wettbewerb oder Investitionen müssen demokratisch transparent ausgehandelt werden. Dazu gehört, dass sie nicht unumkehrbar sein dürfen, vielmehr ist eine realistische Klausel für den Austritt („Opting out“) vorzusehen.
- Jede Vertiefung der internationalen Arbeitsteilung (also exportorientierte Wirtschaftspolitik) ist auf ihre geschlechtsbezogenen Wirkungen zu überprüfen. Ein auf Ausbeutung von verletzten Frauenrechten und unterbezahlter Frauenarbeit beruhendes „vergeschlechtlichtes Wirtschaftswunder“ darf es nicht mehr geben!⁴⁰
- Prinzipien sind zu vereinbaren, die eine dauerhafte Rolle regionaler und lokaler Wirtschaftskreisläufe ermöglichen. D.h. insbesondere, dass die Staaten ihre Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge frei festlegen, ohne durch WTO-Prinzipien wie z.B. die Inländerbehandlung eingeschränkt zu werden.

25

30

35

40

Position Globalisierung gerechter gestalten: Das Verhältnis zwischen Außen- und Binnenhandel ergibt sich aus den Bedingungen eines öko-sozial regulierten Marktes. Hierzu wird eine Welthandelsorganisation benötigt, welche auf der Grundlage von Fairness und gegenseitigem Respekt organisiert ist. Daher treten wir ein für eine Reform der WTO: Die Großen müssen glaubhaft machen, dass sie sich dem multilateralen System unterordnen und dies dau-

45

Keine
Global
Governance
ohne
globale
Demokratie

Opting Out

Welche Rolle
für eine inter-
nationale
Handels-
organisation?

III. Wege zu einer alternativen Weltwirtschaftsordnung

1 erhaft zur zentralen Instanz weiterentwickelt werden soll. Daher sind Verfahrensregeln zu vereinbaren, die allen Beteiligten ausreichend Zeit und Möglichkeit geben, sich in den Verhandlungsprozess einzubringen. Dazu soll ein Moratorium genutzt werden.

5 **Position Entglobalisierung:** Wirtschaftskreisläufe sollten regional sein und der Binnenhandel eine eindeutige Priorität vor dem Außenhandel genießen. Wir lehnen allgemeine Abkommen ab, welche ausländischen Anbietern einen Rechtsanspruch auf Marktzugang geben. Weltwirtschaftsbeziehungen sollen durch ein pluralistisches System von internationalen und regionalen Institutionen und Organisationen geordnet werden, welches die Verschiedenheit von nationalen und regionalen Entwicklungen anerkennt und schützt. Das Projekt weiterer Deregulierung der Weltmärkte muss aufgegeben werden, wozu ein Moratorium für die gegenwärtige Welthandelsrunde nur ein Einstieg wäre.

15 **Position Lokalisierung:** Die in II.2.3 genannten Prinzipien der Subsidiarität und Self-Reliance lassen sich nur in kleineren Wirtschaftsräumen durchsetzen und überprüfen. Dazu bedarf es keiner weltumspannenden Organisation wie der WTO. Stattdessen sind andere Prioritäten gefordert, u.a. Landwirtschaft vor Industrie, und Vorrang für kleinbäuerliche Produktion. Produzenten-Konsumenten-Vereinigungen können Kleinproduzenten ein regelmäßiges Einkommen und den Konsumenten gesunde Nahrung und andere Produkte sichern. Sie können vor allem wieder so etwas wie Verantwortung für die Erde bei beiden – Produzenten und Verbrauchern – herstellen. Die Verbreitung von Lokalgeld und entsprechenden Initiativen kann dazu einen wichtigen Beitrag leisten.

3.2 Neuordnung des Warenhandels

30 Das bis 1995 geltende GATT-Abkommen (vgl. I.3.5) stellte nur scheinbar eine tragbare, entwicklungsfähige Grundlage für den internationalen Warenhandel dar. Es gab sowohl Liberalisierungsinstrumente als auch Beschränkungsmechanismen. Wegen der besseren Ausstattung der reicheren Länder gegenüber den sogenannten Entwicklungsländern konnten diese aber nicht gleichermaßen genutzt werden. Auch deshalb beklagten sogar die Regierungen jener Länder, dass sie regelmäßig übervorteilt wurden.

**Ungerechtigkeit
beenden, nicht
fortschreiben**

Dafür tritt Attac Deutschland kurzfristig ein:

- Maßnahmen der Exportförderung müssen eingestellt werden (z.B. Subventionen, Hermesbürgschaften, Steuerbefreiung des Flugverkehrs, bestimmte Maßnahmen der Forschungs- und Technologieförderung, z.B. im Bereich der Gentechnologie, Metrorapid).⁴¹

Dafür tritt Attac Deutschland in langer Sicht ein:

- Fairness im internationalen Warenhandel bedeutet insbesondere, dass solche Handelsbeziehungen nicht auf Geschlechterungleichheit beruhen oder sie gar verschärfen dürfen. Entsprechende Standards für Nichtdiskriminierung und Herstellung von Gleichberechtigung zwischen den Geschlechtern müssen vereinbart und regelmäßig überprüft werden.

III. Wege zu einer alternativen Weltwirtschaftsordnung

Faire Preise für Rohstoffe

- Ergänzt werden sollte der Warenhandel um Mechanismen, die einen Ausgleich für die Verschlechterung der Terms of Trade vorsehen, welcher die sogenannten Entwicklungsländer aufgrund von sinkender Nachfrage nach Rohstoffen ausgesetzt sind, die ihrerseits auf technischem Fortschritt in den Industrieländern beruht. Ein solcher Mechanismus muss sich einfügen in ein Entwicklungsprogramm, das die Abhängigkeitskosten der internationalen Arbeitsteilung gerecht aufteilt. Es darf nicht länger hingenommen werden, dass diese Kosten einseitig den rohstoffproduzierenden Ländern des Südens aufgebürdet werden.⁴²

Position Entglobalisierung/Lokalisierung: Eine Verringerung der Mengenströme von Ex- und Importen gehört zu einer Politik des ökologischen Umbaus. Ein Wirtschaftsmodell, das im Zuge einer konsequenten ökologischen Steuerreform (vgl. II.1.1) Naturverbrauch bezahlen lässt, wird eher kleinformatige Produktionsweisen mit einem höheren Anteil an menschlicher Arbeit befördern.

3.3 Neuordnung des internationalen Dienstleistungsverkehrs



Nicht auf Kosten der Frauen

Wir fordern einen sofortigen Stopp der Dienstleistungsverhandlungen (GATS). Von der EU und der Bundesregierung verlangen wir, sofort alle bereits eingeleiteten Verhandlungsschritte und die damit verfolgten Zielsetzungen offen zu legen. Soweit internationaler Dienstleistungshandel vereinbart wird, sollte er folgenden Bedingungen genügen:

- Eine besonders widerliche Spielart internationalen Dienstleistungshandels sind Frauenhandel und Sextourismus bzw. Prostitution von Migrantinnen. Diese sind entschlossen und mit aller Härte zu ächten, die verantwortlichen Männer hart zu bestrafen und die betroffenen Frauen zu schützen (z.B. durch entsprechende Bleiberechte für Migrantinnen).
- Die Gestaltung der Lebens- und Arbeitsverhältnisse durch die Betroffenen nach den Prinzipien der Demokratie und Subsidiarität ist zu gewährleisten, d.h. Entscheidungen müssen durch die Bürgerinnen und Bürger so lokal wie möglich getroffen werden.
- Internationaler Dienstleistungsverkehr darf nicht darauf beruhen, dass Frauen noch mehr unbezahlte häusliche Tätigkeiten aufgebürdet werden, weil bisher öffentliche Dienstleistungen privatisiert werden. Er soll auch nicht darauf beruhen, dass wohlhabende Frauen im Norden ihre beruflichen Karrieren auf die Haushaltsarbeit von Migrantinnen aus dem Süden stützen (müssen).⁴³

III. Wege zu einer alternativen Weltwirtschaftsordnung

- 1 • Jede Gemeinschaft muss autonom und immer wieder neu entscheiden können, wie sie ihre öffentlichen Dienste (Bildung, Gesundheit, Wasser- und Energieversorgung, Verkehr, etc.) organisieren will, und darf nicht zur Beteiligung transnationaler Konzerne gezwungen werden.
- 5 • Wirtschafts-, entwicklungs-, umwelt- und sozialpolitisch motivierte Regulierungsmöglichkeiten auf kommunaler, nationaler und regionaler Ebene müssen erhalten bleiben.

10 3.4 Weltagrarmarkt

Im Rahmen der gleichgeordneten Ziele von (1) Recht auf Nahrung, (2) Nahrungsmittelsicherheit und (3) Ernährungssouveränität ist der internationale Agrarhandel ein mögliches Instrument und ihnen untergeordnet. Das fundamentale Recht auf gesunde und kulturell angemessene Nahrung, wie in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte bereits verankert, darf nicht von internationalen Marktregeln in Frage gestellt werden.

Das Konzept der Ernährungssouveränität wurde in den Ländern des Südens entwickelt und wird zunehmend auch von europäischen Agrarbündnissen übernommen. Es ist die Voraussetzung, um eine ausreichende und sichere Verfügbarkeit von Nahrungsmitteln in allen Regionen eines Landes zu verwirklichen. Ernährungssouveränität meint das Recht auf selbstbestimmte, eigene und unabhängige Nahrungsmittelproduktion und auf die Unterstützung lokaler Märkte und Produzenten.

Dafür tritt Attac kurzfristig ein:

- 25 • Abbau von Subventionen auf landwirtschaftliche Exporte und nicht-nachhaltige Produktionstechnologien;
- Förderung ökologischer Landwirtschaft in Industrieländern und von Programmen zur Erforschung und Verbreitung nachhaltiger Anbau-, Verarbeitungs- und Vermarktungstechniken sowie eines bewussten Konsumentenverhaltens sowohl in Ländern des Südens als auch des Nordens;
- 30 • Schutz und Förderung lokal orientierter Landwirtschaft, welche zu großen Teilen von Frauen betrieben wird, vor allem zur Armutsminderung in Entwicklungsländern;⁴⁴
- Förderung der Rechte von LandarbeiterInnen und Landlosen sowie Überprüfung des Modells der marktgestützten Landreform. Es ist auch dafür Sorge zu tragen, dass Frauen einen gleichberechtigten Zugang zu Eigentum an landwirtschaftlichen Produktionsfaktoren (Land und Kapital) erhalten. Diskriminierung, z.B. beim Erbrecht oder Kreditzugang, muss weltweit aufgedeckt und zurückgedrängt werden.

40

In langer Sicht vertreten Attac-Mitglieder unterschiedliche Positionen:

45 **Position Globalisierung gerechter gestalten:** Schutzrechte und gezielte Förderung zur Stärkung lokaler Agrarsysteme und Märkte sollen Regionen die Entwicklung eines Agrarsystems ihrer Wahl ermöglichen. Zumindest solange Billigimporte aus anderen Ländern, die subventioniert und nicht nachhaltig produziert wurden, ein lokal erwünschtes Nahrungssystem bedrohen, bleibt das Recht auf Schutzmechanismen bestehen, bis dieses wettbewerbsfähig ist. Langfristig wird sich so ökologische und sozial faire Produktion durchsetzen und Schutzmechanismen unnötig machen. Die Zugangsschran-

**Genug Nahrung
für alle**

**Dumping
verhindern**

III. Wege zu einer alternativen Weltwirtschaftsordnung

Agrar- sektoren als Kern lokaler Wirtschafts- kreisläufe

ken zu den Märkten der Industrieländer müssen überarbeitet werden in Hin- 1
sicht auf die Ziele Ökologie und Armutsrelevanz. Eine internationale Handel-
saufsicht mit Sanktionskompetenz kontrolliert die Fairness des Marktsystems
unter spezieller Berücksichtigung der Entwicklungsbedürfnisse der einzelnen 5
Regionen. Insbesondere verhindert sie die heutige Machtstellung von Agrar-
konzernen und deren unlautere Vertragsformen, die das Marktrisiko auf die
Bauern abwälzen.

Position Lokalisierung: Landwirtschaft vor Industrie: Da die Nahrung 10
immer noch aus der Erde kommt und lokal und regional erzeugt werden soll,
kann Landwirtschaft nicht dem Industrie-Modell heutiger Prägung folgen.
Dieses ist auf die Bedienung des Weltmarktes ausgerichtet. Die Kleinbauern
müssen gestärkt werden. Sehr viel mehr Menschen als heute können Arbeit in
der Landwirtschaft finden. Durch konsequente Förderung lokaler Nahrungs- 15
systeme wird die heutige globale Handelsform zurückgedrängt. Handel dient
nur noch dem Verkauf von Überschüssen nach guten Ernten sowie dem Kauf
bei Missernten. Agroindustrielle Produktionsformen werden unnötig. Nach
einer Umverteilung des Landes findet Ressourcenmanagement basisdemokra-
tisch nach Wunsch der betroffenen Gemeinschaft statt. Der Import auch lokal 20
produzierbarer Agrarprodukte wird durch Zölle verhindert, und Arme erhalten
ausgleichende Unterstützung bei ihrer Versorgung.

3.5 Geistiges Eigentum und Technologietransfer

Wissen hat zwei besondere Eigenschaften: Es wird durch Teilung nicht weniger, 25
d.h. das Lesen derselben Internetseite, das Hören derselben Musik, das Verwen-
den desselben Rezeptes usw. ist davon unberührt, ob eine, zwei oder sehr viele
Personen davon Gebrauch machen. Und Wissen ist komplementär, d.h. es kann
umso einfacher neues Wissen aufgenommen oder geschaffen werden, je
umfangreicher der bereits erworbene Wissensstand ist.⁴⁵ 30

Wissen teilen

Der gleichberechtigte Wissenszugang für Arme und Reiche, für Frauen und 35
Männer ist zu gewährleisten. Die bildungsbezogenen Millenniumsziele sind dazu
ein richtiger, aber nicht ausreichender Schritt. Die Verwirklichung gleicher Schul-
bildung für Frauen und Männer weltweit muss erste Priorität erhalten.

Dafür tritt Attac Deutschland kurzfristig ein:

- Der Vorstoß des EU-Ministerrates, Patente auf Software zu ermöglichen, muss 40
gestoppt werden. Grundlage der entsprechenden EU-Richtlinie soll der
(ursprüngliche) Entwurf des europäischen Parlamentes sein.

Dafür tritt Attac Deutschland langfristig ein:

- Das TRIPS (WTO-Abkommen über geistiges Eigentum, vgl. I.3.5) muss abge- 45
schafft werden. Unter dem Deckmantel „geistiges Eigentum“ sollen die Ent-
wicklungschancen der Länder des Südens dauerhaft beschnitten und jeder
Wissenstransfer blockiert werden.
- Zugleich öffnet das TRIPS Tür und Tor für die Aneignung von traditionellem
und lokalem Wissen durch die TNK sowie die weitere Nutzung der sogenann-
ten „grünen“ Gentechnik mit der Patentmöglichkeit auf Gensequenzen. Wir
wollen keine Patentierung von Gensequenzen, kein Patent auf Leben!

Keine Patente auf Leben

III. Wege zu einer alternativen Weltwirtschaftsordnung

- 1 • Wir wollen kein Patent auf Saatgut! Die Rechte der Gemeinschaften auf ihre Ressourcen müssen geschützt und ausgebaut werden. Sie sollten in einer internationalen und durchsetzbaren Konvention verankert werden.
- 5 • Angleichungen von geistigem Eigentumschutz, z.B. Patentrechte, können nur zwischen gleichartig strukturierten Volkswirtschaften angestrebt werden und sollten nicht Teil der multilateralen Wirtschaftsordnung sein. Wir lehnen Patente auf Software ab, insbesondere sogenannte Trivialpatente, da sie ausschließlich den Interessen der TNK dienen.
- 10 • Die Vision einer Wissensallmende meint einen gesicherten Bestand allgemein zugänglicher „Wissensgüter“ als globalen öffentlichen Raum, in dem zum Wohle aller ausgetauscht und verknüpft werden kann, was der Einzelne an Wissen schafft.⁴⁶



4. Für eine andere EU und faire Handelsverträge

25 4.1 Regionale Handelsblöcke und bilaterale Verträge

In den vorangehenden Abschnitten wurde aufgezeigt, wie Demokratie, Chancengleichheit und Geschlechtergerechtigkeit, Vielfalt, das Leitbild der Nachhaltigkeit und andere Ziele der menschlichen Entwicklung international verwirklicht werden können. Dies gilt in gleicher Weise für die Regionalblöcke wie die EU, eine mögliche Integration der beiden Americas und die entsprechenden Initiativen in Afrika und Asien. Ganz besonders gilt es für die bilateralen Handelsabkommen, bei denen übermächtige Länder wie die EU, USA oder Japan mit armen Partnern wie z.B. den AKP-Staaten verhandeln.

35 Dafür tritt Attac kurzfristig ein:

- Der Einfluss der Lobby der europäischen Konzerne auf Entscheidungen der EU-Kommission ist zurückzudrängen. Die internationale Öffentlichkeit, die nationalen Parlamente, das Europa-Parlament und die gemeinsame parlamentarische Versammlung von EU und AKP sind umfassend über den jeweiligen Stand der Verhandlungen zu informieren. Die Zivilgesellschaft in allen betroffenen Ländern muss an den Verhandlungen beteiligt werden.
- 40 • Kein EU-AKP-Abkommen unter der neoliberalen Freihandelsagenda.

**Wider den
Lobbyismus**

Dafür tritt Attac in langer Sicht ein:

- 45 • Kein Zwang zur Reziprozität bei Handelsabkommen. Die AKP-Staaten müssen ihre lokalen und regionalen Märkte schützen können.
- Die EU muss ihre Außenhandelspolitik insbesondere gegenüber den Entwicklungsländern grundlegend ändern. Wirtschaftsabkommen können sich nur dann „partnerschaftlich“ nennen, wenn sie die o.g. Prinzipien anwenden.

III. Wege zu einer alternativen Weltwirtschaftsordnung

Richtige Vergabe der EU-Mittel

- Die AKP-Staaten benötigen politische Spielräume und Unterstützung zur Umsetzung eigener Strategien gegen Armut, Hunger und Umweltzerstörung. 1
- Regionale Integration sollte nach dem Vorbild z. B. des Diskussions- und Meinungsbildungsprozesses erfolgen, der von Alleanza Social Continental als Gegenstück zur FTAA unter dem Titel „Alternativen für Amerika“ ins Leben gerufen wurde. Ausschließlich solche Integrationsprozesse dürfen mit EU-Mitteln unterstützt werden.⁴⁷ 5

4.2 Eine andere EU – sozial, ökologisch und antimilitaristisch 10

Trotz der unrühmlichen Rolle der EU bei der neoliberalen Umgestaltung Europas sehen wir ein vereintes Europa als eine große Herausforderung. Europa bietet einige günstige Voraussetzungen für eine Politik, die die entfesselten Kräfte des freien Marktes eindämmt: Es bildet einen wirtschaftlich relativ einheitlichen und nur in relativ geringem Maße von den Handelsbeziehungen zu anderen Kontinenten abhängigen Wirtschaftsraum. 15

Wir setzen uns für ein anderes Europa ein: Für eine Union, welche die Vorherrschaft demokratischer Willensbildungsprozesse über die Kräfte des Marktes wiederherstellt; dazu gehört die wirksame Kontrolle der EU-Handelspolitik durch die Parlamente der EU-Mitgliedstaaten und das EU-Parlament. 20



Wir fordern einen sofortigen Stopp der europaweiten Liberalisierung öffentlicher Dienstleistungen. Die progressiven Ansätze im Bereich sozialer Standards und sozialen Ausgleichs müssen ausgebaut und verbessert werden. 25

Europa muss sich international für eine demokratische Kontrolle und eine Re-Regulierung der Finanzmärkte und für eine solidarische Weltwirtschaftsordnung einsetzen, ohne dabei selbst in Großmachtgehebe zu verfallen. Die EU muss das Projekt einer EU-Interventionstruppe zur Sicherung ihrer globalen Machtansprüche aufgeben zugunsten einer zivilen und präventiven Politik der Konfliktbewältigung. 30

Wir setzen uns für eine gründliche Umgestaltung der Währungsunion ein. Anstatt der einseitigen Fixierung auf die Preisstabilität muss die Zinspolitik der Europäischen Zentralbank in erster Linie der Bekämpfung von Erwerbslosigkeit und sozialer Ausgrenzung und dem ökologischen Wirtschaften verpflichtet sein. 35

Die Erzwingung weiterer Kürzungen der öffentlichen Ausgaben durch den sanktionsbewehrten Stabilitätspakt lehnen wir ab. [Diese Position zum Stabilitätspakt ist strittig; vgl. 1.3.6] Statt dessen muss es einen europäischen Pakt für soziales und ökologisches Wirtschaften geben, mit dem sich die EU-Mitgliedstaaten quantifizierbar und verbindlich zur Senkung der Erwerbslosigkeit, zur Umverteilung 40

Für eine solidarische Währungsordnung

Die Erzwingung weiterer Kürzungen der öffentlichen Ausgaben durch den sanktionsbewehrten Stabilitätspakt lehnen wir ab. [Diese Position zum Stabilitätspakt ist strittig; vgl. 1.3.6] Statt dessen muss es einen europäischen Pakt für soziales und ökologisches Wirtschaften geben, mit dem sich die EU-Mitgliedstaaten quantifizierbar und verbindlich zur Senkung der Erwerbslosigkeit, zur Umverteilung 45

quantifizierbar und verbindlich zur Senkung der Erwerbslosigkeit, zur Umverteilung

III. Wege zu einer alternativen Weltwirtschaftsordnung

1 lung zwischen Arm und Reich, zum Nord-Süd-Ausgleich und zu einer nachhaltigen Wirtschaftsentwicklung verpflichtet.

Unterschiedliche Einschätzungen gibt es bei Attac über die Rolle des Euro:

5 **Position Globalisierung gerechter gestalten:** Die währungspolitische Bedeutung des Euro muss genutzt werden, um die einseitige Ausrichtung des internationalen Finanz- und Währungssystems auf die Interessen der Kapitalanleger mit dem US-Dollar als Leitwährung zu beenden und wirtschaftlich schwächeren Ländern eine Neuausrichtung ihrer Währungspolitik zu ermöglichen. Europa muss auf eine Koordinierung der Wechselkurse zwischen Dollar, Euro und Yen hinarbeiten (vgl. III.5.2.1).

15 Steueroasen innerhalb der EU müssen sofort geschlossen werden – auch um ein Zeichen gegen anderen Steueroasen zu setzen (vgl. III.5.4). Weil fallende staatliche Einnahmen auch durch den unfairen Wettbewerb der gesamten Steuersysteme verursacht werden, muss es eine europaweite Mindestbesteuerung von Kapital- und Unternehmenserträgen geben. Zur Abschöpfung von Spekulationsgewinnen und zur Stabilisierung der internationalen Finanzmärkte fordern wir zudem, dass die EU eine Vorreiterrolle bei der weltweiten Durchsetzung einer „Tobin-Steuer“ (siehe III.5.1.3) einnimmt, indem sie eine Steuer auf alle Transaktionen mit dem Euro einführt.

20 Ziel der europäischen Agrarpolitik muss eine nachhaltige Entwicklung der Lebens- und Wirtschaftsweisen im ländlichen Raum sein. Exportsubventionen werden eingestellt; Fördermittel müssen zielgerichtet an die der Nachhaltigkeit verpflichtete, ökologische Landwirtschaft vergeben werden. Nur so können die gesellschaftlichen Anliegen wie die Gesundheit der Verbraucher, der Schutz von Böden, Grundwasser und Kulturlandschaften und das Wohl von Nutztieren mit einer gesicherten beruflichen Perspektive der Bäuerinnen und Bauern vereinbart werden.

30

Steueroasen austrocknen, Tobinsteuer einführen

Für eine neue Agrarpolitik

5. Neuordnung der Währungs- und Finanzbeziehungen

35

5.1 Finanzbeziehungen

5.1.1 Entschuldung

Wir treten ein für ein neues Verfahren der Bewältigung von untragbaren Auslandsschulden. Zu diesem gehören eine unparteiische Entscheidungsfindung, ein Anhörungsrecht für alle Betroffenen und die Sicherstellung eines Existenzminimums für Staaten vor dem Zugriff der Gläubiger (Insolvenzrecht für Staaten).⁴⁸

45

Dafür tritt Attac Deutschland kurzfristig ein:



III. Wege zu einer alternativen Weltwirtschaftsordnung

Schulden streichen

- Ausweitung des Kreises der Länder, die Zugang zu Entschuldung haben, über den willkürlich definierten Kreis der Hochverschuldeten Armen Länder (HIPC) hinaus. 1
- Ausweitung der durch die HIPC-Initiative nur unzureichend gewährleisteten Entschuldung der ärmsten Länder auf ein wirklich tragfähiges Maß. Orientierungsgröße bleibt dabei die Entschuldung Deutschlands im Jahr 1953 auf eine Schuldendienstquote von weniger als 5% der jährlichen Exporteinnahmen. 5



„Nein... er ist unser bester Kunde – er schuldet uns Milliarden.“

Schuldner schützen

- Ersetzung der bisherigen, allein von den Gläubigern dominierten Entschuldungsverfahren im Pariser Club, Londoner Club und den Internationalen Finanzinstitutionen durch ein faires und transparentes Schiedsverfahren. 25
- Berücksichtigung der Legitimität bzw. Illegitimität von Gläubigeransprüchen im Internationalen Schuldenmanagement auf der Grundlage der Doktrin der „Verabscheuungswürdigen Schulden“ (Odious Debts); Streichung von Forderungen, welche in einem fairen und transparenten Verfahren als illegitim identifiziert wurden. 30

5.1.2 Entwicklungsfinanzierung

Der seit langem beschlossene Anteil von 0,7% des BIP für Entwicklungshilfe muss endlich politische Praxis werden. Seit Beschluss dieser Quote haben die Industrienationen ihren Entwicklungshilfeansatz fortwährend nach unten bewegt auf z.Zt. ca. 0,23%. 35

Die weltweite – oder zunächst auch: europaweite – Einführung einer Tobin-Steuer könnte ein erhebliches Finanzvolumen realisieren (das Spahn-Gutachten nennt z.B. eine Summe von 17 Mrd. Euro, siehe unten), das für die Finanzierung von menschlicher Entwicklung bzw. Armutsbekämpfung in den Ländern des Südens eingesetzt werden soll. 40

Der Zugang zur Entwicklungsfinanzierung diskriminiert in vielen Ländern die Frauen. Deshalb ist einerseits von der Geberseite aus auf eine geschlechtsneutrale Aufteilung von Entwicklungsmitteln zu achten, andererseits sind solche Instrumente einzusetzen, welche Frauen gezielt zukommen können (z.B. Mikrofinanzierung). 45

Global Marshall Plan

Position Globalisierung gerechter gestalten: Derzeit ist für viele Entwicklungsländer die Verletzung sozialer und ökologischer Standards ihr einzi-

III. Wege zu einer alternativen Weltwirtschaftsordnung

ger Vorteil im weltweiten Konkurrenzkampf. Um die Umsetzung solcher Standards in Entwicklungsländern möglich zu machen, soll diesen eine Ko-Finanzierung angeboten werden, nach dem Vorbild des gleichnamigen EU-Instrumentes.

Als politisches Signal können Initiativen wie die Global-Marshall-Plan-Initiative gelten. Diese setzt sich für die Realisierung von Entwicklungshilfe, Ko-Finanzierung und Tobin-Steuer ein. Weiterhin wird beispielsweise eine Welthandelsabgabe, die Terra-Tax, genannt.⁴⁹



Eine neue Sicht auf die Welt: die flächentreue Peters-Projektion. Durch die Flächentreue erscheinen die Länder des Südens größer als bei der üblichen winkeltreuen Projektion. Siehe Glossar: Peters-Projektion

Position Entglobalisierung/Lokalisierung: Die Global-Marshall-Plan-Initiative ist ein Versuch aus Wirtschaft, Politik und Nicht-Regierungsorganisationen, im Namen der Nord-Süd-Solidarität den globalen Machtanspruch der EU politisch und ökonomisch zu unterstützen. Ausdrücklich soll die Entwicklungsfinanzierung einen weltweiten Wachstumsschub auslösen, auch zum Nutzen der euro-päischen Exportländer.

Eine Entwicklungsstrategie, die in erster Linie auf eine eigenständige Entwicklung des Südens setzt statt auf europäisch-imperiale Machtansprüche, sollte sich an der Devise orientieren: „Weniger nehmen (im Sinne von ausbeuten) ist besser als mehr geben“.

**Solidarität
statt
Imperialismus**

5.1.3 Tobin-Steuer und Re-Regulierung

Es ist allgemein bekannt, dass Attac für die weltweite Einführung der als Tobin-Steuer bekannten Devisenumsatzsteuer eintritt. Als Einzelinstrumente sind die Tobin-Steuer oder die Spahn-Steuer selbstverständlich unzureichend, die Probleme auf den internationalen Finanzmärkten zu lösen. Finanzkrisen oder gar die neoliberale Globalisierung lassen sich mit einer Devisenumsatzsteuer alleine nicht aufhalten. Wir betrachten die „Tobin-Steuer“ vielmehr nur als einen Einstieg in die Re-Regulierung der internationalen Finanzmärkte.⁵⁰

Die Liberalisierung der Währungs- (siehe nächster Abschnitt) und Finanzmärkte wirkt keineswegs geschlechtsneutral. Insbesondere die gehäuft auftretenden Finanzkrisen treffen Frauen überproportional, sei es durch Krisenabfederung durch unbezahlte,



III. Wege zu einer alternativen Weltwirtschaftsordnung

informelle Frauenarbeit, durch „Hausmädchenexport“ oder durch Rückschläge bei der Gleichstellungspolitik.⁵¹ 1

Devisen- umsatzsteuer

Dafür tritt Attac Deutschland kurzfristig ein:

- Die deutsche Politik soll eine europäische Gesetzesinitiative für eine europaweite Devisenumsatzsteuer einleiten. 5

Gegen Erpressung durch TNK

Dafür tritt Attac Deutschland in langer Sicht ein:

- Angesichts der Tatsache, dass nicht Geld, sondern Menschen arbeiten, ist ein Ziel von Attac, alle Instrumente zu verwirklichen, welche Renditeerwartungen von spekulativen Geschäften schwächen. Damit entfällt auch der erpresserische Hebel, den viele Unternehmen – i.d.R. TNK – gegenüber staatlichen Institutionen einsetzen.⁵² 10
- Das Recht auf souveräne Steuerung des Zahlungs- und Kapitalverkehrs darf durch die Liberalisierung von Finanzdienstleistungen nicht eingeschränkt werden. Kein Land darf von IWF und Weltbank – oder demnächst: der WTO(!) – zur Finanz- oder Kapitalmarktliberalisierung gezwungen werden. Geschlechtsbezogene Auswirkungen eventueller Liberalisierungspolitiken sind im Vorhinein zu bestimmen und auszugleichen. 15
- Die Staaten müssen jederzeit das Recht ausüben können, sich vor unerwünschten Kapitalbewegungen zu schützen. 20
- Zur Grundlage der makroökonomischen Steuerung sollen alle Länder sogenannte Gender-sensible Budgets erarbeiten, in denen die Struktur des Staatshaushaltes und seine Veränderungen hinsichtlich der Auswirkungen auf verschiedene Gruppen und Klassen von Männern und Frauen erfasst und bewertet werden.⁵³ 25

Welche Gestalt für inter- nationale Finanz- märkte?

Position Globalisierung gerechter gestalten: Ein reformierter IWF muss die Unterstützung der Liberalisierung von Kapitalmärkten aufgeben. Statt dessen soll die in der IWF-Satzung stehende Formulierung, „solche Kontrollen auszuüben, die notwendig sind, um internationale Kapitalbewegungen zu regulieren“ (Art. IV, Abs. 3), zu einer zentralen Aufgabe werden. 30

Position Lokalisierung: Bei einer regional bzw. lokal ausgerichteten Wirtschaftsstruktur zirkuliert das Geld lokal (vgl. die entsprechende Position in III.5.2.1). Damit wird den virtuellen, spekulationsorientierten Produkten der internationalen Finanzmärkte der Boden entzogen; mit Austrocknen der internationalen Finanzströme verschwindet auch der Bedarf für eine anonyme Mammutbehörde zu deren Aufsicht oder Koordination. 35

III. Wege zu einer alternativen Weltwirtschaftsordnung

1 5.2 Währungsbeziehungen

5.2.1 Wechselkurse stabilisieren

5 Das sogenannte Über- bzw. Unterschießen der Wechselkurse ist eines der schwerwiegendsten Probleme. Es wurde durch die Liberalisierung der Finanzmärkte verursacht, die praktisch unkontrollierte Währungs-transaktionen und andere internationale Kurzfrist-Finanzgeschäfte ermöglicht. Eine Re-Regulierung kurzfristiger Finanzströme mit dem Ziel ihrer Eindämmung und Kontrolle ist deshalb dringend geboten (bis hin zur Möglichkeit von Kapitalverkehrskontrollen).
10 Hierin ist ein wichtiger Hebel gegen die Währungsspekulation zu sehen. Kontrovers diskutiert wird bei Attac die Frage, ob die Kurse zwischen verschiedenen Währungen politisch festgelegt werden können:

15 **Position Wechselkursfestlegungen durch die öffentliche Hand:** Wir treten für die Einführung von Wechselkurszielzonen zwischen den drei Hauptwährungen (Yen, Euro, Dollar) ein, die in der Verantwortung einer internationalen Organisation, z.B. eines IWF-Nachfolgers, geführt werden sollten.

20 **Position Gegen Wechselkursfestlegungen durch die öffentliche Hand:** Es gibt bisher keine praktische Lösung, wie Wechselkurse angemessen politisch festgelegt werden können. Es darf nicht verkannt werden, dass falsche Wechselkurspolitik eine der Ursachen von Finanzkrisen ist. So finanzierte der IWF oft Wechselkurse, die sich schließlich als unhaltbar erwiesen. Dadurch wurde Banken und Kapitaleignern „das Fluchttor aufgehalten“, während die Menschen dieser Länder anschließend einer umso schlimmeren Währungskrise überlassen wurden (das sogenannte Bail-Out). Festlegungen von Wechselkursen sind immer mit erheblichen Risiken verbunden; sie tragen oft zur Entstehung des Problems bei, das sie lösen sollen.⁵⁴

30 Einen Ausweg aus der Wechselkursproblematik bieten grundsätzlich andere Geldarrangements. Einerseits fallen Wechselkurse durch die Einführung einer gemeinsamen Währung weg: Dafür sind die Währungsunionen west- und zentralafrikanischer Länder sowie der Euro ein Beispiel. Die entgegengesetzte Strategie setzt auf Lokalgeld:

35 **Position Lokalisierung (Lokale Geldkreisläufe machen Währungs-transaktionen teilweise überflüssig):** Es kann nicht wegdiskutiert werden, dass die Geld- und Währungsstrukturen nicht alleinige, aber wesentliche Ursache diverser gravierender Missstände sind. Eine Re-Regulierung der entfesselten Kapitalmärkte allein reicht nicht aus. Deshalb müssen Forderungen nach alternativen (komplementären) Geldsystemen, die Tauschgerechtigkeit ermöglichen, erhoben werden. Konkrete Schritte sind vor Ort möglich; angefangen vom eigenen Anlageverhalten (langfristige Aktien- und Geldanlage, zinslose Geldanlagen) bis hin zur Einführung komplementärer lokaler und regionaler Währungen sowie Tauschringen und Spar- und Leihgemeinschaften tut sich
40 hier ein breites Feld möglicher Betätigungen auf. Entsprechende Initiativen (etwa Regiogeld-Systeme wie der Chiemgauer) sind zu unterstützen.⁵⁵

Welches Wechselkurs-regime?

III. Wege zu einer alternativen Weltwirtschaftsordnung

5.2.2 Leistungsbilanzausgleich und Geldpolitik

Leitwährung

Z.Zt. wird die Aufgabe des Zahlungsbilanzausgleichs einseitig den Schuldnerländern aufgebürdet. Dem könnte eine solidarische Leitwährung entgegen wirken, die nicht zugleich nationale Währung wäre. Sie müsste so konzipiert werden, dass sie nicht nur Verrechnungseinheit bleibt, sondern auch auf den Ausgleich internationaler Leistungsbilanzen und mehr Gerechtigkeit im internationalen Handel hinwirken würde. Eine Währung mit Demurrage (siehe unten) wäre ein Mechanismus, der auch die Gläubigerländer in die Verantwortung nimmt. Die Form des Leistungsbilanzausgleiches steht in Wechselwirkung mit der jeweiligen Geldpolitik: Diese darf nicht einseitig festgelegt, sondern muss gesellschaftlich eingebunden sein.⁵⁶

Dafür tritt Attac Deutschland kurzfristig ein:

- Eine Abkehr von monetaristischen Geldpolitiken ist eine wichtige Bedingung für Entwicklung. 15
- Wir setzen uns für eine gründliche Umgestaltung der europäischen Währungsunion ein. Anstatt der einseitigen Fixierung auf die Preisstabilität muss die Zinspolitik der Zentralbank in erster Linie der Bekämpfung von Erwerbslosigkeit und sozialer Ausgrenzung sowie dem ökologischen Wirtschaften verpflichtet sein. 20

Demurrage

Dafür tritt Attac Deutschland in langer Sicht ein:

- Es bedarf einer demokratischen globalen Institution, die für eine eigenständige Leitwährung eine Geldpolitik verfolgt, die an Wachstum und Beschäftigung, v.a. in Entwicklungsländern, orientiert ist und im Fall von Finanzkrisen internationale Liquidität zur Verfügung stellen kann. Eine solche „Clearing-Bank“ müsste für jedes Land ein Konto führen, das bis zu einem bestimmten Anteil seines Außenhandelsvolumens überzogen werden darf. Wird diese Grenze überschritten, fallen progressiv steigende Zinsen an, sowie bei festen Wechselkursen eine Abwertung der Währung. Ebenso wird Ländern, die über ein bestimmtes Volumen hinaus Guthaben ansammeln, ein Zins abgezogen (es gibt also einen Negativzins auf die Guthaben) – das ist die sogenannte „Demurrage“ –, bei festen Wechselkursen erfolgt eine Aufwertung der Währung. Durch Demurrage kann eine Währung nicht als Vermögensspeicher verwendet werden, es bestehen beständige Handelsanreize für alle Beteiligten. 25 30 35
- Gleichzeitig sollten internationale Kredite, wenn überhaupt, nur noch zu festen oder mindestens mittelfristig kalkulierbaren Zinssätzen vergeben werden. 40

5.3 Internationale Organisationen und Institutionen

Für einen zukunftsfähigen Entwicklungspfad ist eine internationale, öffentliche Entwicklungsbank erstrebenswert, die als Finanzier auftritt für Projekte und Programme, die vor Ort entwickelt werden. Auch kann eine internationale Organisation zur Unterstützung einer makroökonomischen Steuerung (z.B. bei Zahlungsbilanzproblemen) sinnvoll sein, die plurale Wirtschafts- und Gesellschaftskonzepte fördert, welche in partizipativen Verfahren entwickelt werden. 45

III. Wege zu einer alternativen Weltwirtschaftsordnung

1 Damit internationale Organisationen und Institutionen zur Zukunftsfähigkeit beitragen, muss das neoliberale Leitbild überwunden werden, dem IWF und Weltbank heute verpflichtet sind.

Dafür tritt Attac kurzfristig ein:

- 5 • Die ordnungspolitische Beeinflussung von Entwicklungsländern durch internationale (Finanz-) Organisationen muss abgestellt werden.
- Der Basler Akkord (Basel II) des kaum bekannten Financial Stability Forum muss unter stabilitäts- und entwicklungspolitischen Gesichtspunkten überprüft werden. Basel II zielt auf die internationale Handelbarkeit (Verbriefung) von Krediten und wird u.a. die Banken zu kurzfristiger statt langfristiger Kreditvergabe verleiten. Im Krisenfall bergen aber gerade hohe, kurzfristige Kreditschulden enorme systemische Risiken. Entwicklungsländer sind im Basler Komitee nicht vertreten, wiewohl sie von den Auswirkungen betroffen sein werden.⁵⁷

15 **Position Globalisierung gerechter gestalten:** Eine Reform wird verfolgt, nach der Weltbank und IWF die o.g. Aufgaben übernehmen können. Zentraler Ansatz hierfür sind interne demokratische Strukturen. Dazu bedarf es einer Neuordnung der Stimmrechte, die zwar die ökonomische Dimension eines Landes berücksichtigt, aber auch Bevölkerungszahl, menschliche Entwicklung u.ä. Neben den Regierungen sind die Zivilgesellschaften zu beteiligen. Ein derart reformierter Fonds könnte auch wieder Verantwortung bei der Koordination der Währungspolitik, der Kapitalverkehrsregulierung und der Krisenprävention (Liquiditätsprobleme) und Krisenbekämpfung übertragen bekommen.

20 **Position Entglobalisierung:** Anstelle einer Stärkung von IWF und Weltbank durch Reformbemühungen wird eine Strategie der Entmachtung oder Abschaffung von IWF und Weltbank zugunsten regionaler Regulierung und Kontrolle der Finanzmärkte verfolgt. Grundlage der regionalisierten Finanzordnungen soll die demokratische Kontrolle durch die jeweiligen Bevölkerungen sein. Als Alternative zu IWF und Weltbank wird der Aufbau entsprechender internationaler Regionalorganisationen angestrebt, die miteinander kooperieren.

Können IWF und Weltbank reformiert werden?

35 5.4 Steuerpolitik

Für eine gleichmäßige Beteiligung der Kapitaleinkommen an den öffentlichen Aufgaben ist eine grundlegende Bekämpfung der Steuerflucht erforderlich. Kernpunkt ist die internationale Durchsetzung des Wohnsitzprinzips bei der Besteuerung von Kapitaleinkünften, zunächst innerhalb der EU in Kooperation mit den USA. Die Steueroasen müssen und können mit einfachen Mitteln unter Druck gesetzt werden, sich diesen Standards anzuschließen. Gleiches gilt für Regeln im Bereich Geldwäsche und Standards der Finanzmarktaufsicht.⁵⁸

45 Ein anderer wesentlicher Punkt ist die Einführung einer weltweit einheitlichen Gewinnsteuer, um die Erpressbarkeit von Regierungen zu verringern und Buchungstricks wie Firmensitzverschiebungen in andere Länder oder Übertragungen von Gewinnen auf Tochtergesellschaften sinnlos zu machen.

Kapital besteuern

III. Wege zu einer alternativen Weltwirtschaftsordnung

6. *Strategien und Bündnisse auf dem Wege zu einer Alternativen Weltwirtschaftsordnung* 1

Das Netzwerk Attac als Teil der globalen sozialen Bewegungen benötigt geeignete Strategien und Bündnisse, um seine Anliegen voranzutreiben. Gleichwohl soll mit diesem Diskussionspapier nicht suggeriert werden, dass wir den richtigen Weg wüssten. 5

Orientierungswissen, kein Programm

Es ist keinesfalls ein fixes, lediglich der Umsetzung harrendes Programm. Vielmehr stellt das Diskussionspapier wichtiges Orientierungswissen dar. Es wäre kontraproduktiv, Wege zu sehr festzulegen. Denn das für soziale Bewegungen gerade in diesen scheinbar alternativlosen Zeiten wichtige Öffnen von Denk- und Handlungsräume findet in sehr vielfältiger Form statt. „Fragend gehen wir voran“ (preguntando caminamos) sagen die mexikanischen Zapatistas, was gerade nicht Beliebigkeit, sondern Offenheit, strategische Klugheit und die permanente Suche der Ausweitung von Bündnissen bedeutet. 10 15

Beim gegenwärtigen Zustand der parlamentarischen Systeme und großer Teile der Massenmedien können solche kohärente Alternativen ausschließlich durch breite Koalitionen von sozialen Bewegungen außerhalb des Parlaments zur Diskussion gestellt werden. Diese Bewegungen können sich auf die Massenbewegungen gegen den Krieg, auf die Bewegung gegen den Sozialabbau, auf die Umweltbewegung, aber auch auf die entwicklungspolitischen Netzwerke, auf die Gewerkschaften und nicht zuletzt auf den ökumenischen Prozess stützen, indem sie die kritischen Analysen dieser Bewegungen vertiefen und erweitern und praktisch an Aktionsformen anknüpfen, die sich in den letzten Jahren wieder herausgebildet haben.⁵⁹ 20 25

Soziale Bewegungen

Die Notwendigkeit von Alternativen steht außer Frage. Die sozialen Bewegungen, Zivilgesellschaften und die globalisierungskritischen Organisationen müssen sich für eine andere Welt – und das heißt auch: für eine andere Lebensweise – einsetzen und dafür kämpfen. Dazu gehören der Aufbau und die Vernetzung von Selbstorganisationen, z.B. Kooperativen, die neue Wirtschaftsformen erproben. Daraus entwickelt sich die Unterscheidung von Produktiv- und Destruktivkräften. Diese Kriterien können die Basis für eine Beurteilung kapitalistischer Produktionsstätten und den daraus abzuleitenden notwendigen Umbau- bzw. Rückbauprozessen sein. 30 35

Vier Aspekte sind in diesem Zusammenhang entscheidend, die wiederum in die Entwicklung spezifischer Strategien, Organisationsprozesse und Bündnisse einfließen müssen:

- Eine zentrale Bedingung von emanzipativen Bewegungen liegt darin, sich in permanenten Diskussions- und Klärungsprozessen der eigenen politischen Wirkungen, inhaltlichen Positionen und (eigener wie gegnerischer) Strategien zu vergewissern. 40
- Das Verhältnis von Kritik und Handeln ist kein dichotomisches (hier die Kritiker, dort diejenigen, die etwas verändern), sondern kritische Analyse ist integraler Bestandteil von kritisch-emanzipativem Handeln. Insbesondere kann damit vor der Illusion bewahrt werden, dass die gewünschten, dringend notwendigen und weitreichenden gesellschaftlichen Veränderungen auf einem klaren Weg umsetzbar wären. 45

III. Wege zu einer alternativen Weltwirtschaftsordnung

Alltag

- 1 • Wie es Kolleginnen und Kollegen von Attac Frankreich treffend ausdrücken, geht es unter anderem darum, sich nicht zu oft auf die institutionellen und diskursiven Terrains der Gegner zu begeben. Denn die herrschenden Sichtweisen und die veröffentlichte Meinung geben sehr stark vor, welche politischen Formen und Inhalte als plausibel und vernünftig angesehen werden. So ist die herrschende Aufspaltung in die große staatliche Politik und die kleine im Alltag eher ein Problem für emanzipative Veränderungen. Emanzipative Veränderungen bedeuten auch, Alltag zu verändern, andere Praktiken auszuprobieren, sich der alltäglichen Durchsetzung des Neoliberalismus in den vielfältigen Institutionen zu widersetzen.
- 5 • Eine Gefahr der aktuellen Entwicklungen besteht darin, Markt und Staat als eine Art Nullsummenspiel zu verstehen. Eine weit verbreitete Annahme lautet: Bedeutete die neoliberal-kapitalistische Globalisierung die Stärkung der Marktkräfte, so müsse nun wieder der Staat an Einfluss gewinnen, um die sozioökonomischen Entwicklungen politisch zu gestalten. So wichtig eine Zurückdrängung von Kapitalinteressen ist, so sehr droht ausgeblendet zu werden, dass staatliche Politik selbst ganz wesentlich an den von den jüngsten Bewegungen kritisierten Entwicklungen beteiligt ist und sie mitunter aktiv voran getrieben hat. Nun wäre es unsinnig, die dominanten politischen und medialen Mechanismen unberücksichtigt zu lassen. Doch müssen die Ambivalenzen klar sein. Es muss immer wieder eine kritische Reflexion darüber geben, inwieweit man dazu gebracht wird, sich zu sehr auf Vorgaben der anderen Seite einzulassen.
- 10
- 15
- 20

Eine andere Welt ist möglich!



Anmerkungen

Vorwort

(1) Auf dem Attac-Ratschlag (dem höchsten Entscheidungs-Gremium von Attac-Deutschland) wurde am 31.10.2004 in Hamburg der folgende Antrag zum AWWO-Papier ohne Gegenstimme angenommen:

1. Der Ratschlag begrüßt die Erarbeitung des Diskussionspapiers zu einer alternativen Weltwirtschaftsordnung. Dieses trägt den Titel: ‚Diskussionen in Attac-Deutschland zu einer alternativen Weltwirtschaftsordnung‘.
2. Der Ratschlag anerkennt: Es ist eine Grundlage dafür, die Debatte innerhalb von Attac zu den Perspektiven einer ökologischen und solidarischen Weltwirtschaftsordnung fortzuführen als laufenden Diskussionsprozess, auch für diejenigen, die sich noch nicht in diesem Papier vertreten sehen.
3. Das Diskussionspapier wird in geeigneter Form veröffentlicht (Buch, Broschüre).

Kapitel I

(2) Zahlen nach Duwendag, D. 2003. „Globalisierung in ökonomischer Perspektive.“ S. 119-135 in: Schmidt, O. (Hrsg.), *Die neuen Kommandohöhen*. VWF, Berlin; zu Unternehmenszusammenschlüssen vgl. Deutscher Bundestag (Hrsg.) 2002. *Globalisierung der Weltwirtschaft: Schlussbericht der Enquete-Kommission*. Leske & Budrich, Leverkusen (im Internet unter <http://dip.bundestag.de/btd/14/092/1409200.pdf>), S. 160.

(3) „Keynesianismus“ meint jene Wirtschaftstheorie, welche den Markt als stabilisierungsbedürftig durch den Staat ansieht; daraus leitet sich unter anderem die Idee einer staatlichen Konjunkturpolitik ab, welche Konjunkturschwankungen entgegen wirkt (sogenannte Antizyklus) und so einen stetigen Wachstumspfad ermöglicht. Im Gegensatz dazu glauben die Liberalen, dass der Staat durch seine Eingriffe den Markt destabilisiere; daraus leiten sie unter anderem die Idee einer unabhängigen Zentralbank ab mit einem einzigen (langfristigen) Ziel, Inflation zu verhindern (dies wird als monetaristische Position bezeichnet und geht auf Milton Friedman zurück). Hintergrundliteratur beispielsweise Stanislaw, J. und Yergin, D. 1999. *Staat oder Markt – die Schlüsselfrage unseres Jahrhunderts*. Campus, Frankfurt/Main.

(4) Vgl. z.B. <http://www.worldbank.org/research/povmonitor/>; zum abnehmenden Fortschritt in den Jahren 1980-2000 siehe <http://www.attac.org/fra/toil/doc/cepr05.htm>.

(5) Zahlenangaben nach Krämer, G. 1997. *Entwicklungsland Deutschland: Umkehr zu einer global zukunftsfähigen Entwicklung. Ein Schaubilderbuch*. Hammer, Wuppertal.

(6) Vgl. z.B. Sassen, S. 2004. „Die Kriminalisierung von Migranten.“ *Blätter für deutsche und internationale Politik* 8/04: 957-964.

(7) Chang, H.-J. 2003. „Was der Freihandel mit einer umgestoßenen Leiter zu tun hat.“ *Le Monde diplomatique* 7077: 12-13.

(8) Vgl. z.B. Daly, H.E. 1993. „The perils of free trade.“ *Scientific American* (November): 24-29.

(9) Die OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) ist der „Club“ der westlichen Industrieländer. Die OECD gibt regelmäßig die Wirtschaftsdaten ihrer Mitglieder heraus, formuliert wirtschaftspolitische (in aller Regel neoliberale) Empfehlungen und entwickelt Standards für viele Bereiche (z.B. Verhaltenskodices für Unternehmen). Seit den 1990er Jahren gehören auch Mexiko, Süd-Korea sowie einige osteuropäische Staaten dazu, insgesamt hat die OECD 30 Mitglieder.

(10) Die AKP-Staaten sind diejenigen Staaten in Afrika, in der Karibik und im Pazifik, die ab dem 1976 in Kraft getretenen Lomé-Abkommen der EU gegen Finanzhilfe zollfreien Zugang zum gemeinsamen Markt gewähren.

Anmerkungen

- 1 (11) Die Bolkestein-Richtlinie ist nach dem niederländischen Binnenmarktkommissar benannt und wurde 2004 in den europäischen Gesetzgebungsprozess eingebracht. Sie zielt auf eine weitgehende Liberalisierung und Privatisierung auch öffentlicher Dienstleistungen. Das „Grünbuch Dienstleistungen von allgemeinem Interesse“ kann als Vorläufer dieser Richtlinie
5 gelten (Grünbücher sind eine Art Vorstufe zum offiziellen Gesetzgebungsverfahren) – danach sollten nur noch einige wenige Bereiche (Justizverwaltung u.ä.) als öffentliche Dienstleistungen gelten. Es war auf massiven Widerstand im europäischen Parlament gestoßen. Vgl. Fritz, T. 2004. „Auf dem Weg zur Sonderwirtschaftszone – die Dienstleistungsrichtlinie der EU.“ Blue-Arbeitspapier Nr. 21 unter <http://www.blue21.de/Fritz-vs-Bolkestein.pdf>.
- 10 (12) Zum ersten Satz dieses Absatzes: siehe <http://www.gesamtmittel.de/>, Lexikon, Stichwort „Devisenhandel“.
- (13) Zum Verhältnis von Realzins und realer BIP-Wachstumsrate vgl. etwa Deutscher Bundestag, a.a.O., S. 69-73. Zur Vermögensverteilung in Deutschland vgl. beispielsweise
15 <http://www.zeit.de/2004/34/E-Verteilung>.
- (14) Das Zitat ist entnommen aus Susan Georges Aufsatz unter <http://www.tni.org/archives/george/alegre-g.htm>.
- (15) Der „Washington Consensus“ beschreibt eine Anfang der 1980er Jahre von neoliberalen Ökonomen entwickelte Leitlinie, nach der die Programme des IWF und der Weltbank ausgerichtet wurden. Dazu gehören u.a. Marktöffnungen, Privatisierung, ausgeglichene Staatshaushalte und gesichertes Privateigentum. Diese werden allen kreditnehmenden Ländern gleichsam als Blaupause ohne Ansehen der jeweiligen spezifischen Verhältnisse aufgezwungen. Vgl. UNDP 2003. *Making Global Trade Work for People*. Earthscan, New York, S. 35 und Stiglitz, J. 2002. *Die Schatten der Globalisierung*. Siedler, Berlin, S. 70ff.
20
- (16) Zu den G8 gehören die USA, Kanada, Großbritannien, Frankreich, Deutschland, Italien, Japan sowie Russland.
25

30 Kapitel II

- (17) <http://www.unep.org/Documents/Default.asp?DocumentID=78&ArticleID=1163>; Sachs, W. 2002. „Ökologie – die Achillesferse der Globalisierung.“ *Natur und Kultur* 3(2): 95-111.
- 35 (18) <http://www.rprogress.org/>; Costanza, R., Cumberland, J., Daly, H.E., Goodland, R. und Norgaard, R. 2001. *Einführung in die ökologische Ökonomik*. Lucius & Lucius, Stuttgart, S. 133ff.; Daly, H.E. und Cobb, J. 1989. *For the common good: Redirecting the economy toward community, the environment, and a sustainable future*. Beacon Press, Boston, S. 401ff.; Daly, H. 2001. „Unwirtschaftliches Wachstum in einer vollen Welt.“ *Natur und Kultur* 2(2): 3-22.
- 40 (19) Daly, H.E. 1993. „The steady-state economy: Toward a political economy of biophysical equilibrium and moral growth.“ S. 325-363 in: Daly, H.E. und Townsend, K.N. (Hrsg.), *Valuing the earth: economics, ecology, ethics*. MIT Press, Cambridge/London; Daly, H.E. 1993. „Sustainable growth: an impossibility theorem.“ S. 267-273 in: Daly und Townsend, a.a.O.
- 45 (20) Daly, H.E. 1993. „The steady-state economy: Toward a political economy of biophysical equilibrium and moral growth.“ S. 325-363 in: Daly und Townsend, a.a.O.; Holdren, J. und Ehrlich, P.R. 1974. „Human population and the global environment.“ *American Scientist* 62: 282-292; Costanza et al., a.a.O., S. 16; Bongaarts, J. 1994. „Population policy options in the developing world.“ *Science* 263: 771-776.
- 50 (21) Binswanger, M. 2001. „Technological progress and sustainable development: what about the rebound effect?“ *Ecological economics* 36: 119-132; Costanza et al., a.a.O., S. 18f.; Schauer, T. 2002. „Der reale Ressourcen hunger der virtuellen Ökonomie.“ *Natur und Kultur* 3(1): 73-89; Wackernagel, M. und Giljum, S. 2001. „Der Import von ökologischer Kapazität: Globaler Handel und die Akkumulation von ökologischen Schulden.“ *Natur und Kultur* 2(1): 33-54.

Anmerkungen

- (22) Das International Forum on Globalization (IFG) führt unter der Überschrift „Kernprinzipien für zukunftsfähige Gesellschaften“ zehn Punkte an: Neue Demokratie, Subsidiarität, Gemeinsames Erbe, Vielfalt, Menschenrechte, Lebensunterhalt und Arbeitsplätze, Sichere Versorgung mit gesundheitlich unbedenklichen Nahrungsmitteln, Chancengleichheit, das Vorsorgeprinzip, das Nachhaltigkeitsprinzip. Der Text der nachfolgenden Abschnitte (II.1.2.1 bis II.1.2.5) ist teilweise dem Zwischenbericht des IFG, Mander, J. und Cavanough, J. (Hrsg.) 2003. *Eine andere Welt ist möglich*. Riemann, München, S. 97-131, entnommen. 1
5
- (23) Vgl. Biesecker, A. und Kesting, S. 2003. *Mikroökonomik: eine Einführung aus sozial-ökologischer Perspektive*. Oldenbourg, München. 10
- (24) Vgl. dazu den Beitrag der Attac-AG Arbeit in Würde unter <http://www.attac.de/awwo/weitere-texte/040925ag-arbeit-in-wuerde.htm>. 10
- (25) Die beiden letzten Absätze entstammen einem längeren Antragstext von B. Riexinger/W. Sauerborn, der laut Ratschlagsbeschluss in Hamburg in gekürzter Fassung als Dissensposition in den Text eingefügt werden sollte. Nach Gesprächen mit der AWWO-Redaktionsgruppe wurde bez. der nun stark gekürzten Antragsfassung (nämlich die beiden Absätze) ein inhaltlicher Konsens hergestellt, so dass der Antrag nun als Konsensposition behandelt werden kann. 15
- (26) Im Zusammenhang mit der Frage der Aneignung von Herrschafts- und Eigentumsverhältnissen vgl. dazu aus antikapitalistischer Sicht Fritz, T. 2004. „Der Kaiser ist nackt! Perspektiven der globalisierungskritischen Bewegung.“ S. 147-159 in: Biesecker, A., Büscher, M., Sauer, T. und Stratmann-Mertens, E. (Hrsg.), *Alternative Weltwirtschaftsordnung. Perspektiven nach Cancún*. VSA, Hamburg. 20
- (27) Vgl. zur Subsidiaritätsproblematik aus Sicht eines globalen Keynesianismus Sauer, T. 2004. „Globaler Keynesianismus versus Deglobalisierung? Makroökonomische und normative Grundlagen alternativer Weltwirtschaftsordnungen.“ S. 53-69 in: Biesecker et al., a.a.O., v.a. S. 66f. 25
- (28) „Beggar-thy-neighbour“ („bring deinen Nachbarn an den Bettelstab“) meint eine Politik, die auf Exporterlöse durch Abwertung der eigenen Währung zielt. Die Währungsabwertung macht die eigenen Produkte künstlich billiger als jene aus anderen Ländern (deren Währung ja vice versa aufgewertet wird). Eine solche Politik führt regelmäßig zu Abwertungswettläufen, die am Ende alle an den Bettelstab bringen. Vgl. etwa Stiglitz, a.a.O., S. 128-130. 30
- (29) Zum Thema Verwirklichungschancen vgl. Sen, A.K. 2000. *Ökonomie für den Menschen: Wege zu Gerechtigkeit und Solidarität in der Marktwirtschaft*. Dtv, München. 35
- (30) Detaillierte Ausführungen zu den angesprochenen Planungsmethoden finden sich in: Stratmann-Mertens, E. 1991. „Rahmenplanung in einer ökologisch-sozialen Wirtschaft.“ S. 177-200 in: Stratmann-Mertens, E., Hickel, R. und Priewe, J. (Hrsg.), *Wachstum. Abschied von einem Dogma. Kontroverse über eine ökologisch-soziale Wirtschaftspolitik*. Fischer, Frankfurt/Main. 40
- (31) Zu „Participatory Economics“ vgl. Albert, M. 2004. *Parecon*. Trotzdem Verlagsgenossenschaft, Grafenau sowie <http://www.parecon.org/>. Ähnliche Vorstellungen entwickeln Callinicos, A. 2003. *Ein Anti-Kapitalistisches Manifest*. VSA, Hamburg mit seinem Konzept der demokratischen Planwirtschaft und Sarkar, S. 2001. *Die nachhaltige Gesellschaft: eine kritische Analyse der Systemalternativen*. Rotpunktverlag, Zürich mit seinem Konzept des Öko-Sozialismus. Siehe außerdem Mandel, E. 2000. *Zur Verteidigung der sozialistischen Planwirtschaft*. Revolutionär Sozialistischer Bund, Mannheim 2000 und Alfred Müllers Aufsatz „Sozialismus wohin?“ unter <http://www.attac.de/awwo/weitere-texte/040611alfred-mueller.rtf>. 45
- (32) Vgl. Oekonux-Projekt (<http://www.oekonux.de/>); <http://www.attac-bremen.de/material/DemokratischesWirtschaften.pdf>; Gorz, A. 2004. *Wissen, Wert und Kapital: zur Kritik der Wissensökonomie*. Rotpunktverlag, Zürich; Trenkle, N. 1996. *Weltgesellschaft ohne Geld*. Krisis 18 (http://www.krisis.org/n-trenkle_weltgesellschaft-ohne-geld_krisis18_1996.html). 50

Anmerkungen

1 Kapitel III

5 (33) Zur Lissabonstrategie vgl. z.B. <http://www.bundesregierung.de/Artikel/,-628255/dokument.htm>.

(34) Vgl. auch die Attac-Erklärung, beschlossen im Mai 2002 auf dem Attac-Ratschlag in Frankfurt/Main (<http://www.attac.de/erklaerung/erklaerung.php>).

(35) Siehe dazu <http://www.mitbestimmung.info/>.

10 (36) Dieses Management-System wurde im Jahre 2000 mit dem von der EFQM (European Foundation for Quality Management) vergebenen Preis für exzellente Führung ausgezeichnet und war derzeit einmalig in der Unternehmenswelt.

(37) Siehe dazu <http://www.attac.de/awwo/weitere-texte/040611alfred-mueller.rtf> und <http://www.attac.de/bremen/material/AWWO-Position04-03-27.pdf>.

15 (38) Vgl. <http://www.attac.de/awwo/weitere-texte/040218ak-konzernentmachtung.htm>.

(39) ILO: Internationale Arbeitsorganisation; UNEP: Umweltprogramm der Vereinten Nationen (VN); UNDP: Entwicklungsprogramm der VN; UNCTAD: VN-Komitee für Handel und Entwicklung.

20 (40) Die Formulierung stammt von Truong, zitiert nach Wichterich, C. 2003. *Femme global: Globalisierung ist nicht geschlechtsneutral*. Attac-Basis-Texte Nr. 7. VSA, Hamburg, S. 19.

(41) Hermes-Bürgschaften sind Ausfuhrleistungsgarantien der deutschen Bundesregierung. Sie schützen deutsche Exporteure vor Verlusten durch ausbleibende Zahlungen ihrer ausländischen Geschäftspartner: Zahlt der ausländische Abnehmer nicht, springt der deutsche Staat ein.

30 (42) Die Terms of Trade sind als Maß für den Vorteil, den ein Land aus dem Außenhandel zieht, im einfachsten Fall das Verhältnis der gewogenen Preisindizes der Import- und Exportgüter eines Landes. Bei Sinken der Terms of Trade muss das betreffende Land mehr exportieren, um damit den gleichen Import finanzieren zu können.

(43) Zur „neuen internationalen Arbeitsteilung zwischen Frauen“ vgl. beispielsweise Deutscher Bundestag, a.a.O., S. 315 sowie Wichterich, a.a.O., S. 57ff.

(44) Vgl. Wichterich, a.a.O., S. 17.

35 (45) Vgl. beispielsweise Schmidt, O. 2003. „Das Ende der Politik? – Die Globalisierung, das Wissen und die öffentliche Aufgabe.“ S. 29-40 in: Schmidt, a.a.O.

(46) Die Allmende war die öffentliche Dorfweide, auf der jede Familie des Dorfes ihr Vieh weiden lassen konnte. Dies konnte zu einer Überweidung oder gar Zerstörung der Allmende führen, wenn jeder möglichst viel Vieh auf diese Weide trieb (sogenannte „tragedy of the commons“). Daraus leiten viele die Forderung nach Privateigentum ab. Ein anderer Blickwinkel zeigt jedoch: Allmenden werden dann erfolgreich bewirtschaftet, wenn es dafür *gemeinsame* Regeln gibt. Ob das Eigentum privat oder kollektiv ist, spielt dabei gar keine Rolle. Ausgangspunkt der Debatte war Hardin, G. 1968. „The tragedy of the commons.“ *Science* 162: 1243-1248.

45 (47) Vgl. <http://www.boell.de/downloads/global/AlternativasAmericas.pdf>.

(48) Weitergehende Informationen etwa in den Schuldenreporten von WEED, <http://www.weed-online.org/>, oder unter <http://www.erlassjahr.de/>.

(49) Vgl. dazu Susan George unter <http://www.tni.org/archives/george/clusters.htm>.

50 (50) Vgl. <http://www.wiwi.uni-frankfurt.de/professoren/spahn/tobintax/Tobinsteuer.pdf>. Weiterführende Texte zur Tobin-Steuer finden sich unter <http://www.attac.de/archiv/index.php#tobin>.

Anmerkungen

- (51) Vgl. Deutscher Bundestag, a.a.O., S. 79 und S. 113. 1
- (52) Vgl. dazu beispielsweise Von Weizsäcker, E.U. 2003. „Zur Herausforderung des öffentlichen Lebens durch Globalisierung.“ S. 41-52 in: Schmidt, a.a.O, S. 42-45.
- (53) Siehe Deutscher Bundestag, a.a.O., S. 89 und S. 105f. 5
- (54) Vgl. beispielsweise Stiglitz, a.a.O., Kapitel 4.
- (55) Vgl. <http://www.regiogeld.de/>.
- (56) Die Leistungsbilanz führt die Exporte und Importe von Waren und Dienstleistungen, grenzüberschreitenden Erwerbs- und Vermögenseinkommen und -übertragungen sowie Entwicklungshilfe und Beiträge für internationale Organisationen. Zur Demurrage vgl. beispielhaft Brunnhuber, S. und Klimenta, H. 2003. *Wie wir wirtschaften werden: Szenarien und Gestaltungsmöglichkeiten für zukunftsfähige Finanzmärkte*. Ueberreuter, Frankfurt/Main. Eine Kurzfassung findet sich unter <http://www.attac.de/awwo/weitere-texte/SustainableFinance1.doc>. 10
- (57) Das Financial Stability Forum ist ein Netzwerk von Zentralbanken, Ministerien und Finanzmarktaufsichtsbehörden großer Industrieländer sowie internationaler Organisationen wie dem IWF. Es arbeitet eng mit den Verbänden der privaten Banken und Finanzdienstleister zusammen. 15
- (58) Vgl. dazu Giegold, S. 2003. *Steueroasen: trockenlegen! die verborgenen Billionen für Entwicklung und soziale Gerechtigkeit heranziehen*. Attac-Basis-Texte Nr. 4. VSA, Hamburg. 20
- (59) Für die Motivation von vielen bei Attac aktiven Gruppen und Einzelpersonen spielt ihr Engagement im „Ökumenischen Prozess für Friede, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung“ („Konziliarer Prozess“) eine erhebliche Rolle. In diesem bei der Vollversammlung des Ökumenischen Rates in Vancouver 1983 initiierten Großprojekt bildete das Thema „Wirtschaftliche Gerechtigkeit“ ständig einen zentralen Schwerpunkt. Eine wichtige Station auf dem kirchlichen „Weg der Gerechtigkeit“ war auch das „Europäische Kairos-Dokument“ von 1998 mit seinem Aufruf „zur Bündnisbildung für die Befreiung vom Diktat der deregulierten globalisierten Wirtschaft und ihrer Konkurrenzkultur“. Von ganz aktueller Bedeutung in diesem Zusammenhang wurde schließlich der von der „Konsultation westeuropäischer Kirchen“ 2002 an diese Kirchen gerichtete Brief mit der Aufforderung: „Um der Integrität ihrer Gemeinschaft und ihres Zeugnisses willen sind Kirchen aufgerufen, gegen die neoliberale Wirtschaftslehre und -praxis aufzutreten und Gott zu folgen.“ Dementsprechend schrieb im April 2004 die bundesweite Konferenz „Wirtschaft(en) im Dienst des Lebens“: „Wir bitten die ACK (Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen) dringend, auf deutscher und europäischer Ebene einen breiten Konsultationsprozess auf biblischer Grundlage zur Lebensfrage der globalen sozialen und ökologischen Gerechtigkeit einzuleiten.“ Vgl. dazu Duchrow, U. 1994. *Alternativen zur kapitalistischen Weltwirtschaft. Biblische Erinnerung und politische Ansätze zur Überwindung einer lebensbedrohenden Ökonomie*. Gütersloher Verlagshaus, Gütersloh; Schmitthenner, U. 1998. *Der konziliare Prozeß: gemeinsam für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung*. 30
Meinhardt, Idstein. 40

Glossar

Quelle: Die Glossareinträge stammen überwiegend aus Wikipedia, der freien Enzyklopädie, und unterliegen der GNU-Lizenz für freie Dokumentation (siehe <http://de.wikipedia.org/>).

Wir weisen hier auch auf das „**Lexikon der Globalisierung**“ hin, erstellt vom Wissenschaftlichen Beirat von Attac: <http://www.attac.de/texte/ldg/>.

Agreement on Agriculture (AoA). WTO-Abkommen zur Landwirtschaft. Kritiker bemängeln, dass das AoA den Marktzugang weltweit im wesentlichen für die Agro-Industrie eröffnet und subsistente Strukturen von Kleinbauern v.a. in der sogenannten Dritten Welt zerstört.

Agrarsubvention. Siehe Subvention.

Agroindustrielle Produktion. Erzielt hohe Ernteerträge durch Züchtung spezieller Sorten (z.T. bereits unter Einsatz der Gentechnik), durch Monokultur sowie den Einsatz von Futtermitteln, Kunstdünger, Pestiziden und Wachstumsregulatoren. Der intensive Einsatz dient der stetigen Ertragssteigerung, führt aber oft zu negativen Wechselwirkungen mit der Natur (Umweltschutz) und den erzeugten Lebensmitteln (Rückstände in Nahrungsmitteln).

AKP-Staaten. Siehe Fußnote 10.

Allokation. In den Wirtschaftswissenschaften werden knappe Ressourcen verschiedenen volkswirtschaftlichen Verwendungsmöglichkeiten bzw. konkurrierenden Bedürfnissen der Wirtschaftsobjekte zugeordnet. Das bedeutet, dass ein bestimmter Produktionsfaktor zur Produktion zum Beispiel des Gutes X eingesetzt und damit alternativen Verwendungsmöglichkeiten entzogen wird. In Marktwirtschaften wird die Allokation auf Märkten über Preise gesteuert.

Aneignung. In Besitz nehmen, auch: einen bisher fremden Bereich durch teilnehmendes Handeln in den eigenen Lebens- und Wirkungsbereich einbeziehen.

Arbeitslosigkeit. Siehe Strukturelle Erwerbsarbeitslosigkeit.

Asienkrise. Die von Thailand ausgehende, seit dem Frühjahr 1997 um sich greifende Finanzkrise erfasste die meisten sogenannten Tigerstaaten und trieb auch einige große Länder wie Brasilien und Russland in eine wirtschaftliche Krise und in noch größere Abhängigkeit vom IWF.

Aufsichtsrat. Der Aufsichtsrat ist neben der Hauptversammlung und dem Vorstand eines der drei Organe einer Aktiengesellschaft. In Betrieben mit in der Regel über 2000 Arbeitnehmern wird ein Aufsichtsrat nach dem Mitbestimmungsgesetz gebildet. Aufgabe des Aufsichtsrats ist es, die Geschäftsführung – also den Vorstand – zu wählen und zu kontrollieren.

Bail-Out. Ein finanzwissenschaftlicher Begriff, der den Vorgang der Schuldenübernahme und Tilgung durch Dritte beschreibt.

Basler Akkord. Siehe III.5.3.

Beggar-thy-neighbour-Politik. Siehe Fußnote 28.

Binnenmarkt. Siehe EU-Binnenmarkt.

BIP. Siehe Bruttoinlandsprodukt.

Biodiversität. Biodiversität kann als Artenreichtum von Fauna und Flora (taxonomische Vielfalt), als genetische Vielfalt oder als Vielfalt an Lebensgemeinschaften verstanden werden. Gebiete höchster Biodiversität finden sich vor allem in Ländern des Südens. Anthropogen verursacht findet im Moment ein erheblicher Schwund an Biodiversität statt.

Bolkestein-Richtlinie. Siehe Fußnote 11.

Bretton Woods. In diesem amerikanischen Städtchen fand 1944 jene Währungs- und Finanzkonferenz der UNO statt, auf der feste Wechselkurse zwischen den Teilnehmerstaaten sowie die Gründung der Weltbank und des IWF beschlossen wurden. Beide Organisationen werden daher auch als „Bretton-Woods-Institutionen“ bezeichnet. Ziel der festen Wechselkurse war die reibungslose und von Handelsbarrieren befreite Abwicklung des Welthandels. Beschlossen wurde der sog. White-Plan, in dessen Mittelpunkt der US-Dollar stand, dessen Wert gegenüber dem Gold festgelegt war, verbunden mit der Verpflichtung der US-Zentralbank, Dollar in Gold einzulösen. Die anderen Mitglieder des Systems vereinbarten starre Wechselkurse gegenüber dem Dollar. 1971 kündigten die USA ihre Verpflichtung, Dollar in Gold einzulösen. In der Folge brach das Bretton-Woods-System 1973 zusammen.

Bruttoinlandsprodukt (BIP). Ist in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung ein in Geldeinheiten angegebenes Maß für die von einer Volkswirtschaft erbrachte wirtschaftliche Leistung. Es ist die Summe aller innerhalb eines Staates erzeugten und statistisch erfassten Güter und Dienstleistungen innerhalb einer bestimmten Periode (meist ein Jahr).

Bruttosozialprodukt (BSP). Wie das BIP (siehe dort) ein in Geldeinheiten angegebenes Maß für die erbrachte wirtschaftliche Leistung, hier aber nur der Inländer einer Volkswirtschaft. Es ist die Summe aller von ständigen Bewohnern eines Staates erzeugten und statistisch erfassten Güter und Dienstleistungen innerhalb einer bestimmten Periode (meist ein Jahr). Im Gegensatz zum Inlandsprodukt wird also nicht der Ort betrachtet, an dem die Leistung erbracht wurde, sondern die Person, die sie erbrachte (Inländerkonzept).

BSP. Siehe Bruttosozialprodukt.

Delegitimierung. Strategie, formal-juristisch erlaubten Institutionen oder Handlungen in der öffentlichen Diskussion ihre moralische Legitimation zu entziehen.

Demokratisches Wirtschaften. Siehe II.3.

Demurrage. Siehe III.5.2.2.

Deregulierung. Meint die Abschaffung von Gesetzen, Regeln und staatlichen Eingriffen, um den ungehinderten Austausch von Waren, Dienstleistungen und Kapital zu ermöglichen. Kritiker weisen darauf hin, dass Deregulierung oft auf Kosten von Sozial- und Umweltstandards und der Qualität von Dienstleistungen (z.B. Strom, Transport) geschieht.

Destruktivkräfte. Nach Marx erhalten die „Produktivkräfte [...] unter dem Privateigentum eine nur einseitige Entwicklung, werden für die Mehrzahl zu Destruktivkräften, und eine Menge solcher Kräfte können im Privateigentum gar nicht zur Anwendung kommen“ (z.B. Werbung, Rüstung, Vernichtung von Nahrungsmitteln, um die Preise stabil zu halten).

Devisen. Ein anderes Wort für Fremdwährung. Es wird auch als Synonym für Dollar gebraucht.

Devisenumsatzsteuer. Siehe Tobin-Steuer.

Direktinvestition. Form der Auslandsinvestition. Als Direktinvestition bezeichnet man die finanzielle Beteiligung eines Investors (Direktinvestor, Muttergesellschaft) an einem Unternehmen in einem anderen Land (Direktinvestitionsunternehmen, Tochtergesellschaft), die nach Art und Umfang dazu bestimmt ist, einen dauerhaften Einfluss auf die Geschäftspolitik dieses Unternehmens auszuüben. Davon ist gemäß internationalen Standards auszugehen, wenn die Beteiligung mindestens 10% des Kapitals des Direktinvestitionsunternehmens ausmacht.

Dumping (von englisch to dump, abladen). Bezeichnet den Verkauf von Waren im Ausland unter Herstellungskosten bzw. unter dem auf dem Heimatmarkt des Exporteurs geltenden Preis zum Zweck der Unterbietung oder Verdrängung eines ausländischen Konkurrenten vom Absatzmarkt. Man spricht dann auch vom Dumpingpreis.

Entfremdung. Die Möglichkeit, die Macht über die Produkte der eigenen Arbeit und die Fähigkeit zur Gestaltung der Welt aufzugeben, wird von Hegel und Marx als Entfremdung bezeichnet. Marx erklärt diesen Verlust auch als Warenfetischismus: Menschen würden glauben, dass die Dinge, die sie produzieren, eine Macht über sie hätten. Die Dinge, und nicht die Menschen selbst, würden als Quelle von Kreativität und Schaffensvermögen angesehen. Die Menschen begönnen, alle ihre Beziehungen über Waren zu regeln.

Entglobalisierung. Siehe II.2.

Entwicklungsländer. Als Entwicklungsland (der sogenannten Dritten Welt) bezeichnet man ein Land, welches nach materiellen, sozialen und gesundheitlichen Maßstäben in seiner Entwicklung nicht dem Standard der Industrieländer (siehe auch: OECD-Staaten) entspricht. Kritisiert wird am Begriff, dass er einseitig das Entwicklungsmodell der Industrieländer als Maßstab vorgebe. Ferner hätten oft die

Industrieländer im Zuge der Kolonialisierung erst überhaupt die Selbstversorgungsfähigkeit der Entwicklungsländer zerstört und eine Entwicklung der Binnenwirtschaften dieser Länder verhindert, indem sie auf die Rolle des billigen Rohstofflieferanten am Weltmarkt festgelegt worden wären.

Erneuerbare Energien. Darunter werden diejenigen Energieformen verstanden, bei denen entweder die vorhandene Energiemenge so groß ist, dass sie durch menschliche Nutzung nicht erschöpft werden kann (z.B. Sonnenenergie) oder sie sich zeitnah und kontinuierlich erneuert (z.B. Biomasse). Zur Bedeutung der Solarenergie in diesem Kontext siehe z.B. <http://www.eurosolar.org/new/de/downloads/SZA-1-04-Greffrath.pdf> sowie Scheer, H., 2002. *Solare Weltwirtschaft: Strategie für die ökologische Moderne*. Kunstmann, München.

EU-Binnenmarkt. Beseitigung aller Schranken für den Handel innerhalb der EU durch die Verwirklichung der vier Freiheiten für den Personen-, Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr.

Europäische Wirtschafts- und Währungsunion (EWWU). Ist ein wesentlicher Bestandteil der Europäischen Union. Am 1. Januar 1999 wurde die dritte Stufe der Währungsunion wirksam. Jetzt wurden die Wechselkurse der Mitglieder der Währungsunion untereinander unwiderruflich festgelegt und der Euro als gesetzliches Zahlungsmittel eingeführt. Die Geldpolitik wird seitdem nicht mehr von den Zentralbanken der Mitgliedsländer betrieben, sondern von der Europäischen Zentralbank (EZB). Zum Jahr 2002 wurden Euro-Banknoten und Münzen eingeführt.

Europäische Zentralbank (EZB). Die EZB ist die gemeinsame Währungsbehörde der Mitgliedsstaaten der Europäischen Währungsunion. Ihr vorrangiges Ziel ist die Gewährleistung der Preisstabilität, d.h. niedriger Inflation in der Eurozone. Eine beschäftigungsfördernde Geld- und Zinspolitik verfolgt die EZB dagegen ausdrücklich nicht.

Europäischer Stabilitätspakt. Die Maastricht-Kriterien nennen drei Stabilitätsbedingungen (Inflationsrate, Neuverschuldung, Schuldenstand) für die EU-Länder, die der Eurozone beitreten wollen. Zur Kritik siehe I.3.6.

Externalisierung. Auslagerung von Produktionskosten, insbesondere die Auslagerung von ökologischen und sozialen Folgekosten auf den Staat bzw. die Gesellschaft oder auf andere Länder. Siehe Internalisierung.

Financial Stability Forum. Siehe Fußnote 57.

Finanzmärkte. Zusammenfassend die Märkte, auf denen Geld, Aktien und Anleihen gehandelt werden.

Freie Software. Als frei bezeichnet man Software, die nicht nur frei erhältlich ist, sondern auch beliebig verändert (Zugang zum Quellcode) und weitergegeben werden kann. Eine sog. Copyleft-Lizenz verhindert eine Re-Kommerzialisierung. Das Projekt Oekonux sieht darin die Keimform einer geld- und warenlosen Produktionsweise. Siehe auch Linux.

Freihandelsdoktrin. Siehe I.3.1.

FTAA (Free Trade Agreement of the Americas). Seit 1994 verhandeltes gesamtamerikanisches Freihandelsabkommen von 34 Staaten (mit Ausnahme von Kuba). Das FTAA basiert auf der seit 1994 bereits bestehenden Nordamerikanischen Freihandelszone NAFTA, geht aber in seiner Ausdehnung und Verbindlichkeit weit darüber hinaus. Zum gegenwärtigen Verhandlungsstand umfasst das FTAA alle Bestandteile des in der WTO verhandelten Dienstleistungsabkommens GATS sowie die Ermächtigung für Konzerne, Regierungen auf Schadensersatz in Milliardenhöhe zu verklagen, wenn zu hohe gesetzliche Standards Investitionen behindern. Die für 2005 als Gegengewicht zum Europäischen Binnenmarkt geplante Ratifizierung erscheint angesichts des massiven Widerstandes aus mehreren Lateinamerikanischen lateinamerikanischen Ländern zusehends unwahrscheinlicher.

G8-Staaten. Siehe Fußnote 16.

GATS. Das GATS (General Agreement on Trade in Services) ist ein internationales, multilaterales Vertragswerk der Welt Handelsorganisation (WTO), das den grenzüberschreitenden Handel mit Dienstleistungen regelt und deren fortschreitende Liberalisierung (siehe dort) zum Ziel hat. Darunter fallen auch alle öffentlicher Dienste wie Bildung, Gesundheit, Wasser, Energie, Verkehr, Post und Telekommunikationswesen usw.

GATT. General Agreement on Tariffs and Trade; Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen. 1948 in Kraft getretenes Abkommen zur Erleichterung des internationalen Handels. Das GATT, das zu den Sonderorganisationen der UN gehörte, wurde 1996 durch die WTO abgelöst. In acht großen Verhandlungsrunden wurden immer neue Zölle gesenkt und andere Handelshemmnisse abgebaut. Die letzte GATT-Runde, die „Uruguay-Runde“ (1986-93), bezog erstmals auch den Agrar- und den Textilhandel mit ein, verabschiedete das GATS und das TRIPS und führte schließlich zur Gründung der WTO als Rechtsnachfolgerin des GATT.

Geldpolitik. Siehe Europäische Zentralbank (EZB).

Gender Mainstreaming. Wird von der Europäischen Union als „Einbindung der Chancengleichheit in sämtliche politische Konzepte und Maßnahmen der Gemeinschaft“ definiert: „Hierbei geht es darum, die Bemühungen um das Vorantreiben der Chancengleichheit nicht auf die Durchführung von Sondermaßnahmen für Frauen zu beschränken, sondern zur Verwirklichung der Gleichberechtigung ausdrücklich sämtliche allgemeinen politischen Konzepte und Maßnahmen zu nutzen, indem nämlich die etwaigen Auswirkungen auf die Situation von Frauen bzw. von Männern bereits in der Planungsphase aktiv und erkennbar integriert werden (‘gender perspective’). Dies setzt voraus, dass politische Konzepte und Maßnahmen systematisch hinterfragt und die etwaigen Auswirkungen bei der Festlegung und Umsetzung berücksichtigt werden“

(http://europa.eu.int/comm/employment_social/equ_opp/gms_de.html).

Genfer Konvention. Die Genfer Konvention ist ein völkerrechtlicher Vertrag zur Minderung der menschlichen Leiden bei bewaffneten Konflikten und Kriegen. Die heutige Rechtsgrundlage bilden die vier Genfer Abkommen vom 12. 8. 1949 und die beiden sogenannten Zusatzprotokolle über den Schutz der Opfer bewaffneter Konflikte vom 12. 12. 1977 (in teilweise umstrittenen Formulierungen).

Genuine Progress Indicator (GPI). Zu Bruttoinlands- und -sozialprodukt (siehe dort) alternativer Indikator für wirtschaftlichen Wohlstand; Weiterentwicklung des ISEW (Index of Sustainable Economic Welfare) durch die Gruppe Redefining Progress. Siehe II.1.1.

Global Governance. Der Begriff Global Governance (englisch, ungefähr „weltumspannende Regierungspolitik“) steht für ein politisches Modell mit den Zielen der Verrechtlichung und Verstärkung von internationalen Beziehungen (besonders über die UNO). Dies soll über die Dezentralisierung der weltumspannenden Politik (Weltinnenpolitik) geschehen, das heißt, Entscheidungen sollen demokratisch unter Einbeziehung möglichst vieler souveräner Regierungen getroffen werden. Auch soll in diesem Zusammenhang die Zusammenarbeit mit Nichtregierungsorganisationen und generell zivilen Interessengruppen gestärkt werden.

Global Players. Als Global Player bezeichnet man in der Wirtschaft große, international agierende und verflochtene Konzerne mit großer Wirtschaftsmacht und großem Einfluss auch auf politische Entscheidungen. Unter den 100 größten Ökonomien befinden sich rund 50 transnationale Konzerne und 50 Nationalstaaten. Siehe auch transnationale Konzerne.

Global-Marshall-Plan-Initiative. Zentrales Ziel der Initiative ist eine weltweite ökosoziale Marktwirtschaft, die Aktivierung von zusätzlichen 860 Milliarden US-Dollar für die Umsetzung der UN-Millenniumsziele, der Agenda 21 und des Johannesburg-Aktionsplans bis 2015. Hierzu werden neue Finanzierungsinstrumente vorgeschlagen wie z.B. die Tobin-Steuer für Devisentransaktionen und die Umsetzung umfassender Standards wie z.B. die Kern-Standards der Weltarbeitsorganisation (ILO) und die Standards der internationalen Umweltabkommen.

Globalisierung. Siehe I.1.

Globalisierungskritische Bewegung. Als Geburtsstunde der Bewegung werden oft die Proteste anlässlich der WTO-Ministerkonferenz 1999 in Seattle gesehen, wenngleich sich diese Bewegung bis zu den Protesten gegen das MAI (multilaterales Investitionsabkommen) oder bis zur Dritte-Welt-/Eine-Welt-Bewegung zurückverfolgen lässt. Andere fassen den Aufstand der Zapatistas (siehe dort) im Januar 1994 als Beginn der Bewegung auf. Siehe auch Weltsozialforum.

Grenzkosten, Grenznutzen. In der ökonomischen Theorie zeigen die Grenzkosten näherungsweise an, um welchen Betrag sich die Kosten durch die Produktion einer weiteren Ausbringungseinheit verändern. Sie lassen sich als erste Ableitung der Kostenfunktion berechnen. Analog gibt der Grenznutzen einer Aktivität den Nutzenzuwachs an, der (näherungsweise) durch eine weitere Aktivitätseinheit entsteht. Kann als erste partielle Ableitung der Nutzenfunktion berechnet werden. Eine Aktivität wird vernünftigerweise ausgedehnt, solange ihr Grenznutzen ihre Grenzkosten übertrifft.

Hermesbürgschaften. Siehe Fußnote 41.

HIPC II. So heißt die Initiative zum Schuldenerlass für die hoch verschuldeten ärmsten Entwicklungsländer (Highly Indebted Poor Countries), die auf dem Kölner G8-Gipfel 1999 beschlossen wurde. Siebzig Milliarden Dollar sollen den Ländern erlassen werden, teils aus Schulden bei den Regierungen der Industriestaaten, teils beim Internationalen Währungsfonds. Kritiker fordern einen umfassenderen Erlass.

ILO (International Labour Organization). Internationale Arbeitnehmer-Organisation innerhalb der Vereinten Nationen.

IMF (International Monetary Fund). Siehe IWF.

Informeller Sektor. Wichtiger Teilbereich der Wirtschaft vieler Entwicklungsländer, der durch arbeitsintensive Produktion und sozial nicht abgesicherte, schlecht bezahlte und gering qualifizierte Arbeit gekennzeichnet ist, vor allem im Dienstleistungs- und Handelsbereich (unter anderem Schuhputzer, Straßenverkäufer usw.).

Inländerbehandlung. Dem Prinzip der sogenannten Inländerbehandlung (des GATT und GATS) folgend müssen ausländische und inländische Anbieter grundsätzlich gleich behandelt werden (ein Verbot der sog. „Inländerdiskriminierung“). Staatliche Aufwendungen müssen also auch privaten Anbietern zur Verfügung stehen. Die beachteten und kritisierten Maßnahmen sind nicht mehr Zollpolitik, sondern innerstaatliche Regelungen. Damit werden Gebiete staatlicher Hoheitspolitik berührt und möglicherweise durch das GATS-Vertragswerk außer Kraft gesetzt.

Insolvenz (lat. insolvens, „nicht-lösend“, hier im Sinne von: „Schulden nicht (ein-)lösend“). Der Begriff beschreibt die Zahlungsunfähigkeit eines Unternehmens oder einer natürlichen Person, die dann vorliegt, wenn es bzw. sie dauerhaft nicht mehr in der Lage ist, seine bzw. ihre fälligen Schulden zu begleichen. Bei einem Insolvenzverfahren dürfen natürliche Personen ein nicht-pfändbares Lebensminimum behalten.

Internalisierung. Einbeziehung von z.B. sozialen und ökologischen Kosten einer Wirtschaftsweise als monetäre Kosten in diese, bewirkt z.B. durch Öko-Steuern. Gegensatz: Externalisierung.

Internationaler Gerichtshof (IGH; engl.: International Court of Justice, ICJ). Das Rechtsprechungsorgan der UNO, Sitz in Den Haag/Niederlande.

Investitionsautonomie. Das Recht von Unternehmen bzw. Staaten, eigenständig über ihre Investitionen zu entscheiden.

Investivlohn. Ist ein Teil des Arbeitsentgelts, der nicht an den Arbeitnehmer ausgezahlt, sondern direkt in eine Beteiligung am Arbeitgeber oder an anderen Unternehmen umgewandelt wird.

IWF. International Monetary Fund; Internationaler Währungsfonds. Eine 1945 aufgrund des Abkommens von Bretton Woods (siehe dort) gegründete Sonderorganisation der UN zur Überwachung des internationalen Währungssystems mit Sitz in Washington und z.Z. mehr als 180 Mitgliedsländern. Ziele: Förderung der internationalen Zusammenarbeit in der Währungspolitik und des Welthandels sowie Hilfe bei Zahlungsbilanzproblemen. Die Gewährung von Krediten ist durchweg mit wirtschaftspolitischen Auflagen verbunden, die stets auf Marktöffnung und Deregulierung abzielen (siehe Strukturanpassungsprogramme). Jedes IWF-Mitgliedsland hat (nach Maßgabe seines ökonomischen Gewichts) ein quotiertes Stimmrecht, wobei den USA aufgrund ihres Stimmenanteils eine Sperrminorität zukommt.

Kapital. Als Geldkapital oder Realkapital eine werthaltige Sache, die nicht direkt verbraucht oder gehortet, sondern zur Vergrößerung ihres eigenen Wertes eingesetzt wird. Z.B. kann Geld Arbeit und Produktionsmittel kaufen, um das Produkt mit Gewinn zu verkaufen; oder es wird als Kredit vergeben, um ein ebensolches Geschäft in Gang zu setzen. Nach Marx schafft Lohnarbeit „Kapital, d.h. es schafft Eigentum, welches die Lohnarbeit ausbeutet und nur unter dieser Bedingung vermehren kann, dass es neue Lohnarbeit erzeugt, um sie von neuem auszubeuten“.

Kapitalakkumulation („Anhäufung von Kapital“). Der Prozess der Erweiterung des Bestandes an Produktivvermögen als Voraussetzung für wirtschaftliches Wachstum; im Marxismus die Verwendung des Mehrprodukts als Vermögensvortrag für einen künftigen Produktionszyklus, für zukünftige Investitionen.

Kapitalmarkt. Der Kapitalmarkt ist ein Finanzmarkt. Er beschreibt die Gesamtheit aller Institutionen, die der Zusammenführung von Angebot an und Nachfrage nach (Finanz-) Kapital dienen. Wer heute im Kapitalmarkt Kapital (Geld; im weiteren Sinne auch Sachen oder andere Verfügungsrechte) anbietet, tut dies in der Absicht, später mehr Kapital zurückzuerhalten.

Kapitalintensive Produktion. Produktion, bei der der Anteil der Kapitalkosten im Vergleich zu dem der Arbeitskosten hoch ist.

Kapitalismus. Siehe I.3.7.1.

Glossar

Keynesianismus. Siehe Fußnote 3.

Klimakatastrophe. Mögliche negativen Folgen (Abschmelzen des Polareises, Anstieg des Meeresspiegels, verstärkte Wüstenbildung) des weltweiten Klimawandels (Erwärmung der Erdatmosphäre u.a. durch Kohlendioxid-Emissionen).

Kommandowirtschaft. Wirtschaftsform, bei der die Entscheidungen durch eine zentrale Stelle getroffen werden. Die Kritik daran kann sich auf die undemokratische, autoritäre Form, aber auch auf mangelnde (Allokations-) Effizienz beziehen.

Konjunktur. Die Auf- und Abwärtsbewegungen von v.a. Produktionsvolumen und Beschäftigungsgraden in modernen industrialisierten Gesellschaften. Man unterscheidet lang- und kurzfristige Konjunkturbewegungen, die durch exogene bzw. wirtschaftsimmanente Faktoren erklärt werden.

Kooperation. Allgemein die Zusammenarbeit im Wirtschaftsleben. Die Kooperation wirtschaftlich selbständigen Unternehmen zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit und Kartellbildung kann gemeint sein, aber auch z.B. die Zusammenarbeit in Form einer Genossenschaft.

Leistungsbilanz. Siehe Fußnote 56.

Leitwährung. Im engen Sinn eine Währung, zu der andere Staaten ihre eigene Währung in einem festen Austauschverhältnis halten, im weiten Sinn eine Währung, in der andere Staaten vorzugsweise ihre Währungsreserven anlegen. Seit dem Zweiten Weltkrieg spielt der US-Dollar diese Rolle.

Liberalisierung. Maßnahmen, mit denen in bislang staatlich reglementierten Branchen Marktbedingungen geschaffen werden, also sowohl die Schaffung neuer Märkte (z.B. für Strom) als auch die Ausweitung von Märkten über Grenzen hinweg. Siehe auch Deregulierung.

Linux. Unter Linux wird heute allgemein ein freies und portables Betriebssystem für Computer verstanden. Es wird unter den Bedingungen der GNU General Public License freigegeben, weshalb dessen Quelltexte frei der Öffentlichkeit zugänglich sind. Linux wurde ursprünglich von Linus Torvalds geschrieben, der die Entwicklung auch heute noch koordiniert. Siehe auch freie Software.

Lissabon-Strategie. Siehe I.3.6.

Lokalgeld. Meist in wirtschaftlichen Krisenzeiten eingeführte Parallelwährung, die die lokale wirtschaftliche Aktivität wiederbeleben soll. Beispiele u.a. in der Tiroler Gemeinde Wörgl während der Weltwirtschaftskrise 1932 und in Argentinien nach dem Zusammenbruch des nationalen Finanzsystems Anfang des Jahrtausends. Siehe auch Tauschring.

Lokalisierung. Siehe II.2.

Londoner Club. Nach dem Vorbild der Umschuldungsverhandlungen im Pariser Club geht es in diesem Ausschuss um

die ungedeckten Kredite der Geschäftsbanken. Im Londoner Club sind also die privaten Gläubiger, sprich: Banken, vertreten.

Makroökonomie. Zweig der Wirtschaftswissenschaften, bei dem (im Gegensatz zur Mikroökonomik) mit globalen Größen gearbeitet wird, z.B. dem Gesamteinkommen einer Volkswirtschaft, den Konsumausgaben aller Haushalte, dem Gesamtbeschäftigungsstand oder den Gesamtinvestitionen. Die Makroökonomie umfasst auch z.B. Konjunktur- und Wachstumstheorie sowie volkswirtschaftliche Gesamtrechnung (siehe Bruttoinlandsprodukt, Bruttosozialprodukt).

Menschenrechte. Menschenrechte (z.B. Recht auf Leben, Meinungs- und Reisefreiheit) sind nicht zu entziehende Rechte gegenüber der öffentlichen Gewalt (Staat). Sie stehen jedem Menschen allein aufgrund der Tatsache zu, dass er Mensch ist (Universalität der Menschenrechte). Durch die Formulierung von Grundrechten in Verfassungen und internationalen Abkommen wird versucht, die Menschenrechte als einklagbare Rechte zu gestalten. Sie werden noch immer durch viele Staaten verletzt.

Migration. Wanderung von Individuen oder Gruppen. Wanderungsbewegungen, ausgelöst zum Beispiel durch politische und religiöse Unterdrückung, ethnische Konflikte, Kriege und Bürgerkriege, Armut oder Umweltschäden, sind eine wachsende Herausforderung für die Entwicklungspolitik.

Mikroelektronische Revolution. Die Mikroelektronik ist die Basis nicht nur für Computer, sondern für eine Vielzahl „intelligenter“ Geräte und Steuerungen. Sie hat zu gewaltigen Rationalisierungsschüben und Ersetzung menschlicher Arbeitskraft durch Technologie geführt. Viele Staaten fördern sie als Schlüsselindustrie.

Monetarismus. Der Begriff Monetarismus bezeichnet eine angebotsorientierte Wirtschaftspolitik, die es sich zum Ziel setzt, die allgemeine Investitionsbereitschaft zu stärken. Durch diese Förderung sollen mehr Wachstum und damit einhergehend mehr Arbeitsplätze entstehen. Der grundlegende Unterschied zum Keynesianismus liegt in der Rolle des Staates, genauer: dessen ordnungspolitischer Funktion. Der Staat soll keine aktive Rolle einnehmen, sondern sich auf die Vorgabe der Rahmenbedingungen beschränken.

Moratorium. Bezeichnet allgemein die Übereinkunft, eine bestimmte Sache aufzuschieben oder vorläufig zu unterlassen. Der Begriff kommt aus dem Lateinischen und bedeutet soviel wie Aufschub, Verzögerung (lat. morari: „verzögern“). Es bezeichnet in der internationalen Finanzpolitik die Regelung, stark verschuldeten Ländern, die sich im Krisen-, Katastrophen- oder Kriegszustand befinden, ihre Schulden zu stunden.

Multilateral. Bedeutet, dass mehrere Staaten kooperativ, prinzipiell gleichberechtigt gemeinsam handeln. Beim Multilateralismus werden die Interessen aller Partner berücksichtigt und es gibt oft in Form von Verträgen vereinbarte Regelungen, die alle Beteiligten binden.

Nachhaltige Entwicklung. Das Konzept „nachhaltige Entwicklung“ (engl. sustainable development) fordert sozial- und umweltverträgliche Produktions- und Konsummuster in Nord und Süd. Wirtschafts- und Entwicklungspolitik sollen so ausgerichtet sein, dass die Befriedigung der Bedürfnisse der heutigen Generation die Chancen künftiger Generationen nicht beeinträchtigt. Die 1984 von den Vereinten Nationen ins Leben gerufene „Weltkommission für Umwelt und Entwicklung“, der 22 Fachleute aus Nord und Süd sowie dem Ostblock angehörten, hat unter der Leitung der langjährigen norwegischen Ministerpräsidentin, Gro Harlem Brundtland, einen umfangreichen unter dem Titel „Unsere gemeinsame Zukunft“ 1987 vorgelegten Bericht erarbeitet, der vor allem für die künftige Ausrichtung der Entwicklungspolitik am Konzept „nachhaltiger Entwicklung“ plädiert.

Neo-keynesianisch. Siehe Keynesianismus.

Neoliberale Globalisierung. Siehe I.1.

Neoliberalismus. Wirtschaftstheorie, nach der ein möglichst freier Markt zu Wohlstand führt, während staatliche Eingriffe wie Mindestlöhne oder Höchstpreise den volkswirtschaftlichen Wohlstand mindern. „Neo“ steht für eine Neubelebung des ökonomischen Liberalismus des 19. Jh.

Nettodurchlaufmenge. Im Gegensatz zur üblichen Betrachtung der Wirtschaft als Kreislauf betont die Ökologische Ökonomik den Durchlauf von Materie und Energie durch das Wirtschaftssystem, der nötig sei, um den Güterbestand, aus dem die Befriedigung menschlicher Bedürfnisse erfolge, aufrechtzuerhalten. Im Zuge des Durchlaufs werde (abzüglich rezyklierter Bestandteile) aus nutzbarer gebundene Energie und würden aus Rohstoffen Abfälle. Solange die Durchlaufmenge ein bestimmtes Maß überschreite, sei nachhaltiges Wirtschaften unmöglich. Auf einer Durchlaufmenge konstant unterhalb dieses Niveaus könne menschliches Wirtschaften überdauern (Steady-State Economy, Wirtschaft im stationären Zustand).

Nettoimport ökologischer Kapazität. Bezeichnet das Phänomen, dass der Umweltverbrauch durch die Industrieländer wegen der Auslagerung von Teilen der Produktion und des zunehmenden internationalen Handels in steigendem Maße nicht mehr direkt innerhalb dieser Länder stattfindet; die Industrieländer nutzen die ökologische Kapazität (die Abbau- und Aufnahmefähigkeit der Umwelt) der Entwicklungs- und Schwellenländer – neben der Schädigung globaler Güter (Ozonloch, Treibhauseffekt) – auch auf diese Weise zunehmend mit. Wird von Kritikern z.T. als Hauptproblem des Freihandels gesehen.

OECD. Siehe Fußnote 9.

Öko-soziale Marktwirtschaft. Siehe II.3.

Ökologische Wirtschaftsdemokratie. Siehe II.3.

Open-Theory-Webforum. Offene Theorie – open theory –

ist der Versuch, das Modell freier Softwareentwicklung (siehe Linux) auf die Entwicklung von Theorie zu übertragen.

Pariser Club. Sammelbegriff für jeweils ad hoc einberufene Umschuldungsverhandlungen zwischen einem Schuldnerland und seinen Gläubigerländern, wobei es dann immer um öffentlich garantierte Kredite und Entwicklungshilfedarlehen geht. Der Pariser Club ist also keine feste Organisation, sondern eine Summe von Verfahrensregeln für akute Schuldenkrisen, die sich seit 1956 sukzessive herausgebildet haben.

Partizipation. Beteiligung, Teilhabe, Teilnahme, Mitwirkung, Mitbestimmung, Einbeziehung, Einbindung von Individuen in Entscheidungs- und Willensbildungsprozesse.

Patriarchat. Das Patriarchat ist eine Gesellschaftsstruktur, die durch die Vorherrschaft (meist auch älterer) Männer, besonders durch Familienväter, d.h. die männlichen Oberhäupter von Sippen, Gemeinden oder Völkern geprägt ist.

Peripherie. Begriff aus der sogenannten Dependenztheorie, der die „Randlage“ der Entwicklungsländer in der Weltwirtschaft gegenüber dem Zentrum, den führenden westlichen Industrieländern, bezeichnet oder auch in einzelnen Entwicklungsländern die „Randlage“ traditioneller, unterentwickelter meist agrarisch geprägter Sektoren gegenüber modernen, technologisch fortgeschrittenen, meist industriellen Sektoren beinhaltet.

Peters-Projektion. Ein zweidimensionales Abbild der Weltkugel bezeichnet man als Projektion; es ist notwendigerweise immer verzerrt, die Frage ist nur, in welcher Weise. Die gängige Mercator-Projektion zeigt ein eurozentrisches Weltbild; z.B. erscheint Europa auf der Mercator-Karte größer als Südamerika, obwohl es in Wirklichkeit nur gut halb so groß ist. Die Peters-Projektion ist dagegen eine flächentreue Projektion, die entworfen wurde, um das eurozentrische Weltbild zu überwinden. Sie wurde 1974 von dem Bremer Historiker Prof. Arno Peters entwickelt.

Präemption. Wenn keine ausreichenden Indikatoren für Kriegsvorbereitungen vorliegen und ein Staat sich dennoch zum „vorbeugenden Angriff“ genötigt fühlt, spricht man in Abgrenzung zum präventiven von einem präemptiven Schlag. Letzterer ist nach gängiger Auffassung des Völkerrechts verboten.

Prekarisierung. Darunter (von prekär lat.-fr.: durch Bitten erlangt; widerruflich, schwierig) wird der Prozess der Zunahme prekärer Arbeitsbeziehungen in der Erwerbsarbeit verstanden. Prekäre Arbeitsbeziehungen sind solche, die die Reproduktion der sozialen Existenz der Lohnarbeitenden prekär werden lassen im Vergleich zum Normalarbeitsverhältnis (das als solches allerdings auch nur in industrialisierten Ländern existierte).

Privatisierung. Im engeren Sinne: öffentliches Eigentum oder Vermögen in Privatvermögen umwandeln. Im weiteren Sinne: Öffentliche Aufgaben, die bisher von der öffentlichen

Glossar

Hand (Bund, Länder, Kommunen) durchgeführt wurden, werden auf privatrechtliche Gesellschaften übertragen. Privatisierung gehört zu den liberalen Rezepten, mit denen die Ausgaben und die Verschuldung des Staates gesenkt sowie die Effizienz der bis dahin öffentlichen Einrichtungen gesteigert werden sollen.

Produktivität. Entspricht in der Wirtschaft als Maßgröße für Ergiebigkeit dem Verhältnis des Ertrags aus dem Einsatz der Produktionsfaktoren (Output) zum Umfang der eingesetzten Produktionsfaktoren (Input).

Produktivkräfte. Der Begriff Produktivkräfte umfasst alle natürlichen, technischen, organisatorischen und geistig-wissenschaftlichen Ressourcen, die einer Gesellschaft in ihrem jeweiligen staatlichen Ordnungsrahmen und den darin verankerten Produktionsverhältnissen zur Reproduktion und Steigerung des Bruttosozialprodukts zur Verfügung stehen.

Profit. Ist der auf dem Markt realisierte, in Geld ausgedrückte Mehrwert, der nach der Theorie von Karl Marx Ziel des kapitalistischen Produktionsprozesses ist. Umgangssprachlich wird Profit als Synonym für Gewinn gebraucht, was streng genommen nicht richtig ist. So gehen in den Gewinn einer Bilanz auch andere Größen wie Subventionen, Abschreibungen oder die Verzinsungen von Rücklagen ein.

Protektionismus. Meint das Bestreben einzelner Länder oder Regionen, ihre Märkte etwa durch Zölle oder bestimmte Auflagen (Mindeststandards) vor ausländischer Konkurrenz zu schützen.

Race to the bottom. „Wettlauf nach unten“; Kritiker sehen darin eine der gefährlichsten möglichen Folgen der Liberalisierung und Deregulierung: Im Wettlauf um Standortvorteile würden Sozial- und Umweltstandards schrittweise zurückgenommen.

Rahmenplanung. Bezeichnet die Planung von volkswirtschaftlichen Größen wie Wachstum und Investitionstätigkeit, im Gegensatz zur Planung von Produktionsmengen.

Re-Regulierung. Forderung nach Umkehr der Deregulierung (siehe dort).

Reform. Umgestaltung; im 20. Jahrhundert oft von emanzipatorischen Kräften gebraucht; zu Beginn des 21. Jahrhunderts vor allem in der neoliberalen Politik verwendet im Sinne einer Umgestaltung des Gemeinwesens, die den Kräften des Marktes Aufgaben überlässt, die zuvor der Staat innehatte (Privatisierung).

Rendite. Die Rendite (Synonym: Profitrate) gibt das Verhältnis des Gewinns zu den Ausgaben an und wird meist in Prozent und auf Jahresbasis gemessen. Die bekannteste Renditekennzahl ist der Zinssatz.

Reziprozität. Lat.: Gegenseitigkeit; volkswirtschaftlicher Grundsatz. Es handelt sich dabei um eine Regel für den zwischenstaatlichen Handelsverkehr. Sie besagt, dass ein Staat keinem anderen Staat eine Vergünstigung in Handelsangele-

genheiten gewährt, ohne eine entsprechende Gegenleistung zu erhalten.

Rezyklierungswirtschaft. Rezyklierung – Recycling – meint v.a. die Wiederaufbereitung bereits gebrauchter Rohstoffe und von Abfallstoffen. Intensive Rezyklierung ist eine der Voraussetzung für nachhaltiges Wirtschaften.

Scheinselbständigkeit. Eine Scheinselbstständigkeit liegt vor, wenn eine erwerbstätige Person als Selbstständige auftritt, obwohl sie von der Art ihres Beschäftigungsverhältnisses her zu den abhängig Beschäftigten zählt. Für den Arbeitgeber kann dies Vorteile haben (keine Sozialabgaben, keine Entgeltfortzahlung im Krankheitsfalle, kein Urlaubsgeld), aber auch für den Arbeitnehmer (freie Gestaltung der Alterssicherung). Für Niedrigverdiener überwiegen die Nachteile.

Selbstversorgungswirtschaft. Siehe Subsistenzwirtschaft.

Self-reliance (deutsch: „Eigenständigkeit“). Der Begriff „self-reliance“ stellt auf Entwicklungsprozesse aus eigener Kraft ab, unter anderem gestützt durch Massenmobilisierung und Partizipation der Bevölkerung. Die vor allem in den siebziger Jahren in der Dritten Welt populäre Strategie der „kollektiven Eigenständigkeit“ beinhaltete zum einen den Ausbau von Gegenmachtpositionen der Entwicklungsländer gegenüber den Industrieländern in der internationalen Politik. Zum anderen sollte größere Eigenständigkeit durch eine intensivierte politische, wirtschaftliche, technologische und kulturelle Zusammenarbeit der Entwicklungsländer untereinander erzielt werden.

Shareholder. Shareholder (von Engl: share = Aktie und holder = Inhaber) bezeichnet den Aktieninhaber oder Aktionär, eine Form des Kapitalgebers. Siehe auch Stakeholder.

Shareholder Value. Vorrangiges Ziel des Managements, den Wert des Unternehmens (und damit der Aktien) zu steigern und eine hohe Dividende auszuzahlen: der Aktionär (Shareholder) steht im Mittelpunkt.

Spahn-Steuer. Der Frankfurter Ökonom Paul Bernd Spahn hat eine zweistufige Steuer vorgeschlagen. Die erste Stufe erfasst alle Wechselkurstransaktionen und gleicht hier der Tobin-Steuer (siehe dort). Allerdings soll der Steuersatz sehr niedrig sein und sich meistens zwischen 0,005 Prozent und 0,02 Prozent bewegen. Die Stabilisierung der Wechselkurse soll erst durch eine zweite Stufe erfolgen. Um den administrativ festgelegten Wechselkurs herum sollen die Kurse innerhalb einer Bandbreite von beispielsweise \pm drei Prozent frei schwanken können. Außerhalb des Wechselkurskorridors würde aber eine hohe Steuer von zwischen 50 und 100 Prozent greifen. Diese Spahn-Steuer sollte unilateral von Transformations-, Schwellen- und Entwicklungsländern sowie von außerhalb der großen Währungsräume gelegenen Industrieländern eingeführt werden.

Spekulation. Die planvolle Handlung einer wirtschaftenden Person, die nach lukrativen, zumeist kurzfristigen Investitionsmöglichkeiten Ausschau hält. Erfolgreiche Spekulationen sind hauptsächlich auf das frühzeitige Erkennen und Ausnutzen von vermuteten Fehleinschätzungen des Marktes durch Marktbeteiligte über künftige Kursentwicklungen zurückzuführen, die sich wiederum durch ungleich verteiltes Wissen und Können zwischen Käufern und Verkäufern erklären lassen. Korrigiert der Markt anschließend diese Fehleinschätzungen, resultieren daraus Spekulationsgewinne. Schlägt die Spekulation fehl, so können Spekulationsverluste entstehen.

Stabilitätspakt. Siehe europäischer Stabilitätspakt.

Stakeholder. Zu den Stakeholdern gehören die Beschäftigten eines Unternehmens, aber auch die in der Umgebung Lebenden, die von Rohstoffgewinnung und anderen Produktionsauswirkungen Betroffenen und die VerbraucherInnen bzw. entsprechende Umwelt- und soziale Organisationen. Oft werden auch die „Shareholder“ zu den Stakeholdern gezählt.

Steady-State Economy. Wirtschaft im stationären Zustand; siehe Nettodurchlaufmenge.

Steuerflucht, Steueroasen. Verlegung von Wohn- oder Unternehmenssitz ins Ausland, zumeist in sog. Steueroasen, mit dem Ziel der Steuerersparnis. Steueroasen nennt man Staaten, die nur geringe oder keine Steuern auf Kapitalanlagen erheben. Daher sind sie Zufluchten für Unternehmen oder Reiche, die ihr Geld im eigenen Land nicht versteuern wollen.

Strukturanpassungsprogramme. Die detaillierten Vorgaben von IWF und Weltbank als Bedingung für Kreditvergabe folgen stets dem gleichen Muster: Verminderung der öffentlichen Ausgaben (durch Streichung von Subventionen bei Lebensmitteln, Daseinsvorsorge u.a., Entlassungen...), Marktöffnung für ausländische Unternehmen durch Abbau von Handels- und Investitionsbeschränkungen, Privatisierung öffentlicher Unternehmen.

Strukturelle Erwerbsarbeitslosigkeit. Ist ein dauerhaftes Phänomen. Es tritt häufig ein im Zusammenhang mit Wandlungen in der Wirtschaftsstruktur oder durch technologische Entwicklungen, wenn gleichzeitig der Arbeitsmarkt oder das Ausbildungssystem zu unflexibel sind, um Arbeitslose in anderen Branchen, Regionen oder Berufen unterzubringen. Hinzu kommt, dass mit der Dauer der Arbeitslosigkeit eine De-Qualifikation eintritt.

Subsidiarität. Siehe II.1.2.5.

Subsistenzstrategie. Entwicklungsstrategie, die sich auf die Befriedigung unterschiedlicher Grundbedürfnisse (unter anderem Ernährung, Wohnung, Kleidung, Gesundheit, Bildung, soziale Sicherheit, kulturelle Identität, Partizipation) konzentriert.

Subsistenzwirtschaft. Landwirtschaftliche Produktion, die überwiegend oder ausschließlich dem direkten Eigenverbrauch und nicht der Belieferung von Märkten dient.

Subvention, Exportsubvention. Subventionen (von lat. subvenire= zu Hilfe kommen) sind finanzielle Hilfen ohne unmittelbare Gegenleistung, die von staatlichen Institutionen an private Haushalte oder an private Unternehmen geleistet werden. Agrarsubventionen gelten für viele Globalisierungskritiker als eines der besten Beispiele für die Einseitigkeit, mit der die Industrieländer die Liberalisierung des Welthandels vorantreiben wollen. Während die Entwicklungsländer ihre Märkte für subventionierte EU-Agrarprodukte öffnen sollen, behalten sich vor allem die Europäische Union und die USA Schutzzölle vor.

Supranational. Lat.: überstaatlich; ein Begriff des Völkerrechts. Er bedeutet eine Verlagerung von Kompetenzen nationaler Ebene auf eine höher stehende Ebene, d.h. die einzelnen Staaten geben Entscheidungskompetenzen an einen supranationalen Zusammenschluss ab.

Tarifautonomie. Bedeutet, dass beide Tarifpartner – die Gewerkschaften und die Arbeitgeber – den Tarifvertrag autonom, d.h. ohne dass irgendjemand Externes auf die Verhandlungen Einfluss nehmen darf, verhandeln und abschließen. Das Gesetz der Tarifautonomie beruht auf dem Generalstreik von 1920.

Tauschring. In einem Tauschring werden vorrangig Dienstleistungen, wie z.B. Kuchen backen, Nachhilfe geben oder Babysitten, ohne Einsatz von Geld zwischen den Teilnehmern getauscht. Zur Verrechnung werden eigene Währungen benutzt, z.B. „Lets“, „Talente“, „Time-Dollar“ oder „Lichttaler“. Ein Tauschring nimmt hier die Rolle einer Zentralbank ein. Die Währung der Tauschringe ist ein einfaches Abbild offizieller Landeswährungen, in dem Eigenschaften wie Inflation, Verschuldung und Deflation allein durch administrative Beschlüsse reguliert werden. Siehe auch Lokalgeld.

Terms of Trade. Siehe Fußnote 42.

TNK. Siehe Transnationale Konzerne.

Tobin-Steuer. Benannt nach dem US-Ökonomen und Nobelpreisträger James Tobin. Danach sollen alle Devisengeschäfte an den Börsen mit einer Abgabe von 0,1 Prozent belegt werden. Die Steuer soll Spekulanten abschrecken und die Börsen sowie die Wechselkurse stabilisieren. Die Einführung der Tobin-Steuer ist eine der Hauptforderungen von Attac.

Transnationale Konzerne (engl. Trans-National Corporation). Transnationales Unternehmen, weltweit operierender Großkonzern. Die wichtigsten Konzerne z.B. im Wassersektor sind Vivendi (Veolia), Suez/Ondeo, RWE/Thames-Water, E.on/Gelsenwasser, im Strommarkt EdF (F), E.on, RWE.

Glossar

TRIPS (Trade-Related Aspects of Intellectual Property Rights). Als internationales Abkommen über handelsbezogene Aspekte der Rechte am geistigen Eigentum (Urheber-, Patent- und verwandte Schutzrechte) ist das TRIPS-Abkommen neben dem GATT und dem GATS der dritte Pfeiler im Regelsystem der WTO. Die hier festgelegten Mindeststandards für den Schutz der Rechte am geistigen Eigentum sind vor allem auf die Belange des internationalen Handels abgestellt. Besonders umstritten ist bei Kritikern hierbei der Patentschutz für biologische Ressourcen wie Saatgut.

Turbokapitalismus. Dieser Begriff beschreibt die Tendenz des globalisierten Kapitalismus zu immer schnellerer Produktion um der Produktion willen, angetrieben von Kapital auf der Suche nach höchstmöglicher Rendite. Diese Beschleunigung erfasse auch die Individuen, die steigendem Stress ausgesetzt seien und deren Beziehungen untereinander belastet würden. Kritiker fordern daher eine Entschleunigung und mehr Zeitwohlstand.

UN. Siehe UNO.

UN-Charta. Die Charta der Vereinten Nationen ist die Verfassung der Vereinten Nationen (UNO). Die Charta bindet als völkerrechtlicher Vertrag alle Mitglieder aufgrund internationalen Rechts. Sie umfasst u.a. Kapitel über die friedliche Beilegung von Streitigkeiten, Maßnahmen bei Bedrohung oder Bruch des Friedens und bei Angriffshandlungen, internationale Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet sowie den internationalen Gerichtshof.

UNCTAD (UN Conference on Trade and Development). Ursprünglich als Entwicklungshilfeorganisation der Vereinten Nationen gedacht, heute ein Hauptmotor der Liberalisierung in Staaten der sogenannten Dritten Welt.

UNDP. United Nations Development Programme; Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNO).

UNEP. Umweltprogramm der Vereinten Nationen.

UNO. Die Vereinten Nationen (VN; englisch: United Nations Organisation) sind ein zwischenstaatlicher Zusammenschluss fast aller Staaten der Erde. Gegenwärtig gehören 191 Staaten der UNO an. Die wichtigsten Aufgaben der Organisation sind die Sicherung des Weltfriedens, die Einhaltung des Völkerrechts, die Förderung der internationalen Zusammenarbeit und der Schutz der Menschenrechte. Die Vereinten Nationen haben ihren Hauptsitz in New York und drei weitere Sitze in Genf (UNOG), Wien (UNOV) und Nairobi (UNON).

Utopie. Utopien stellen den gegenwärtigen Zustand in Frage, weil sie behaupten, etwas Besseres sei möglich. Die Utopie liegt fast immer in der Zukunft; es gibt jedoch auch konkrete Utopien, in denen Neues praktiziert wird. In der Gegenwart bereits vorhandene Ansätze werden weitergedacht oder hinterfragt. Diskussionen um Utopien bewegen sich um die Dichotomie möglich-unmöglich.

Vergesellschaftung. Umwandlung von Privateigentum (eines Unternehmens) in Gemeineigentum, das (anders als bei Verstaatlichung) direkter demokratischer Kontrolle unterliegt.

Verhaltenskodizes. Normen und Regeln, die Unternehmen in freiwilliger Selbstverpflichtung einhalten. Kritiker bezweifeln deren Wirksamkeit.

Verwertungsinteressen. Interesse an wirtschaftlicher Nutzung bzw. Ausbeutung von Ressourcen, Know-How, Menschen etc.

Völkerrecht. Siehe UN-Charta.

Vorsorgeprinzip. Das Vorsorgeprinzip ist ein wesentlicher Grundsatz einer ökologisch verträglichen Politik, nach dem Umweltbelastungen bzw. -schäden im Voraus vermieden oder weitestgehend verringert werden sollen. Angesichts der Gefahr irreversibler Schädigungen soll ein Mangel an vollständiger wissenschaftlicher Gewissheit über Folgewirkungen nicht als Entschuldigung dafür dienen, Maßnahmen hinauszuzögern (d.h. auch Verbote von Risikotechnologien), um diese Schäden von vorn herein zu vermeiden.

Wachstumsdoktrin. Siehe I.3.2.

Währungskoordination. Siehe Wechselkurssystem.

Washington Consensus. Siehe Fußnote 15.

Wechselkurssystem. Festlegung von starren Wechselkursen oder einer Wechselkurs-Bandbreite zwischen verschiedenen Währungen, um starke Kursschwankungen, die die Volkswirtschaft beeinträchtigen, zu vermeiden. Über- und Unterschießen bezeichnet das Verlassen der vereinbarten Bandbreite. Beispiele waren das Bretton-Woods-System (siehe dort) und das europäische Wechselkurssystem.

Weltbank bzw. IBRD: International Bank for Reconstruction and Development; Internationale Bank für Wiederaufbau und Entwicklung. 1944 in Bretton Woods geplante, 1945 gegründete, seit 1946 tätige Sonderorganisation der UNO mit Sitz in Washington und derzeit mehr als 180 Mitgliedsländern. Nominelle Ziele der Weltbank sind die Reduzierung der Armut und die Verbesserung des Lebensstandards durch die Förderung einer nachhaltigen Entwicklung. Das Stimmrecht der Mitgliedsländer entspricht ihrem Anteil am Weltbankkapital. Fünf der 24 Direktoren werden von den fünf Mitgliedsstaaten mit den höchsten Kapitalanteilen ernannt, Präsident ist immer ein US-Bürger. Neben projektgebundenen Krediten vergibt die Weltbank Programm- und seit der Schuldenkrise auch Strukturanpassungskredite zu marktüblichen Zinsen mit einer Laufzeit von 15 bis 20 Jahren. Kritiker bemängeln, dass sie diese Kredite auch für sozial und ökologisch bedenkliche Projekte vergibt.

Welthandelsorganisation. Siehe WTO.

Weltmarkt. Der Weltmarkt bezeichnet die Bestimmung von Produktionsbedingungen, Preisen und Löhnen durch

Glossar

weltweite Konkurrenz. Im Zuge der Globalisierung durchdringt er zunehmend regionale, nationale und lokale Märkte.

Weltsozialforum. Das Weltsozialforum ist eine Gegenveranstaltung zu den Gipfeln der Welthandelsorganisation (WTO), dem Davoser Weltwirtschaftsforum und den jährlichen Weltwirtschaftsgipfeln der Regierungschefs der G8-Staaten. Es fand in den Jahren 2001 bis 2003 jährlich in Porto Alegre (Brasilien) und 2004 in Mumbai (Indien) statt und ist zu einem Symbol für die Bewegung der Kritiker der neoliberalen Globalisierung geworden. 2005 fand das Weltsozialforum mit 150.000 Menschen wieder in Porto Alegre statt, im Folgejahr ist es in Afrika geplant. Die Treffen stehen unter dem Motto: Eine andere Welt ist möglich – Another World is possible – Un autre monde est possible.

Wissensallmende. Siehe Fußnote 46.

Wirtschaftsdemokratie. Siehe II.3.

Wohnsitzprinzip. Natürliche Personen unterliegen der unbeschränkten Steuerpflicht dort, wo sie ihren Wohnsitz beziehungsweise ihren gewöhnlichen Aufenthalt haben. Bei juristischen Personen gilt der Sitz oder der Sitz der Gesellschaft als Sitzstaat.

WTO. World Trade Organization, Welthandelsorganisation. 1994 in Marrakesch gegründete Sonderorganisation der UNO für den Welthandel mit Sitz in Genf und mehr als 140 Mitgliedsländern. Im Gegensatz zu den eher losen GATT-Runden bildet die WTO einen umfassenden vertraglichen und institutionellen Rahmen für die Liberalisierung des Welthandels. Für alle Entscheidungen innerhalb der WTO gilt das Konsensprinzip, aber neue Mitgliedsländer müssen alle bisherigen Entscheidungen (wie den Abbau von Zöllen) vorbehaltlos akzeptieren. Hauptsäulen sind das GATT, das GATS und das TRIPS.

Zahlungsbilanzausgleich. Bezeichnung für die Intervention einer Notenbank auf dem Devisenmarkt, um durch Kauf oder Verkauf ausländischer Währungen ein Ungleichgewicht bei den Devisenkursen und damit der Zahlungsbilanz zu verhindern.

Zapatistas. Ein wichtiger Ausgangspunkt der Globalisierungskritik war der Aufstand der Zapatistas in Chiapas (Mexiko). Am 1. Januar 1994, dem Tag, an dem das Abkommen für die Liberalisierung des Handels zwischen Mexiko, Kanada und den USA (NAFTA) in Kraft gesetzt wurde, trat die EZLN (Ejército Zapatista de Liberación Nacional; dt.: Zapatistische Armee der Nationalen Befreiung) in den bewaffneten Aufstand. Die Zapatisten kämpfen für die Rechte der indigenen Bevölkerung, für bessere Lebensbedingungen und für Demokratie und stellen ihren Widerstand dabei in einen internationalen Zusammenhang.

Zivilgesellschaft. Zivilgesellschaft oder Bürgergesellschaft (nicht zu verwechseln mit der „bürgerlichen Gesellschaft“) bezeichnet einen öffentlichen Raum zwischen staatlicher und privater Sphäre, der durch eine Vielzahl autonomer und

vom Staat rechtlich getrennter Organisationen (z.B. NROs) und Initiativen gefüllt wird und der den Akteuren individuelle und kollektive Freiheiten (z.B. Versammlungsfreiheit oder Vereinsrecht) garantiert, die es ihnen ermöglichen, ihre Interessen zu verfolgen.

Zur Fortführung des AWWO-Diskussionsprozesses

Für Veranstaltungen zum AWWO-Diskussionspapier können die Attac-AGn und die lokalen Gruppen gerne auf den Sachverstand der AWWO-AG zurückgreifen (bitte melden unter: attac-awwo-redaktion@listen.attac.de).

Für weitere Informationen zum AWWO-Diskussionsprozess verweisen wir auf die AWWO-Webseite: <http://www.attac.de/awwo/>. Hier finden sich auch weiterführende Texte zur Weltwirtschaftsordnung und zu alternativen Ansätzen: <http://www.attac.de/awwo/weitere-texte/>.

Adelheid Biesecker/Martin Büscher/
Thomas Sauer/Eckhard Stratmann-Mertens (Hrsg.)

Alternative Welt- wirtschaftsordnung

Perspektiven nach Cancún



Das Buch ist hervorgegangen aus einer gemeinsamen Tagung des Wissenschaftlichen Beirats von Attac und der Attac-Projektgruppe „Alternative Weltwirtschaftsordnung“ und präsentiert unterschiedliche Ansätze zu einer Alternativen Weltwirtschaftsordnung, wie sie auf der Tagung diskutiert worden sind.

A. Biesecker et al. (Hrsg.), *Alternative Weltwirtschaftsordnung. Perspektiven nach Cancún*, VSA-Verlag Hamburg 2004, 176 Seiten, 14,80 €

Politisches Engagement macht zwar nicht grenzenlos Spaß...



...trotzdem ist Attac viel mehr als graue Theorie: globalisierungskritisches Netzwerk, Bildungsbewegung, pluralistisches Diskussionsforum, friedensbegeisterte soziale Bewegung – scharf in der Analyse, fantasievoll in Aktion.

attac 
www.attac.de

Seit den Protesten in Genua, Seattle oder Evian für eine soziale und ökologische Globalisierung ist die globalisierungskritische Bewegung in aller Munde. 200.000 Menschen sind für soziale und ökologische Gerechtigkeit im Globalisierungsprozess auf die Straßen gegangen. Ihr Protest richtete sich gegen die weltweit wachsende soziale Ungleichheit, gegen eine Globalisierung, die nur an mächtigen Wirtschaftsinteressen orientiert ist. Mit 90.000 Mitgliedern in 50 Ländern versteht sich Attac als Teil dieser globalen Bewegung. Auch in Deutschland bildet Attac ein breites gesellschaftliches Bündnis, das von ver.di und der GEW über den BUND und Pax Christi bis zu kapitalismuskritischen Gruppen unterstützt wird. Immer mehr Menschen unterschiedlicher politischer und weltanschaulicher Herkunft werden in den mittlerweile rund 200 Attac-Gruppen vor Ort aktiv.

Neoliberale Globalisierung – viele Verlierer, wenige Gewinner

Das Versprechen, die Globalisierung bringe Wohlstand für alle, hat sich nicht erfüllt. Im Gegenteil: Die Kluft zwischen Arm und Reich wird immer größer, sowohl innerhalb der Gesellschaften als auch zwischen Nord und Süd. Motor dieser Art von Globalisierung sind die internationalen Finanzmärkte. Banker und Finanzmanager setzen täglich Milliar-

denbeträge auf den Finanzmärkten um und nehmen über ihre Anlageentscheidungen immer mehr Einfluss auf die gesellschaftliche Entwicklung. Damit untergraben die Finanzmärkte die Demokratie.

Globalisierung ist kein Schicksal – eine andere Welt ist möglich

Demgegenüber tritt Attac für eine demokratische Kontrolle und Regulierung der internationalen Märkte für Kapital, Güter und Dienstleistungen ein. Wir sind davon überzeugt, dass die Wirtschaft den Menschen dienen muss und nicht umgekehrt. Politik muss sich an den Leitlinien von Gerechtigkeit, Demokratie und ökologisch verantwortbarer Entwicklung ausrichten. Nur so kann die durch die kapitalistische Wirtschaftsweise entstehende gesellschaftliche Ungleichheit ausgeglichen werden.

Attac will ein breites gesellschaftliches Bündnis als Gegenmacht zu den entfesselten Kräften der Märkte bilden. Wir setzen der Behauptung, Globalisierung in ihrer jetzt herrschenden, neoliberalen Form sei ein alternativloser Sachzwang, unsere Vorstellung von Globalisierung entgegen: internationale Solidarität von unten.

Eine andere Welt ist möglich!

Attac sucht neue MitstreiterInnen, damit die globalisierungskritischen Stimmen unüberhörbar werden. Für mehr Informationen über Attac bitte nebenstehenden Coupon ausschneiden oder kopieren und senden an:
Attac Bundesbüro, Münchener Str. 48, 60329 Frankfurt/M.,
oder per Fax an **069-900 281-99.**

Wer unsere Arbeit bisher wohlwollend verfolgt hat ist herzlich eingeladen, Mitglied zu werden! Politische Arbeit kostet Geld. Um weiterhin so aktiv bleiben zu können, freuen wir uns über Spenden auf das Konto von: **Share e.V./Attac, Kto.-Nr. 800 100 800, GLS Gemeinschaftsbank, BLZ 430 609 67.** Spenden sind steuerlich absetzbar.

Weitere Informationen finden sich unter www.attac.de oder können telefonisch unter **069-900 281-10** oder per Mail unter info@attac.de angefordert werden.

- Ja, ich möchte mehr Informationen über Attac. Schickt mir bitte einen Informationsbrief und einen Mitgliedsantrag.
- Ja, ich möchte für Attac spenden. Ich bin damit einverstanden, dass Attac einmalig monatlich jährlich _____ EUR von meinem Konto,
Kto.-Nr. _____,
BLZ _____,
Bank _____ einzieht.
(Diese Einzugsermächtigung ist jederzeit widerrufbar.)
Datum/Unterschrift: _____

Name: _____ Tel.: _____

Str./Nr.: _____ E-Mail: _____

PLZ/Ort: _____